



Jens Brachmann

Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal

Die Geschichte der Vereinigung Deutscher
Landerziehungsheime 1947-2012

k linkhardt

Brachmann
Reformpädagogik zwischen
Re-Education, Bildungsexpansion
und Missbrauchsskandal

Jens Brachmann

Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal

Die Geschichte der Vereinigung
Deutscher Landerziehungsheime 1947-2012

Verlag Julius Klinkhardt
Bad Heilbrunn • 2015

k

*Veranlasst und finanziell gefördert wurde die Arbeit an diesem Buch durch die
Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime / DIE INTERNATE VEREINIGUNG,
die auch die Drucklegung großzügig unterstützte.*

Dieser Titel wurde in das Programm des Verlages mittels eines Peer-Review-Verfahrens
aufgenommen. Für weitere Informationen siehe www.klinkhardt.de.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet abrufbar über <http://dnb.d-nb.de>.

2015.i. © by Julius Klinkhardt.

Das Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung
des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Coverfoto: © Antonia Koerfer: Wald bei Ober-Hambach (2005).

Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik, Kempten.

Printed in Germany 2015.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem alterungsbeständigem Papier.

ISBN 978-3-7815-2067-7

Für A.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	11
2 Daten	27
2.1 Die Vorgeschichte: Die Landerziehungsheimbewegung und die Situation der reformpädagogischen Heime nach dem 2. Weltkrieg	27
2.2 Die Gründung der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime im Jahre 1947	39
2.3 Die Mitgliedsschulen der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime	52
2.4 Die Vorsitzenden und die Vorstände der Vereinigung – Eine Übersicht	104
3 Personen	107
3.1 Fritz Christiansen-Weniger (1897-1989)	107
3.2 Minna Specht (1879-1961)	114
3.3 Georg Picht (1913-1982)	127
3.3.1 Familiäre Herkunft: Bildungsaristokratie und Birklehof	130
3.3.2 Vom Birklehof zur „Deutschen Bildungskatastrophe“	137
3.3.3 Von der Bildungskatastrophe zur Bildungsexpansion	143
3.3.4 Georg Pichts Engagement für die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime und für die Privatschulverbände	146
3.4 Fritz Linn (1903-1977)	151
3.5 Hellmut Becker (1913-1993)	164
3.5.1 ›Bildungsaristokratischer Humanismus‹ und ›Beckerjungen‹	168
3.5.2 ›Interessenjurisprudenz‹ und ›heimliches Kultusministerium‹	186
3.5.3 Hellmut Beckers Wirken für die Landerziehungsheime	213
3.6 Johann Peter Vogel (geb. 1932)	234
3.7 Gerold Becker (1936-2010)	256
3.7.1 Indizien einer ›dunklen‹ Lebensgeschichte	258
3.7.2 Gerold Becker und die Odenwaldschule	268
3.7.3 Gerold Beckers Wirken für die Landerziehungsheime	288
3.8 Wolfgang Harder (geb. 1939)	307
3.8.1 Wolfgang Harder als Leiter der Odenwaldschule	313
3.8.2 Wolfgang Harders Wirken für die Landerziehungsheime	325
3.9 Erika Risse (geb. 1948)	335

3.9.1 Biografisches: Studium, Schulpraxis, Bildungsverwaltung, Schulleitung.....	340
3.9.2 Erika Risse als Vorstandsvorsitzende der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime.....	346
4 Themen und Debatten	357
4.1 Die Aufarbeitung der Vorkommnisse um pädokriminelle Gewalt als Testfall für die Belastbarkeit der Korporationskultur des Dachverbandes der Reforminternate	389
5 Chronik.....	431
6 Quellen und Literatur.....	479
6.1 Ungedruckte Quellen.....	479
6.2 Verwendete Literatur.....	485
6.3 Audiovisuelle Quellen	494
7 Last and final: Editorische Notiz.....	495
8 Personenregister.....	499
9 Quellenwerke.....	509
9.1 Christiansen-Weniger, F.: An die Mitglieder der früheren Vereinigung der Landerziehungsheime, sowie an ähnliche freie Schulen (1946).....	509
9.2 Christiansen-Weniger, F.: An die Leiter der uns befreudeten Heime (1947)	510
9.3 Christiansen-Weniger, F.: Bericht über die Tagung in der Odenwaldschule am 12./13. Juli 1947 (1947) [Auszug]	512
9.4 Christiansen-Weniger, F.: Grundsätze der Vereinigung der Landerziehungsheime (1948)	521
9.5 Specht, M.: Mut zur Lücke (1948) [Auszug]	523
9.6 Christiansen-Weniger, F.: An die Leiter der uns befreudeten Heime (1949)	527
9.7 Picht, G.: Die Idee des Landerziehungsheimes (1950).....	529
9.8 Becker, H.: Wozu Privatschule? (1952).....	543
9.9 Specht, M.: Zusammenfassung meines Berichtes über den Besuch in Landschulheimen (1952)	545
9.10 Becker, H.: Wer finanziert die kulturelle Freiheit? (1953) [Auszug]	551

9.11	Becker, H.: Die verwaltete Schule. Gefahren und Möglichkeiten (1954)	556
9.12	[Picht, G.] Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen: Empfehlung zu Fragen des Privatschulwesens (1954)	581
9.13	Picht, G.: Aufgabe der Landerziehungsheime (1954).....	583
9.14	Schäfer, W.E.: Erziehung durch Unterricht (1957)	598
9.15	Erbe, H.W.: Das Landerziehungsheim zwischen Anpassung und Anforderung (1964)	609
9.16	Schäfer, W.: Das Selbstverständnis der Landerziehungsheime in Geschichte und Gegenwart und die Konsequenzen für die Zukunft (1964).....	620
9.17	Becker, H.: Die Landerziehungsheime im Rahmen moderner Kulturpolitik (1968)	635
9.18	Schäfer, W.: Deutsche Landerziehungsheime in der demokratischen Gesellschaft (1978).....	639
9.19	Becker, G./Weidauer, K.: Die deutschen Landerziehungsheime (1983).....	662
9.20	Harder, W.: Dienstliche Erklärung (1999).....	672
9.21	Harder, W.: Themenstichworte für das Gespräch mit dem Bundespräsidenten (2003)	682
9.22	Harder, W.: Pioniere und Entwicklungshelfer. Zur Pädagogik der Landerziehungsheime und zu deren Wirkungen bis in die Gegenwart (2008)	684
9.23	Anlage 1 zum Protokoll der Leiterkonferenz vom 05.-07.11.09: Diskussion am Nachmittag des 06.11.09 um Missbrauchsvorwürfe (2009).....	699
9.24	Allgemeine Stellungnahme der LEH-Vereinigung zu dem Problem von sexuellen Übergriffen / Missbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen (2009).....	701
9.25	Erklärung der Vereinigung der Deutschen Landerziehungsheime v. 18.03.2010 (2010)	702

„Gemeinsam mit ihren Schülern begeben sich die Lehrer auf die Suche nach der verlorenen Weisheit, wie man ein Mensch wird [...].“

(Picht 1965, S. 39)

„Was wir brauchen ist eine im neuen Sinn humanistische Bildung, bei der es nicht auf den humanistischen Stoffinhalt, aber auf den Geist echter Humanität, nicht erlernter, sondern gelebter humanitas ankommt. Unser Ausleseverfahren wird dabei demokratisch sein müssen; das Ziel aber – wie bei jeder wahren Bildung – muß aristokratisch bleiben.“

(Becker 1930, S. 34)

„Grande profundum est ipse homo [...].“

(Augustinus 2009, IV, XIV, 22)

1 Einleitung

Am 28. Januar 2010 berichtete die Berliner Morgenpost von einem Brief, den der Jesuitenpater Klaus Mertes, Rektor des angesehenen Canisius-Kollegs zu Berlin, wenige Tage vorher an mehr als 500 Schülerinnen und Schüler der Kolleg-Jahrgänge 1975 bis 1983 adressiert hatte. In diesem sehr persönlichen Schreiben schilderte Mertes, dass er während der Jahre seiner Schulleitungstätigkeit mehrfach von Alt-Canisianerinnen und -Canisianern kontaktiert wurde, die während ihrer Schulzeit Opfer physischer Gewalt und sexueller Übergriffe geworden waren. Im Namen der Schule entschuldigte sich der Rektor bei den Betroffenen für das erlittene Unrecht und kündigte für das Kolleg wie für den Orden das Bemühen um rückhaltlose und unvoreingenommene Aufklärung der Straftaten an (vgl. Mertes 2010). Veranlasst durch den Zeitungsartikel fand noch am gleichen Tag eine Pressekonferenz statt. Die Nachricht des Missbrauchsverdachts am Canisius-Colleg wurde auch von überregionalen Medien rasch aufgenommen – u.a. der Tagespiegel, die taz und Die Welt kommentierten die Ereignisse umgehend auf ihren Online-Portalen sowie in den Printausgaben des nächsten Tages.

Diese ersten öffentlichen Hinweise auf pädosexuelle Straftaten an Schutzbefohlenen durch physisch wie seelisch übergriffige Lehrer, Erzieher und Seelsorger am jesuitischen Elitegymnasium in Berlin lösten in den Folgewochen einen medialen Flächenbrand aus. Sie offenbarten schließlich erschütternde, nicht für möglich gehaltene Einblicke in die Kriminalgeschichte der Pädagogik der jüngeren Vergangenheit: Tatsächlich blieben die vorgebrachten Vorwürfe auch nicht auf das Canisius-Kolleg beschränkt, denn bereits in den Folgetagen der Veröffentlichungen in den Berliner Tageszeitungen weitete sich die Berichterstattung über Missbrauchsfälle in kirchlichen Einrichtungen geradezu explosionsartig aus. So vermeldete die Badische Zeitung bereits am 31. Januar Vorwürfe über ähnliche Übergriffe auch aus dem nicht minder bekannten Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald.

Die Tatsache, dass mit St. Blasien und dem Canisius-Kolleg zwei konfessionelle Vorzeigegymnasien mit Missbrauchsvorwürfen konfrontiert wurden, konzentrierte die investigative Berichterstattung über sexuelle Gewalt in Internaten zunächst allein auf kirchliche Einrichtungen. In der Tat mussten nach Hinweisen ehemaliger Schüler noch weitere renommierte konfessionelle Elite-Internate wie das Gymnasium des oberbayerischen Benediktinerklosters Ettal und die Schule der Regensburger Domspatzen ähnliche Verfehlungen von Seelsorgern und Pädagogen einräumen, wie sie für Berlin oder St. Blasien zu diesem Zeitpunkt bereits belegt waren.

Irritierenderweise standen die bekannten reformpädagogischen, der Tradition der Landerziehungsheimpädagogik verpflichteten Internatsschulen im Januar und Februar des Jahres 2010 zunächst nicht im Fokus der medialen Aufmerksamkeit um pädosexuelle Gewalt. Verwunderlich ist dies insbesondere deshalb, weil sich mit den aktuell gegen die kirchlichen Bildungsinstitutionen vorgebrachten Missbrauchsvorwürfen ein Skandal wiederholte, der das Feuilleton in ähnlicher Weise schon eine Dekade früher kurzzeitig beschäftigt hatte, damals aber weder von überregionalen Blättern noch von den Boulevardmedien aufgegriffen worden war. Institutioneller Mittelpunkt dieser ersten Kontroverse um sexuelle Gewalt in Internatsschulen war seinerzeit das beschauliche Hambachtal, unweit von Heppenheim an der Bergstraße mit seiner sich idyllisch in die Landschaft fügenden »Pädagogischen Provinz« der reformpädagogischen Odenwaldschule (OSO).

Auch damals wurde die Debatte um pädosexuelle Verbrechen erst durch die öffentliche Berichterstattung forciert. Und auch damals bot erst ein Zeitungsartikel Anlass, eine sehr schleppende und im Ergebnis nur halbherzige Aufklärung zu intensivieren. Auslöser seinerzeit war ein Beitrag des Journalisten Jörg Schindler. Dieser hatte am 17.11.1999 unter dem Titel: „Der Lack ist ab“ in der Frankfurter Rundschau über Vorwürfe gegen den in der Bildungsszene der Bundesrepublik populären, reformpädagogisch ausgewiesenen, ehemaligen Leiter der Odenwaldschule, Gerold Becker berichtet (vgl. Schindler 1999).

Tatsächlich gleichen sich die Ausgangskonstellationen der beiden Aufklärungswellen der Jahre 1999 und 2010 in vielerlei Aspekten. Auffällig ist etwa, dass die Vorwürfe gegen die mutmaßlichen Täter weit zurückliegen und dass es trotz vielfältiger Hinweise bei den betroffenen Institutionen und Verantwortungsträgern kein ausgeprägtes Interesse an investigativer Nachhaltigkeit gibt. Zu groß sind offensichtlich die Bedenken, dass die beschuldigten Einrichtungen durch transparente Aufklärung der Verbrechen öffentlichen Schaden nehmen könnten.

Umso mehr muss das Engagement von Pater Klaus Mertes gewürdigt werden, der bewusst die Beschädigung des Ansehens des Kollegs, gar die existenzielle Infragestellung der Einrichtung in Kauf nahm, um als Anwalt der Opfer die unter dem Dach des Gymnasiums erfolgten Schändungen öffentlich zu verfolgen.

Ähnlich sind auch die zähen zeitlichen Dramaturgien der beiden skizzierten Aufklärungsprozesse, denn es fällt auf, dass in der Regel mehrere Jahre vergehen, bis die von Betroffenen gegenüber Lehrern oder Schulleitungen angezeigten Taten schrittweise über die Kollegien, Trägervereine oder Stiftungen schließlich dann doch bis in die Öffentlichkeit dringen. Auch das Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Gerold Becker durch den Artikel in der Frankfurter Rundschau im November 1999 hat einen spannungsreichen Vorlauf von nahezu zwei Jahren:

Gerold Becker, zu diesem Zeitpunkt hauptamtlich als Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime (LEH), pädagogischer Berater und umtriebiger Publizist tätig, ist im Oktober des Jahres 1997 Gast auf einem Altschü-

lertreffen der Odenwaldschule. Er begegnet dort vielen ehemaligen »Kameraden« u.a. auch Schülern, die in den 1970er- bzw. 1980er-Jahren in der »Becker-Familie« im Herderhaus in Ober-Hambach gelebt hatten. Unter den Altschülern ist auch Andreas Huckele.¹ Huckele konfrontiert seinen ehemaligen »Familienvater« mit Missbrauchsvorwürfen – zunächst im persönlichen Gespräch, später dann auch brieflich. Becker antwortet im November auf dieses Schreiben, räumt Verfehlungen ein, verweist bilanzierend schließlich aber darauf, dass er »zu und unkonzentriert« sei, um sich im Einzelnen mit den Vorwürfen auseinanderzusetzen (vgl. Schindler 2010). Damit scheint dieser erste Disput um Beckers Schandtaten zunächst aus der Welt. Andreas Huckele hat auch keine Ambitionen, die Kontroverse öffentlich auszutragen. Und der ehemalige Schulleiter nimmt die Vorwürfe weder zum Anlass, um sein weiteres Engagement an der Odenwaldschule kritisch zu überdenken noch auf Distanz zu seiner ehemaligen Wirkungsstätte zu gehen. Eher im Gegenteil – ab Januar 1998 intensiviert er seine Kontakte nach Ober-Hambach wieder – er unterrichtet aushilfsweise in Religionskursen, unterstützt die Schule bei den Reifeprüfungen und nimmt im Juni des Jahres auch an der Verabschiedung des Abiturjahrgangs 1998 teil. Überdies ist er über verschiedene Gremien an die Schule gebunden. Er ist zu diesem Zeitpunkt noch immer Vorsitzender des Fördervereins und Mitglied des Trägervereins der Odenwaldschule sowie Vorsitzender der Dachorganisation der reformpädagogischen Internatsschulen. Becker agiert, als hätte es das Anliegen des ehemaligen Schülers um Klärung der Vorwürfe nicht gegeben.

Beckers Ignoranz und dessen erneut intensivierte Verbindung an die vormalig von ihm geleitete Schule nimmt Andreas Huckele nun allerdings zum Anlass für eine Informationsoffensive. Er will den Sachverhalt diesmal nicht einfach auf sich beruhen lassen. Gemeinsam mit einem anderen ehemaligen Becker-Zögling unterrichtet er am 16. Juni Wolfgang Harder, den aktuellen Leiter der Odenwaldschule, wie auch 25 weitere Lehrer brieflich über die pädophilen Übergriffe während der Becker-Zeit und fordert transparente Aufklärung ein. Die Vorwürfe sind gravierend und verlangen umgehende Stellungnahmen. Harder agiert auch, wie es sein Amt von ihm verlangt – fernmündlich kontaktiert er sowohl die Urheber des Briefes wie auch den darin belasteten Becker, um die vorgebrachten Anschuldigungen aufzuhellen. Noch am selben Tag ruft er den Vertrauensrat der

1 Andreas Huckele gehört zu den aktivsten und engagiertesten Aufklärern der hier dokumentierten Missbrauchsdebatten der Jahre 1999 und 2010. Huckele, selbst Opfer des übergriffigen Gerold Becker, war öffentlich lange Zeit zunächst nur unter dem Pseudonym »Jürgen Dehmers« präsent (u.a. in Christoph Röhl's Film »Und wir sind nicht die einzigen« von 2011). Seit dem großen publizistischen Erfolg und der öffentlichen Anerkennung seines autobiografischen Buches »Wie laut soll ich denn noch schreien« (Dehmers 2011), tritt er nun allerdings unter seinem bürgerlichen Namen auf. Gewürdigt wurde das Buch u.a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis des Landesverbandes Bayern im Deutschen Börsenverein und der Stadt München des Jahres 2012.

Schule ein. Mit Ausnahme Beckers, der zu den Vorwürfen schweigt, sind sich alle am Klärungsprozess Beteiligten zu diesem Zeitpunkt noch darüber einig, den Anschuldigungen zwar konsequent nachzugehen, zum Schutz der Privatsphäre der betroffenen Schüler wie zur Vermeidung eines öffentlichen Skandals um die Schule die Vorwürfe aber intern zu klären.

Diese Strategie geht auch auf: Obgleich sich Gerold Becker nicht zu den Vorwürfen äußert, legt er aber in den Folgewochen und -monaten alle Ämter nieder, die ihn an die Odenwaldschule binden (die Mitgliedschaft im Trägerverein, den Vorsitz des Fördervereins sowie den Vorsitz der LEH-Vereinigung). Intern wird der Aufklärungsprozess tatsächlich auch vorangetrieben. Vertreter der Odenwaldschule arrangieren mehrere persönliche Gespräche mit den beiden betroffenen Altschülern. Im August, nur zwei Monate nach dem Eingang des Briefes, steht das Thema „Schutz vor sexuellem Fehlverhalten“ auf einer Mitarbeitertagung der Odenwaldschule zumindest auf der Agenda. Kontrovers diskutiert wird es freilich weniger im Plenum als in informellen Gesprächen. Dass es im Kollegium der Schule aber offensichtlich ein ernsthaftes Bemühen um Aufklärung der Verbrechen gibt, wird daran deutlich, dass sich die folgende Mitarbeitertagung der OSO im März 1999 erneut dem Thema: „Zusammenleben im Internat/Erziehung und Umgang mit Sexualität“ widmet. Der erkennbare Wille zur Aufarbeitung der unglaublichen Anschuldigungen versandet allerdings in einem bloßen Diskussionsaktivismus, denn organisationsstrukturell nachhaltige Konsequenzen aus dem Skandal um Becker werden nicht gezogen. Dazu hätte es einer systematischen, rückhaltlosen und vor allem öffentlichen Aufklärung der Verbrechen ohne Rücksicht auf beteiligte Personen bedurft wie auch des Wagnisses, als letzte Konsequenz aus dem Skandal, die Schließung der Schule zu riskieren.

Nichts davon aber ist erfolgt. In der Tat muss es als daher große Tragik der Odenwaldschule gesehen werden, dass die einmalige historische Chance verpasst wurde, die unmittelbare Betroffenheit nach dem Bekanntwerden der Missbrauchsvorwürfe in eine konzeptionelle Diskussion über den Sinn von Internatserziehung und die problematische Konstellation von Nähe und Distanz im pädagogischen Bezug zu überführen. Stattdessen setzte sich im Spannungsfeld der zentrifugalen Kräfte zum Umgang mit den Straftaten jene Fraktion durch, die das Ansehen der Schule um jeden Preis retten wollte.

Ein ähnliches Zaudern bei der Bewältigung des Skandals lässt sich auf der Verbandsebene der reformpädagogischen Internatsschulen beobachten: Gerold Becker wird im Verlauf des Jahres 1998 geräuschlos entmachtet und vom Vorstandsvorsitz der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime ohne Gesichtsverlust abgelöst (offiziell wechselt er in den Ruhestand!). Er behält dabei zum Teil sogar seine Mitgliedschaften in Stiftungsräten einzelner Landerziehungsheime (etwa bei den Lietz-Schulen) und darf diese auch weiterhin beraten. Offiziell oder öffentlich

wird er aber weder aufgefordert, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, noch diese zu entkräften.

Für die von den Schändungen betroffenen Schüler müssen der mangelnde Aufklärungswille und die Verschleppung des Skandals erneut als Demütigung empfunden werden. Andreas Huckele wird in den Wochen bis zum Spätherbst 1999 noch mehrmals an die Schule schreiben. Er wird auch Strafanzeige gegen Gerold Becker stellen (im Übrigen vergeblich, denn das Verfahren wird nach kurzer Zeit wegen Verjährung eingestellt), bevor er sich dann doch entschließt, das erfahrene Unrecht öffentlich zu machen und sich einem Redakteur der Frankfurter Rundschau anzuvertrauen. Anders aber als später im Jahre 2010 löst der im November 1999 publizierte Artikel keine mediale Eskalation aus: Lediglich ein Stuttgarter Lokalblatt greift die Meldung auf. Becker jedoch wird in der Folgezeit weiterhin als gefragter Experte auf den Podien sitzen, den Redaktionen einflussreicher pädagogischer Fachzeitschriften angehören oder in diversen Ausschüssen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung mitarbeiten. An der Odenwaldschule wird man zur Tagesordnung reformpädagogischer Praxis übergehen und auch die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wird sich nach der Jahrtausendwende vor allem pädagogisch-konzeptionell (etwa im populären Fahrwasser der Schulevaluation oder der PISA-Debatte) zu profilieren suchen.

Das Verdrängen des Skandals um die Odenwaldschule und ihren ehemaligen pädophilen Leiter Gerold Becker ist so massiv und gelingt so erfolgreich, dass nach der Aufdeckung der Missbrauchshandlungen am Canisius-Kolleg im Januar 2010 mehr als ein Monat vergehen kann, bis auch die Schule im Hambachtal erneut in den Fokus der Diskussion gerät. Diese vier Wochen zwischen der Veröffentlichung über die Aufklärungsinitiative von Pater Klaus Mertes in der Berliner Morgenpost und der ersten – im Übrigen durch ehemalige Schüler erzwungenen – öffentlichen Stellungnahme der Odenwaldschule zu den Missbrauchsvorwürfen der 1970er- und 1980er-Jahre am 1. März 2010 muss als die zweite verpasste Chance der Schule wie des Dachverbandes der LEH-Internate angesehen werden, die Verbrechen an den Kindern rückhaltlos aufzuarbeiten sowie Täter, Mitwisser und Verantwortliche zu benennen.

Tatsächlich ist das Krisenmanagement während des medialen Sturms um die konfessionellen Internatsschulen in den Reihen der Landerziehungsheime beklagenswert, denn die Debatte trifft weder die Schulleitung in Ober-Hambach noch die Mitglieder der in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime zusammengeschlossenen Reforminternate gänzlich unvorbereitet. Zum einen zeichnet sich nämlich seit dem Frühjahr 2009 ab, dass sich die von den Übergriffen der Becker-Zeit betroffenen Altschüler der OSO – anders als 1999 – nicht nochmals mit halbherzigen Aufklärungsbemühungen zufrieden geben werden und das für 2010 anstehende Jubiläum der 100-Jahrfeier der Gründung der Schule zum An-

lass nehmen, die Verbrechen erneut öffentlich zu machen. Zum zweiten gibt es auf der Ebene der Leiter der Landerziehungsheiminternate schon seit dem Herbst des Jahres 2009 eine sehr intensive Verständigung über die prekäre Geschichte der Odenwaldschule unter der Leitungsverantwortung Gerold Beckers. Anstoß zu dieser Diskussion gab eine gemeinsame Exkursion der Heimleiter nach Wickersdorf, dem Schauplatz der von Paul Geheeb und dem pädophilen Gustav Wyneken 1906 gegründeten Freien Schulgemeinde. Bei diesem Treffen wurden auch die Vorwürfe gegen Gerold Becker erneut zum Thema gemacht. Insbesondere die erst kürzlich in die Leiterkonferenz neu aufgenommenen jüngeren Mitglieder, die noch keine Kenntnis von den Ereignissen des Jahres 1999 hatten, forcieren hierbei die Aufarbeitung der kriminellen Vorgänge. Im Ergebnis wird der Vorstand des Internatsdachverbandes beauftragt, eine „Stellungnahme der LEH-Vereinigung zu dem Problem von sexuellen Übergriffen/Missbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen“ zu erarbeiten. Dies geschieht noch im Dezember 2009, also fast zwei Monate vor der Berichterstattung zum Canisius-Kolleg. In diesem Positionspapier (vgl. die Dokumentation im Anhang) verurteilt die Vereinigung die Straftaten, distanziert sich von Mitarbeitern oder Leitern, denen Missbrauchshandlungen nachgewiesen werden, bekennt sich zur notwendigen Aufarbeitung der Missbrauchsvorwürfe und verpflichtet sich, die Themen »Sexualität« und »Sexuelle Gewalt« künftig präventiv zu diskutieren.

Diese Erklärung bleibt faktisch allerdings ohne jede Konsequenz, da sich die Leiterkonferenz zugleich zu unbedingter Vertraulichkeit gegenüber Außenstehenden verpflichtet, wie zur Zurückhaltung im Hinblick auf die Aufarbeitungsmaßnahmen der Odenwaldschule selbst. Der einzige Zweck des Papiers ist es, eine gemeinsame Sprachregelung für den Fall zu finden, dass die Causa Becker erneut an die Öffentlichkeit gelangen sollte (was, wie sich bereits abzeichnet, durch das OSO-Jubiläum auch mehr als wahrscheinlich ist).

Diese selbst auferlegte Zurückhaltung und falsch verstandene Loyalität gegenüber der Odenwaldschule wird spätestens mit der Veröffentlichung zum Canisius-Skandal in der Berliner Morgenpost zum Problem: Die Vereinigung kann sich nicht aktiv in die Aufklärungsdebatte einbringen und bleibt zur Untätigkeit verdammt. Letztlich führt dies dazu, dass der Interessenverband der reformpädagogischen Internate während der kontrovers ausgetragenen Missbrauchsdebatte einen enormen Ansehensverlust erleidet. Die Fehleinschätzung der medialen Dynamik um die pädosexuellen Übergriffe an der Odenwaldschule wie die versäumten Gelegenheiten, bereits 1999 bzw. am Jahresbeginn 2010 zum Taktgeber einer offensiven Investigation des Missbrauchs zu werden oder sich einer rückhaltlosen Selbstkritik zu stellen, rächen sich bitter: Im Jahresverlauf 2010 verlagert sich die öffentliche Debatte um physische und seelische Gewalt in pädagogischen Einrichtungen mehr und mehr von den konfessionellen Internaten auf die Landerziehungsheime, mit der dramatischen Konsequenz, dass durch den

Odenwaldskandal die Reformpädagogik insgesamt in Misskredit gerät. Geradezu reflexhaft werden die Schanddaten Beckers dabei als letzter Beleg dafür angeführt, dass der so genannte reformpädagogische Aufbruch des 20. Jahrhunderts von Mythen und Dogmen verstellt sei und das insbesondere die charismatischen Akteure aus dem Umfeld der Landerziehungsheim-Pädagogik weder Nennenswertes zur Schul- und Unterrichtsentwicklung im 20. Jahrhundert beigetragen hätten, noch zu einem konsequenten Denken »vom Kinde aus« (zusammenfassend dazu etwa Oelkers 2011). Eher im Gegenteil: Reformpädagogik, Landerziehungsheimideologie allzumal, werden zum Synonym für institutionell gedeckte Verbrechen an Heranwachsenden und krude Selbstverwirklichungsambitionen pädagogischer dilettierender Egozentriker.

Die Forcierung der Kritik an der pädagogischen Institutionenform »Landerziehungsheim« durch die Verschränkung von vermeintlich defizitärer historisch-konzeptioneller Tradition und aktuellen Missbrauchsvorwürfen trifft die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime hart und unvorbereitet. Tatsächlich müssen die Mitglieder der im Verband zusammengeschlossenen Internate einräumen, dass in den eigenen Reihen kaum ein reflektiertes Bewusstsein über die historische Herkunft ausgeprägt ist. So mag zwar jedes einzelne Heim bis in die Gegenwart die eigene Geschichte pflegen, die jeweiligen Gründer ehren und die historisch gewachsenen Alleinstellungsmerkmale des jeweiligen pädagogischen Profils betonen. Dennoch trifft die Kritik am Gründungsmythos im Kern aber zu: Die Fragen, was Landerziehungsheimpädagogik als exklusives pädagogisches Programm auszeichnet oder was sie aus ihrer historischen Tradition heraus zur Profilierung der aktuellen Schullandschaft beitragen kann, bleiben ebenso unaufgeklärt wie das Selbstverständnis des Dachverbandes. Die ambivalente Identität der Vereinigung zwischen ihrer Funktion als Interessenvertretung zur Abstimmung gemeinsamer Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit bis hin zu ihrer Bedeutung als Solidargemeinschaft oder Werteverbund zur Weiterentwicklung eines profilierten pädagogischen Ansatzes begründet sich u.a. auch aus der Unkenntnis über das geschichtliche Erbe und die zweifelhafte historische Rolle ehemaliger Funktionsträger.

Diese Einsicht setzt sich in der Leiterkonferenz der Vereinigung im Verlauf des Jahres 2010 mehr und mehr durch. Flankiert wird diese Diskussion zusätzlich durch eine kontroverse Verständigung darüber, inwieweit der Dachverband der Reforminternate eine institutionelle Verantwortung für die Missbrauchstaten in den angeschlossenen Einrichtungen trägt. Verantwortlichkeit lässt sich nun allerdings immer nur personell festmachen: Wer also hat wann von den Übergriffen gewusst? Wie entschlossen waren Lehrer, Heimleiter oder Verantwortungsträger der Vereinigung, Gerüchten oder angezeigten Taten nachzugehen? Wer war überhaupt innerhalb der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wann in welcher institutionellen Verantwortung und hat dort strukturell weitreichende Entscheidungen durchgesetzt? Und mit welchen Maßnahmen schließlich hat die

Vereinigung auf die durch die Vorwürfe des Jahres 1999 ausgelösten Existenzkrisen reagiert?

Erste Recherchen zu diesen Fragen machten dabei sehr schnell deutlich, dass die fast 70-jährige Geschichte der Vereinigung nahezu unerschlossen war und wesentliche Daten der Institutionenentwicklung im Dunkeln lagen. Tatsächlich war über die Vergangenheit des Interessenverbundes reformpädagogischer Internate kaum mehr bekannt, als dass die Gründung irgendwann in den späten 1940er-Jahren erfolgt war, dass es wohl immer wieder interessante Interferenzen zwischen der Profilierung der LEH-Interessen, der Bildungspolitik und der Schulpraxis gegeben haben muss und dass die Kultusgesetzgebung der Bundesrepublik insbesondere in den Jahren der Bildungsexpansion wesentlich von Akteuren aus dem Umfeld der reformpädagogischen Landerziehungsheime beeinflusst worden war. Immerhin erlangten auch einzelne ehemalige Heimleiter und Funktionsträger der Vereinigung der Landerziehungsheime einen bescheidenen Ruhm als kulturgeschichtlich einflussreiche Persönlichkeiten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Im kulturellen Gedächtnis der jungen Bundesrepublik hat diesbezüglich etwa Minna Specht Spuren hinterlassen. Als erste Nachkriegsleiterin der Odenwaldschule war sie Garant für einen Neuanfang eines ideologiefreien pädagogischen Denkens in Deutschland nach der NS-Zeit. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch Georg Picht, der nach seiner Leitungszeit am Birklehof als Altphilologe, Religionsphilosoph und Bildungstheoretiker bekannt wurde und u.a. durch das Ausrufen der »Deutschen Bildungskatastrophe« (vgl. Picht 1964) die Expansion des Bildungssektors ab Mitte der 1960er-Jahre konzeptionell vorbereiten half. Zu nennen ist schließlich auch Hellmut Becker, der die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime lange Zeit juristisch vertrat und später als Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin zum einflussreichsten Bildungspolitiker der deutschen Nachkriegsgeschichte überhaupt reüssierte. Neben zahllosen Funktionen in der Kultuspolitik bestimmte der »Bildungs-Becker« als Vorsitzender der Vereinigung über fast drei Jahrzehnte hinweg aber weiterhin auch deren Entwicklung maßgeblich: Gefühlt war Becker die LEH-Vereinigung! Diese dominante Stellung überstrahlte auch, wer vor oder neben dem charismatischen Juristen Verantwortung für die Interessen der Landerziehungsheimbewegung übernahm, die Profilierung der Internatserziehung unter den Bedingungen des kulturellen Wandels vorantrieb und die traditionsreichen Einrichtungen durch die Bildungskrisen der Nachkriegsgeschichte steuerte.

Angesichts dieser Desiderate lag es nahe, dass sich die in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime zusammengeschlossenen Einrichtungen darauf verständigten, einen Forschungsauftrag zu vergeben, um die eigene Vergangenheit transparent und rückhaltlos aufzuarbeiten, den Einfluss der Landerziehungsheimbewegung auf die bildungspolitischen Interventionen seit den späten 1940er-Jahren zu untersuchen, vor allem aber um die zweifelhafte Rolle einzelner Akteure

und Funktionsträger – wie etwa des pädokriminell übergriffigen Gerold Becker – kritisch zu beleuchten. Immerhin war Gerold Becker als Leiter der Odenwaldschule nicht nur der einflussreiche Vertreter des wohl maßgeblichsten innerhalb des Verbandes engagierten Heimes, vielmehr hat er von 1993 bis 1999 als Vorsitzender des LEH-Verbundes die Werte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime selbst personell repräsentiert.

Ziel des im April 2011 begonnenen Forschungsauftrages war es zunächst, das verstreute und vergessene Wissen über die Vereinigung zusammenzutragen und verwertbare wissenschaftliche Erkenntnisse zu deren Institutionengeschichte zu recherchieren. Mittelbar sollte mit diesen Forschungen aber auch Material für eine Expertise aufbereitet werden, um den Dachverband der Reforminternate bei der Organisationsentwicklung eines neuen, tragfähigen und vor allem glaubwürdigen institutionellen Verbundes zu unterstützen, die bekannt gewordenen Vorfälle um sexuelle Gewalt in den angeschlossenen Einrichtungen systematisch aufzuarbeiten und bei der Entwicklung präventiver Maßnahmen gegen Missbrauch in pädagogischen Einrichtungen zu helfen.

Der Fokus des Forschungsauftrages richtete sich damit von Beginn an auf die Darstellung der Institutionengeschichte der Vereinigung und die Rekonstruktion der Netzwerke ihrer einflussreichen Entscheidungsträger. Anders allerdings als die öffentlich stark beachteten, im Umfeld der investigativen Aufklärungsversuche zu den Missbrauchsfällen an der Odenwaldschule seit 2010 erschienenen Publikationen (vgl. u.a. Füller 2011, Jens 2011, Dehmers 2011) sollte der Schwerpunkt des avisierten Forschungsprojektes einen zeitlich größeren und thematisch vielfältigeren Rahmen bedienen. Während bei den genannten journalistischen Aufarbeitungen zur Missbrauchsthematik vor allem die Person Gerold Beckers im Zentrum der Aufmerksamkeit steht und daher insbesondere die Jahre 1969 bis 1999 interessieren, liegt der viel weiter gefasste Fokus des Projektzusammenhangs auf der Vereinigungspolitik wie auf den Szenarien der Krisenbewältigung reformpädagogischer Praxis von der Nachkriegszeit bis in die jüngste Gegenwart.

Auch hinsichtlich des methodischen Zugriffs unterscheidet sich die Studie von den genannten Monografien. Während dort – methodisch durchaus seriös – zu meist auf subjektive Quellengattungen wie die persönliche Erinnerung und das Zeitzeugeninterview zurückgegriffen wird, verpflichtet der Forschungsauftrag darüber hinaus zur Nutzung valider dokumentarischer Quellen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen primär die Sichtung und Erschließung des Archivs der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime. Dieser mehr als 100 Ordner umfassende Bestand dokumentiert detailliert die Entwicklung der Organisation zwischen 1950 und 1999.

Ursprünglich angelegt wurde das Archiv von Hellmut Becker in seiner Zeit als Syndikus und Geschäftsführer des LEH-Verbandes. Nach seinem Wechsel an das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung wurde diese Aktensammlung

dann von Johann Peter Vogel (Geschäftsführer der Vereinigung ab 1963) weitergeführt und wesentlich erweitert. Nach Vogels Pensionierung gelangte dieser Bestand an die Odenwaldschule, wo er in Kisten verstaut eher untergestellt als nutzbar war. Zum Datum der Überführung der Akten nach Ober-Hambach gibt es unterschiedliche Angaben. Wahrscheinlich lagert der Bestand aber dort wohl schon seit 1999, denn er enthält auch ein Konvolut „Unterlagen Wolfgang Harder“ (Ordner 20-23), das nach Aussage Harders bei dessen Ausscheiden aus der Leitungsverantwortung an der Odenwaldschule dort zurückgelassen wurde. Ungeklärt ist allerdings, wer dieses Material wann in den Archivbestand eingepflegt hat.

Tatsächlich wurden die Materialien erst mit Beginn des Forschungsprojektes erstmals wieder zugänglich. Für die Dauer des Projektauftrages wurden die betreffenden Ordner dem Autor zu Recherchezwecken überlassen. Perspektivisch soll dieser Bestand systematisch erfasst und im Archiv der Hermann Lietz-Stiftung aufgestellt werden.

Insgesamt sind diese Akten gut nutzbar. Zwar existiert kein Findbuch des Bestandes. Der Zugriff auf die Materialien wird allerdings durch ein Verzeichnis der Aktenordner erleichtert. Diese dreiseitige Übersicht zum Aktenplan der Geschäftsstelle wurde noch vor Auslagerung des Archivs nach Ober-Hambach von Johann Peter Vogel persönlich angefertigt. Nach Aussage dieses Papiers überliefert die Aktensammlung alle Materialien der Vereinigung bis zum 31.12.1997. Einzeln finden sich darin allerdings auch Dokumente, die erst nach diesem Datum entstanden sind und wohl nachträglich von Dritten eingepflegt wurden. Allerdings sind auch diese Vorgänge nicht dokumentiert.

Verlässlich ist diese Quelle vor allem zur Rekonstruktion interner Abläufe und zur historischen Verortung konzeptioneller oder organisatorischer Zäsuren der Vereinigungspolitik. Lückenlos dokumentiert sind im Konvolut „Gremien“ (4-36) beispielsweise die insgesamt 347 seit Januar 1950 verschickten „Rundbriefe des Geschäftsführers“ (Ordner 10-15) sowie die „Protokolle der Heimleitertagungen“ (Ordner 4-9) ab der legendären Zusammenkunft im Juli 1952 in Louisenlund, auf der Minna Specht ein eigenständiges pädagogisches Profil der Landerziehungsheime jenseits öffentlicher Bildungsangebote und curricularer Vorgaben eingefordert hatte (Specht 1952).

Zusätzlich überliefert der Bestand eine Ablage allgemeiner Vorgänge, das so genannte Konvolut „Grundakte der Geschäftsstelle“, „Korrespondenz“ (Ordner 1-3), ein Konvolut „Finanzen“ (Ordner 37-40), ein Konvolut „Die LEH-Vereinigung und ihre Schulen“ (Ordner 41-77), ein Konvolut „Lehrertagungen / Schülerzahlen / Schulvorstände“ (Ordner 78-84), ein Konvolut „Öffentlichkeitsarbeit“ (Ordner 85-100) sowie ein Konvolut „Einzelthemen“ (Ordner 101).

Über diese Dokumente – in erster Linie über die Rundbriefe und die Protokolle – lässt sich ein sehr lebendiges Bild einer Institution an der Schnittstelle von reform-

pädagogischer Tradition, Bildungspolitik, Schulpraxis und Kultusgesetzgebung gewinnen. Problematisch insbesondere an der Quellengattung „Protokoll“ bleibt dabei letztlich, dass diese Materialien lediglich eine offizielle Sicht der Vorgänge und Entscheidungshorizonte wiedergeben. Nicht alles, was in den Sitzungen tatsächlich diskutiert wurde, findet sich später dann in der für die Klärung kontroverser Entscheidungen notwendigen Ausführlichkeit auch im Protokoll wieder. Unpopuläre Beschlüsse wurden oft unkommentiert vermerkt und auch die Motive hinter Personalentscheidungen selten erläutert. Auch die Rundbriefe an die Heim- und Wirtschaftsleiter informieren nicht immer über alle Entscheidungen, mit denen der Vorstand, der Geschäftsführer oder der Arbeitsausschuss – ein Beratungsgremium zur Sondierung der Vereinigungspolitik – konfrontiert waren. Über die bloße Erfassung der überlieferten Daten und Entscheidungen hinaus, galt es demnach, sensible Lesarten für die diskret zwischen den Zeilen übermittelten Informationen zu entwickeln. Gerade für die jüngere Geschichte seit den 1970er-Jahren bot sich zudem die Möglichkeit, noch lebende Zeitzeugen gezielt auf dokumentierte Sachverhalte hin zu befragen und die verfügbaren Archivmaterialien kritisch mit deren Erinnerungen abzugleichen. Als Interviewpartner gaben diesbezüglich u.a. Johann Peter Vogel, Wolfgang Harder oder Rolf Mantler bereitwillig Auskunft und unterstützten die Untersuchung.

Als problematisch erwies sich zudem, dass die Überlieferung des Archivmaterials erst 1950 einsetzt. Gerade die interessanten Vorgänge vor, während und nach dem organisatorischen Zusammenschluss des reformpädagogischen Internatsverbundes in der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre waren damit über den Bestand des Archivs nicht belegbar. Zur Rekonstruktion der Vorgeschichte und zur Entwicklung der Vereinigung rund um die Gründungszusammenkunft im Juli 1947 an der Odenwaldschule war demnach der Rückgriff auf die Archivbestände einzelner Landerziehungsheime und Stiftungen notwendig. Recherchen dazu wurden u.a. angestellt im Archiv der Odenwaldschule in Ober-Hambach, im Archiv der Hermann Lietz-Stiftung in Hofbieber oder im Archiv des Landheims Schondorf.²

Auch die spannungsreichen Jahre nach Bekanntwerden der Missbrauchsvorwürfe gegen Gerold Becker sind nicht in den 101 Ordnern der Provenienz Becker/Vogel dokumentiert. Die mit Beginn der Leitungsära Wolfgang Harder ab dem Jahr 1999 angelegten Vorgänge sind weiterhin in der momentanen Geschäftsstelle der LEH-Vereinigung archiviert. Während der Recherchen zum Forschungsauftrag befand sich dieses Büro in Oberhausen. Inzwischen lagert das Archivmaterial am Standort des inzwischen umbenannten Dachverbandes der Landerziehungsheime

2 Aufgeschlossen und geduldig wurden diese Rechercharbeiten insbesondere von Meto Salijevic und Alexander Priebe (Odenwaldschule), Birgit Sondergeld (Hermann Lietz-Stiftung Hofbieber), Burkhard Werner (Hermann Lietz-Schule Haubinda) sowie Heidi Gernhardt und Roman Friemel (Landheim Schondorf) unterstützt. Umfangreiches Archivmaterial und vergriffene Privatdrucke stellte dankenswerterweise auch Hanna Kneser (Birklehof) zur Verfügung.

(i.e. DIE INTERNATE VEREINIGUNG) in Frankfurt/M. Für Nachforschungen standen diese Akten jederzeit und ohne jede Einschränkungen frei zur Verfügung. Allerdings ist dieser Quellenbestand bisher archivalisch nicht systematisch erschlossen oder geordnet. Ebenso wenig existiert ein Verzeichnis der Vorgänge. Über Ablagevermerke ließen sich aber alle gesuchten Informationen finden und zu klärende Abläufe recherchieren. Als ergiebiges Quellenmaterial erwiesen sich dabei erneut die Protokolle der Mitgliederversammlungen und die Dokumente der Vorstandssitzungen.

Verfügbar in der Materialienprovenienz der Geschäftsstelle war zudem die Quellengattung der „Rundbriefe“. Mit Beginn seiner Tätigkeit als Syndikus des Verbandes hatte Hellmut Becker dieses interaktive Kommunikationsinstrument eingeführt, um die Leiter der angeschlossenen Heime gleichzeitig und zeitnah über anstehende Sachfragen zu unterrichten. Für ihn selbst hatte die Nutzung dieses Mediums zudem den Vorteil, dass er sich von mühevoller Einzelkorrespondenz entlastete. In den 1950er-Jahren waren es demnach zunächst vor allem arbeits- und distributionsökonomische Gründe, die für die Rundbriefe sprachen. In seinem ersten diesbezüglichen Anschreiben an die Heimleiter vom 03.01.1950 votiert er dementsprechend:

[...] ich möchte Sie jetzt wenigstens durch einen Rundbrief über das orientieren, was bisher geschehen ist. Ich will solche Rundbriefe in lockerer Folge auch in Zukunft an Sie schreiben, bin auch gern bereit, darin von Ihnen aufgeworfene Fragen zu beantworten (Becker 1950, S.1).

Für die Rekonstruktion der Entwicklung des Verbandes reformpädagogischer Heimschulen waren diese Materialien ein Glücksfall, stand damit doch eine Quelle zur Verfügung, die mehr als nur dokumentarischen Wert hat. Tatsächlich lässt sich an den Rundbriefen ähnlich wie in einem Tagebuch die Chronologie der Ereignisse ablesen: Diese listen die Probleme des dramatischen Alltags in den Heimen (beispielsweise die schwierige Beschaffung von Brennmaterialien oder die Akquise von Lebensmitteln) ebenso wie die Konflikte der Heimleiter untereinander oder die Einflussnahme der Vereinigung auf bildungs- und kultuspolitische Entscheidungen. Nach Hellmut Beckers Rückzug von der Geschäftsführung und seinem Wechsel nach Berlin hat Johann Peter Vogel diese Korrespondenz bis zu seiner eigenen Pensionierung im Dezember 1998 weitergeführt. Auch danach erhielten die Heimleiter noch vereinzelt solche Rundbriefe. In den Akten der Geschäftsstelle in Oberhausen konnten aber lediglich noch fünf entsprechende Schreiben nachgewiesen werden – vier von Gerold Becker sowie ein auf den 29.09.1999 datiertes letztes Zirkular von der Hand Wolfgang Harders, dem seit Mai des Jahres amtierenden neuen Vorsitzenden der Vereinigung. Nach dem Um-

zug der Geschäftsstelle von Berlin nach Stuttgart³ wurde die Sammelkorrespondenz dann allerdings zunehmend auf elektronischem Wege realisiert. Sollte dieses Material überhaupt noch existieren, dann ist es wohl allenfalls noch auf archivierten elektronischen Speichermedien verfügbar. Für den Forschungsauftrag wurde jedoch darauf verzichtet, die seit dem Jahre 2000 vertriebene elektronische Post zu erschließen und aufzubereiten.

Angesichts der thematischen Breite des Forschungsauftrages, der von der Rekonstruktion der jüngeren Geschichte reformpädagogischer Praxis bis hin zur Aufklärung personeller Verantwortlichkeiten einzelner LEH-Repräsentanten für den sexuellen Missbrauch reichte, war früh klar, dass die Projektergebnisse nicht als klassische Institutionengeschichte präsentiert werden konnten – also nicht als bewährte Rekonstruktion des historischen Verlaufs von Gründung, Ereignisgeschichte und personeller Verantwortlichkeit. Schon gar nicht sollte eine monothe-matische und chronologische Geschichtserzählung geboten werden: Zu groß war dabei die Gefahr der Verkürzung ambivalenter Ereignisse, historischer Zäsuren und paradoxer Vorgänge auf eindimensionale Darstellungsweisen.

Stattdessen favorisierte der methodische Zugriff einen innovativen Ansatz, der Analyseverfahren sozialwissenschaftlicher Wissenschaftsforschung mit Forschungspraktiken der Institutionen- und Organisationsforschung, der Biografie-forschung wie auch der Bildungsphilosophie und der Historischen Bildungsforschung miteinander zu verbinden suchte:

Aus der Perspektive der Wissenschaftsforschung – die die Interferenzen zwischen Wissenschaft, Politik und sozialem Feld untersucht – gestattete dieses Projekt exklusive Einblicke in die Netzwerke einer einflussreichen Kulturelite der Nachkriegszeit und die Rekonstruktion reformpädagogischer Einflussnahme auf die Bildungspolitik, die Kultusgesetzgebung und die schul- wie sozialpädagogische Praxis zwischen 1945 und der Gegenwart: Tatsächlich sind Phänomene wie die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren, institutionelle Trends wie die Etablierung von Gesamt- und Ganztagschulen oder Entwicklungen wie die Demokratisierung des Zugangs zu Bildung ohne die Kärnerarbeit der reformpädagogischen Institute in freier Trägerschaft nicht denkbar. Und in der Tat macht die Untersuchung deutlich, dass die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime in nuce die Historie der vielfältigen Interventionen und Reformmaßnahmen des bundesdeutschen Bildungssektors der Nachkriegszeit spiegelt. Paradigmatisch erschließen lässt sich dies etwa über das Wirken solcher Persönlichkeiten wie Hellmut Becker oder Georg Picht.

3 Während der Leitungszeit von Wolfgang Harder (1999-2005) wurden die Geschäfte des Internatsverbandes wie die Aktivitäten der Pädagogischen Arbeitsstelle der Vereinigung von Stuttgart aus koordiniert.

Was die Wissenschaftsforschung allerdings nicht leisten kann, sind Sensibilisierung, Empathie und Betroffenheit für die Verletzungen der Opfer. Hier galt es daher, bei der Darstellung der Reforminitiativen und Strukturentscheidungen eine ambitionierte Perspektive einzunehmen, die das vor dem Horizont der Reform- und Strukturentscheidungen geschehene Unrecht nicht verdrängte, als solches benannte und denen eine Stimme gab, die unter den Verbrechen der vorgeblichen Stars und Heroen der pädagogischen Szene leiden mussten. Dass die Darstellung dabei auch die problematischen Psychogramme der Täter und vermeintlichen Mitwisser nicht aussparen konnte, versteht sich von selbst.

Um der Gefahr hagiografischer Lesarten bei der Rekonstruktion der Lebensleistungen der maßgeblichen reformpädagogischen Protagonisten vorzubeugen, waren methodische Ansätze der Biografieforschung hilfreich. Fragen, wie die nach der fragilen Konstitution von Identität und Professionalität im pädagogischen Selbstverständnis, haben davon ebenso profitiert wie die nach der Ambivalenz der Vorstellungen sozialer Rollen im Rahmen pädagogischer Verantwortung. Damit wurden dann schließlich auch Fragenkomplexe der Bildungsphilosophie, der pädagogischen Anthropologie und der Personengeschichte der Pädagogik berührt: Tatsächlich muss eine Institutionengeschichte jüngerer Landerziehungsheimpädagogik sich positionieren zu Problemen der Konstitution pädagogischer Beziehung, zur Bedeutung des Körpers im Rahmen pädagogischer Intervention wie zum problematischen Spannungsverhältnis von Gewalt und Macht in erzieherischen Verhältnissen! Diese Themen werden nicht immer in eigenständigen Kapiteln abgehandelt. Dennoch sollten sie aber in der Argumentation fortwährend und offenkundig erkennbar sein.

Die hier vorgelegte Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime bietet – wie bereits betont – keine monothematische Chronik von der Gründung des Verbandes im Jahre 1947 bis zu seiner organisatorischen Neuausrichtung in Folge des Missbrauchsskandals im Jahre 2012. Vielmehr wird der Versuch unternommen, über vielfältige Perspektiven Einblicke in die spannungsreiche Vereinigungspolitik zu geben wie auch die interessanten Interferenzen der LEH-Interessen mit den schulpraktischen und bildungspolitischen Kontexten zu gewinnen. Die vier folgenden Kapitel verstehen sich daher als solche unterschiedlichen Zugriffe, die Schlaglichter auf eine sehr lebendige, oftmals aber auch esoterische (i.e. von den zeitgenössischen Anforderungen der Tagespraxis abgelöste) Diskussionskultur werfen. Dabei gibt es vielfach thematische Überschneidungen. Diese Redundanzen sind aber durchaus intendiert, denn jeder Erzählstrang sollte aus seiner jeweiligen narrativen Eigenlogik heraus verständlich sein: Jede Geschichte – die der Institution(en), die der einzelnen Protagonisten, die der thematischen Diskurse – sollte auch für sich sinnhaft sein, um die je genuinen Bedeutungshorizonte und Motivlagen sichtbar zu machen, die den historischen Verlauf bestimmten. Trotz der Parallelität und der Interferenzen innerhalb der Entscheidungs- und

Ereignisfelder zeichneten sich so vor allem aber jene subtilen Nuancen und ambivalenten Farbschatten im perspektivreichen Gemälde der Kulturgeschichte der jüngeren Reformpädagogik ab, die dem Bild des Diskursfeldes schließlich seine mehrdeutige Wesenhaftigkeit verliehen.

Im zweiten Kapitel – „Daten“ – wird dazu zunächst die lange Tradition der Landerziehungsheimbewegung vorgestellt. Berücksichtigung finden dabei vor allem jene Motive, die eine erneute Kooperation pädagogisch-konzeptionell ähnlich arbeitender Reforminternate nach 1945 sinnvoll erschienen ließen. Ergänzt wird diese historische Grundlegung durch eine Aufstellung aller Landerziehungsheime, die zwischen 1947 und 2012 Mitglieder der Vereinigung waren. Eine Übersicht zu den Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern des Verbandes vervollständigt und beschließt diesen Absatz.

Das dritte Kapitel – „Personen“ – stellt die maßgeblichen Akteure vor, die das Konzept der Landerziehungsheime nach 1945 profiliert, repräsentiert und nach außen vertreten haben. Neben den verantwortlichen Vorsitzenden der Vereinigung (Fritz Christiansen-Weniger, Minna Specht, Fritz Linn, Hellmut Becker, Gerold Becker, Wolfgang Harder und Erika Risse) finden hierbei auch Georg Picht und Johann Peter Vogel Berücksichtigung. Beide haben pädagogisch-konzeptionell, bildungspolitisch und juristisch Wegweisendes für die Landerziehungsheimidee geleistet.

Das vierte Kapitel – „Themen und Debatten“ – bietet eine Kurzübersicht über die inhaltlichen Fragestellungen, die die Vereinigungsentwicklung über die Jahre bestimmt haben. Obgleich in der späten 1940er-Dekade ursprünglich überwiegend juristische Zwänge Anlass für den Zusammenschluss der Heime zu einem Verband waren, setzte – maßgeblich veranlasst durch Minna Specht, Georg Picht und Ernst Reisinger – aber schon kurz nach der Kooperationsvereinbarung eine intensive Debatte über das Selbstverständnis der Internate als reformpädagogische Einrichtungen ein. Diese Diskussion begleitete die Heime im Grunde bis in die Gegenwart. Die thematischen Knotenpunkte dieser Reflexion werden in diesem Abschnitt skizzenhaft nachgezeichnet – die Verständigung zur Oberstufenreform und zur Profilierung der Qualität von Schule und Unterricht; die Einflussnahmen und die Reaktion der Landerziehungsheime auf bildungspolitische Konjunkturen; die intensive Suche nach Alleinstellungsmerkmalen der Schulen in der Phase ihrer vorübergehenden institutionellen Entbehrlichkeit in den Jahren nach der Bildungsoffensive; die vielfältigen Initiativen der Öffentlichkeitsarbeit, der Lehrerweiterbildung und Schulevaluation oder die Schwierigkeiten, in der jüngeren Gegenwart erneut an bildungspolitischen Debatten zu partizipieren. Im Mittelpunkt dieser Betrachtung steht allerdings ein vertiefender Einblick in den ambivalenten Verständigungsprozess über Fragen des sexuellen Missbrauchs, da diese Problematik auf kontroverse Weise die Meinungsbildung innerhalb der Vereinigung nach 1998 dann für mehr als über ein Jahrzehnt hinweg bestimmte. Tatsächlich erweist sich an der Debatte um pädosexuelle Gewalt, wie unterentwi-

ckelt der gemeinsame Horizont geteilter Werte und Vorstellungen der im Dachverband der Reforminternate zusammengeschlossenen Schulen letztlich war. Im Grunde machen die beiden medial – mehr oder weniger intensiv – begleiteten Aufklärungswellen zu den Verbrechen im Hambachtal im Jahre 1999 und im Jahre 2010 deutlich, wie fragil der Zusammenschluss der Heime als ein lediglich pragmatischer Interessenverbund privater Bildungsträger letztlich war und dass die jüngere Landerziehungsheimbewegung kaum verantwortliche pädagogische Visionen entwickeln konnte, um jene kritische Selbstreflexion leisten zu können, die zur Bewältigung der durch die Vorkommnisse sexualisierter Gewalt veranlassenen Identitätskrise der Reformpädagogik notwendig war.

Abschließend wird im fünften Kapitel eine „Chronik“ präsentiert, in der die wesentlichen Daten, Etappen und Zäsuren der Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime unkommentiert und mit dem Anspruch auf objektivierende Darstellung gelistet sind. Diese Übersicht kann bilanzierend als Zusammenfassung ebenso konsultiert werden wie ergänzend bei der fortlaufenden Lektüre des Buches. Für Eilige bietet sich diese Chronik zudem als Einstieg an. Der Leser wird hier nur mit den historischen Fakten konfrontiert und bleibt unbelastet von den Zumutungen engagierter Hermeneutik oder subjektiver Deutung, die in den darstellenden Kapiteln möglicherweise immer wieder durchscheinen. Und selbstverständlich bietet der chronologische Überblick eine Fülle von Daten, die im kommentierenden Teil aus darstellungs-dramaturgischen Gründen nicht immer Berücksichtigung finden konnten.

Nach einer Reihe von Paratexten – „Quellen und Literatur“, „Last and final“, „Editorische Notiz“, „Personenregister“ – ermöglicht dann das abschließende neunte Kapitel des Buches: „Quellenwerke“ eine authentische Orientierung über das thematische Selbstverständnis der Landerziehungsheimpädagogik am Beispiel von Primärquellen. Der Leser findet in diesen Dokumenten einiges wieder, was in den kommentierenden Kapiteln vorher bereits erörtert wurde. Viele dieser Materialien (etwa das Protokoll der Gründungsveranstaltungen der Vereinigung vom Juni 1947) erscheinen erstmals in gedruckter Form. Häufig sind diese Quellen den Archivakten entnommen und bieten interessante Einblicke in Verständigungsprozesse und Entscheidungsfindungen der Vereinigungspolitik. Andere, oftmals verstreut edierte oder auch nur in Kleinstauflagen von Schulprospekten publizierte Dokumente (etwa Georg Pichts: „Die Idee des Landerziehungsheimes“), gelten inzwischen als Klassiker reformpädagogischer Tradition. In nuce stellen diese Texte das Gedächtnis der Landerziehungsheimbewegung nach 1945 dar.

2 Daten

2.1 Die Vorgeschichte: Die Landerziehungsheimbewegung und die Situation der reformpädagogischen Heime nach dem 2. Weltkrieg

Im Jahre 1933 veröffentlichte Herman Nohl, Ordinarius für Pädagogik an der Universität Göttingen, im Rahmen eines gemeinsam mit Ludwig Pallat edierten fünfbandigen „Handbuch der Pädagogik“ eine systematisierende Retrospektive über die vielfältigen Initiativen, das Schul- und Erziehungswesen im deutschen Sprachraum am Beginn des 20. Jahrhunderts zu erneuern. In diesem Text – 1935 unter dem paradigmatischen Titel: „Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie“ als Separatdruck erneut aufgelegt (Nohl 1988) – schilderte Nohl eine historische Situation, aus der heraus um und nach 1900 ein nachhaltiger Aufbruch im Kultur- und Geistesleben sichtbar wurde, der nicht zuletzt im pädagogischen Diskurs seine Spuren hinterließ. Charakteristisch für diese außergewöhnlichen Epochenkonstellation war – so Nohl –, dass sich unter dem Eindruck einer prekären gesellschaftlichen Gemengelage aus den Kollateralschäden der Industrialisierung, der Urbanisierung, der sozialen Not und den Zumutungen einer geradezu totalitären Modernisierung des Lebens große pädagogische Volks- und Reformbewegungen herausgebildet hatten, die als ideologische Einheit „aller Lebensäußerungen des Volkes“ (vgl. ebd., S. 9) die Auseinandersetzung mit den Entfremdungen der Lebenswelt forcierten und eine Erneuerung der Kultur in ihrer Gesamtheit anstrebten. Nach Nohl wirkten diese vielfältigen konzeptionellen Tendenzen in unterschiedlichste gesellschaftliche Sphären hinein: Sie entfalten sich als große pädagogische Volksströmungen (wie die Jugend- und Volkshochschulbewegung), als Erneuerungsversuche traditioneller pädagogischer Einrichtungen (wie die Einheitsschulbewegung) oder als vielfältige pädagogische Reforminitiativen im engeren Sinne (wie die Kunsterziehungsbewegung, die Arbeitsschulbewegung oder die Landerziehungsheimbewegung). Als Sammelbegriff für alle diese zahlreichen Aufbrüche eines erneuerten Erziehungsdenkens wählte Nohl den Topos »Reformpädagogik«. Dieser Begriff war allerdings weder neu, noch sonderlich innovativ. In der pädagogischen Historiografie des 19. Jahrhundert fand der Ausdruck bereits vor der neuerlichen Inanspruchnahme durch Nohl gelegentlich Verwendung, um eklektische Schulerneuerungsinitiativen und Erziehungsreformen des 16. Jahrhunderts (die Protestantische Schulreform unter Luther und Melanchthon), des 17. Jahrhunderts (die Didaktik der Frühen

Neuzeit um Ratke und Comenius), des 18. Jahrhunderts (die Schriften Rousseaus oder die Pädagogik der Spätaufklärung um die Philanthropen und Johann Heinrich Pestalozzi) oder des 19. Jahrhunderts (etwa Friedrich Fröbels Pädagogik) zu charakterisieren. Selbst für die Kennzeichnung des pädagogischen Aufbruchs der Wende zum 20. Jahrhundert wurde der Begriff bereits vor Herman Nohl vereinzelt genutzt (etwa bei Ernst Krieck). Neu in Nohls Deutung war hingegen, dass dieser die vielfältigen Strömungen pädagogischen Erneuerungsdenkens aber nicht nur einfach zusammenfasste. Vielmehr gab er den heterogenen Erziehungs- und Bildungsinitiativen der Jahrhundertwende die Signatur einer einheitlichen, die gesamte Gesellschaft erfassenden kulturellen Prägung. Die pädagogische Rezeptions- und Ideengeschichte nahm diese Deutung zunächst gern und dankbar auf. Der Begriff »Reformpädagogik«¹ wurde in diesem Zusammenhang zum Synonym für die Epochenkonstellation um 1900 und deren unmittelbare Relevanz für alternatives Erziehungsdenken wie für die Gesamtheit der Veränderungsambitionen im Bildungsbereich. Reformpädagogik – verstanden hier als ein einheitlicher Ansatz zur Erneuerung von Erziehung, Schule und Unterricht – wurde als Antwort begriffen auf eine gesellschaftliche Krisensituation (gekennzeichnet durch Industrialisierung, Entfremdung des Menschen etc.), die vom traditionellen Schul- und Erziehungssystem nicht länger bewältigt werden konnte. Inhaltlich und konzeptionell bestimmte sich dieses kulturkritisch motivierte Paradigma durch ein radikales „Denken vom Kinde aus“, durch den Versuch, die sozialen Sachverhalte Erziehung und Bildung tatsächlich neu zu bestimmen, die überkommenen Lebensformen und traditionellen Institutionen der Bildung zur Disposition zu stellen und stattdessen neue pädagogische Interaktionsformen, innovative Didaktiken und alternative Erziehungsmethoden zu erproben. Die beiden konzeptionellen Schwerpunkte reformpädagogischer Profilierung – die Entwicklung kindzentrierter pädagogischer Ideen und die Etablierung schülerorientierter pädagogischer Praxis – wurden dabei allerdings nicht immer gleichzeitig adressiert. Oftmals sogar akzentuierten die reformpädagogischen Protagonisten (unter ihnen Lehrer, Hochschullehrer, Schriftsteller, Publizisten, Künstler oder Ärzte) in ihren Konzepten gar nur einzelne, exklusive innovative Momente aus dem breiten Repertoire erzieherischer oder bildungsorganisatorischer Einflussnahme, die mit dem jeweiligen Ansatz dann in der Regel Alleinstellungscharakter erfuhren: Maria Montessori (1870-1952) konzentrierte sich auf die Kleinkind- und Förderpädagogik, für deren Praxis sie spezifische didaktische Materialien entwickelte; Berthold Otto (1859-1933), Georg Kerschensteiner (1854-1932) oder Peter Petersen (1884-1952) arbeiteten auf je ganz unterschiedliche Weise an der

1 Vertiefend zur Begriffsgeschichte, zu den konzeptionellen Schwerpunkten, zur Rezeption wie zur Kritik der so genannten »Reformpädagogik« vgl. Scheibe 1980, Röhrs 2001, Oelkers 2005, Benner/Kemper 2003, Hansen-Schaberg 2012a.

Entschulung traditioneller Bildungsinstitutionen und erprobten angeregt durch lerntheoretische Einsichten ambitionierte unterrichtliche Arbeitsformen; Rudolf Steiner (1851-1925) entwickelte gar eine neue, epochal gegliederte Ökonomie des Unterrichts, die er über eine esoterische Geisteswissenschaft wie einen vorgeblich umfassenden ästhetisch-rhythmischen Bildungsgang des Menschen fundierte; für Alfred Lichtwark (1852-1914) rückte die ästhetische Erfahrung des Kindes in den Fokus methodischer Profilierung insbesondere der musischen Erziehung; Kurt Hahn (1886-1974) schließlich reagierte auf die Verfallserscheinungen des modernen Zeitalters mit seinem Konzept der Erlebnistherapie, dass die Anteilnahme, Sorgsamkeit, körperliche Tauglichkeit und Initiative der Heranwachsenden fördern wollte.

Diese Auflistung der reformpädagogischen Akteure und ihrer Ansätze ließe sich umfangreich ergänzen. Tatsächlich nennen die bildungshistorischen Standardwerke und Spezialuntersuchungen zur Epoche etliche Dutzend maßgebliche Klassiker und einschlägige Protagonisten, die in der Zeit der Jahrhundertwende, den Jahren des ersten Weltkriegs oder während der Weimarer Republik maßgeblichen Anteil am Aufbruch oder der Neuakzentuierung des Erziehungsdenkens hatten. Angesichts der Vielgestaltigkeit erzieherischer Konzepte und Ideen wird allerdings deutlich, dass der Epochenbegriff »Reformpädagogik« kaum tauglich ist, um die Gemengelage aus unterschiedlichen, sich z.T. widersprechenden pädagogischen Erneuerungsversuchen zu vereinheitlichen. In der Tat sind die unter dem Begriff subsumierten Strömungen zu vielfältig, die Leistungen der involvierten Pädagogen zu mannigfaltig und deren Aktivitäten zu unübersichtlich.

Ebenso wenig wie man deshalb von DER »Reformpädagogik« als einem einheitlichen Paradigma zur Erneuerung des Erziehungsdenkens im frühen 20. Jahrhundert sprechen kann, lässt sich daher auch die das reformpädagogische Spektrum mit ihren Ansätzen maßgeblich dominierende „Landerziehungsheimbewegung“ als eine homogene Strömung innerhalb des reformerischen Aufbruchs begreifen:² Zu unterschiedlich sind die Interessenlagen und Absichten der oft charismati-

2 Die bei aller Vielfalt des institutionellen Spektrums herausgehobene Bedeutung der Landerziehungsheime im paradigmatischen Aufbruch der pädagogischen Volks- und Reformbewegungen des Jahrhundertbeginns hat übrigens schon Herman Nohl betont. Tatsächlich sah er in den Landerziehungsheimen, Landschulheimen und Freien Schulgemeinden jene sehr exklusiven »Pädagogischen Provinzen«, in denen sich das Ideal des reformpädagogischen Enthusiasmus zuerst und am konsequentesten artikuliert und entfaltet hatte (vgl. Nohl 1988, S. 78f.). Ohne Zweifel kommt Nohl daher das Verdienst zu, mit seiner Darstellung eine Leitfunktion für die erfolgreiche Rezeption wie die akademische Reflexion dieser reformpädagogischen Richtung übernommen zu haben. Anders aber als in den einschlägigen Fachhistoriographien vielfach behauptet (vgl. jüngst erst wieder Schwerdt 2012, S. 56), kann Nohl kaum als der Urheber des Begriffs „Landerziehungsheimbewegung“ veranschlagt werden. Erstmals nachweisbar ist der Topos vielmehr schon in Friedrich Grunders: „Land-Erziehungsheime und Freie Schulgemeinden“ von 1916. In diesem systematisierenden Werk zu den reformpädagogischen Internaten der ersten Gründergeneration spricht der Autor bereits

schen, zumeist aber sehr eigenwilligen Schulgründungspatriarchen, die diesem Ansatz aus dem post festum-Blick bildungshistorischer Reflexion zugeordnet werden, zu mannigfaltig die favorisierten Einrichtungsformen, zu ungleich die Umstände der jeweiligen Gründung.³

Unzweifelhaft steht am Anfang dieser heterogenen Traditionslinie aber Hermann Lietz (1868-1919)⁴, der mit seinen Heimgründungen in Ilsenburg (1898), Stolpe (1900), Haubinda (1901), Bieberstein (1904) und Veckenstedt (1914) eine pädagogische Institutionenform schuf, die als attraktiver Gegenentwurf zur zeitgenössischen Staatsschule interessierte Unterstützer fand und zahllose Nachahmer inspirierte.

Lietz hatte nach dem mit dem theologischen und dem Oberlehrerexamen abgeschlossenen Studium in Halle und Jena zunächst in wechselnden Anstellungsverhältnissen u.a. in Putbus und Jena unterrichtet, bevor er auf Empfehlung seines akademischen Lehrers und Leiters der Jenaer Universitätsübungsschule Wilhelm Rein (1847-1929) 1896 an Cecil Reddies (1858-1932) Reforminternat nach Abbotsholme in Rocester/Staffordshire gewechselt war. Lietz war von dem an der „New School“ realisierten alternativen „Boarding School-Konzept“ fasziniert. Die methodische Schwerpunktlegung auf ganzheitliche Erziehung, auf praktische und ästhetische Bildung wie auf Stärkung der körperlichen Kräfte und der sittlichen Reife der Schüler begeisterte ihn derart, dass er seine Eindrücke in einer idealisierenden Programmschrift festhielt. Diesem Buch gab er den Titel „Emlohstoba“ – ein Anagramm vom Abbotsholme (vgl. Lietz 1897). Ausgehend von seinen Erfahrungen an Reddies Einrichtung formuliert er hierin romantisch verklärt eine Agenda für eine hoffnungsvolle Zukunft institutionell fundierter Bildung und Erziehung: Inspiriert von klassischen Erziehungsvorstellungen der Antike erneuert und systematisiert er darin zunächst die Kritik an der dekadenten Zivilisation und ihren prekären Auswüchsen wie Industrialisierung und Verstädterung, denen die traditionelle zeitgenössische Schule unmittelbar zuarbeiten. Dem gegenüber entwickelt er die Idee eines Internats, das nicht länger Schule ist, sondern eine für alle Beteiligten (Lehrer wie Schüler) inspirierende Lebensgemeinschaft, in der die Heranwachsenden unmittelbare Erfahrungen machen können wie die der Solidarität, der Selbstwirksamkeit und der Natürlichkeit.

von der „L.-E.-H.-Bewegung“ als einer konzeptionell einheitlichen Richtung innerhalb der neuen Pädagogik des Jahrhundertbeginns (vgl. u.a. Grunder 1916, S. 1).

3 Vertiefend zur Landerziehungsheimbewegung vgl. neben Nohl 1988, S. 78-84 u.a. Grunder 1916, Lietz 1919, Becker/Weidauer 1983, Wild 1997, Baader 2005, Schwerdt 2012.

4 Einführend und vertiefend zu Lietz und zu den historischen Konstellationen und biografischen Motiven der Gründung und Etablierung der ersten Landerziehungsheime vgl. u.a. Lietz 1897, Andreesen 1934, Meissner 1965, Kutzer 1968, Koerrenz 1989, Herrmann 1991, Littig 2005, Koerrenz 2011; kontrapunktisch dazu vgl. Oelkers 2013.

Schon kurz nach seiner Rückkehr aus England bot sich Lietz die Gelegenheit, die Vorstellung einer solchen Schule zu verwirklichen. In Ilsenburg im Harz gründete er nach dem Vorbild von Reddies englischem Reformalumnat 1898 sein erstes »Deutsches Landerziehungsheim«. Vordringliches Ziel der dort praktizierten Pädagogik war die

[...] Erziehung der anvertrauten Kinder zu harmonischen, selbständigen Charakteren, zu deutschen Jünglingen, die an Leib und Seele gesund und stark, die körperlich, praktisch, wissenschaftlich und künstlerisch tüchtig sind, die klar und scharf denken, warm empfinden, mutig und stark wollen [...] (vgl. Koerrenz 2011, S. 94).

Mit dieser Gründung gab Lietz den Auftakt für die Etablierung eines neuen pädagogischen Institutionenmodells, das seine konzeptionelle Programmatik geradezu sprichwörtlich im Titel führt – das „Land-Erziehungs-Heim“: Tatsächlich sind sowohl die Lietzschen Alumnate wie auch die vielen in der Folgezeit von ehemaligen Lietz-Mitarbeitern, Weggefährten oder Konkurrenten gegründeten Sezessionen bei all ihrer Unterschiedlichkeit einem gemeinsamen Grundbestand pädagogischer Handlungs- und Institutionalisierungsformen verpflichtet, der auf jenen drei wesentlichen Säulen ruht, die schon im Begriff anklingen (vgl. dazu u.a. auch Becker/Weidauer 1983):

1. Landerziehungsheime sind – im positiven Sinne – »pädagogische Provinzen«. Sie sind geprägt von ihrem jeweiligen topografischen Umfeld – von der Wattlandschaft, der Heide, von Mittelgebirgstälern oder dem Vorland des Hochgebirges – und ermöglichen den Schülern so authentischere Erfahrungen der Selbstwerdung als dies die entfremdeten Metropolen gestatten.
2. Ist die pädagogische Arbeit in den Landerziehungsheimen von der Einsicht geleitet, dass dem Erziehen ein Vorrang vor dem Unterrichten eingeräumt wird und die strikte Trennung von schulischen und außerunterrichtlichen Aktivitäten aufgehoben ist. Auch Unterricht wird immer als erziehender gedacht.
3. Landerziehungsheime wollen für die Schüler Heimat sein. Die Heimfamilie, in der der Lehrende gemeinsam mit den Schülern lebt und zugleich auch Verantwortung als Familienoberhaupt oder Mentor übernimmt, ist dabei aber nicht einfach nur Ersatz für die Herkunftsfamilie, vielmehr steht diese Gemeinschaftsform für einen pädagogisch optimierten Erfahrungsraum, den die konventionellen Sozialisationsagenturen so nicht bieten können.
4. Über die genannten drei Wesensbestandteile des Kompositums „Land-Erziehungs-Heim“ hinaus verfolgen diese Einrichtungen zusätzlich eine ganzheitliche Bildung, die den Geist und die kognitiven Kompetenzen der Heranwachsenden ebenso affizieren will wie deren Leib, deren Gefühlsrepertoire oder deren motivationale Disposition zu körperlicher Arbeit oder künstlerischer Entfaltung. Inspiriert von den Reformbewegungen des beginnenden 20. Jahrhunderts war es ihr Ziel, die Werdung des „neuen Menschen“ pädagogisch zu unterstützen.

5. Muss man allerdings in Rechnung stellen, das Landerziehungsheime immer exklusive Privatschulen waren und ihr Erfolg sich auch daher begründete, dass sie eine zahlungskräftige Klientel aus dem Industriellenmilieu, dem gehobenen Bildungsbürgertum oder der Aristokratie bedienten. Tatsächlich waren es oft gerade schichtenspezifische Gründe, die die Eltern für die Alternativschulen auf dem Lande einnahmen. Häufig waren es entwicklungsauffällige und schulunfähige Kinder, die in diese Einrichtungen gegeben wurden. Mit der Unterbringung ihrer Kinder in solchen »pädagogischen Provinzen« konnten die Eltern ihr Gesicht wahren, ohne öffentlich eingestehen zu müssen, dass sie mit den eigenen Erziehungsmaßnahmen gescheitert waren und professioneller Unterstützung bedurften, um ihre Kinder wenigstens nach außen hin noch in der Illusion regulärer Beschulung zu belassen. Insofern dürfen Landerziehungsheime beileibe auch nicht als jene romantischen Sehnsuchtsorte des Aufwachsens in ländlicher Idylle angesehen werden. Vielmehr waren sie sehr oft gar letzte Ankerplätze und privilegierte Fluchtstätten psychosozialer Moratorien für sozial auffällige Sprösslinge aus gutem Hause – mithin „das klassenspezifische Gegenstück zur Heimerziehung proletarischer Kinder“ (vgl. Kappeler 2012, S. 9; vgl. vertiefend dazu auch Oelkers 2013).

Zu dieser Tradition des Land-Erziehungs-Heims (LEH) bekennen sich ausdrücklich gerade auch jene Schulleiter der ersten großen Gründungsepoche, die in z.T. heftiger Auseinandersetzung mit Lietz um ein eigenständiges pädagogisches Profil rangen und die Lietzschen Heime z.T. im Unfrieden zugunsten eigener Schulversuche verließen wie Gustav Wyneken (1875-1964), Paul Geheeb (1870-1961), Alfred Kramer (1898-1964), Ludwig Wunder (1878-1949), Minna Specht (1879-1961) oder Bernhard Uffrecht (1885-1959), die bei ihren Gründungen in Wickersdorf (Freie Schulgemeinde), in Ober-Hambach (Odenwaldschule), im Berner Oberland (École d'Humanité), in Holzminden (Landschulheim am Soling), Melsungen (LEH Walkemühle) oder Letzlingen (Freie Schul- und Werkgemeinschaft) wesentliche Elemente des Lietzschen Ansatzes übernahmen, aber um entscheidende educative Nuancen erweiterten. Zu denken ist hier etwa an das Prinzip der Schulgemeinde und die Schülermitbestimmung, an die stoffliche Entschlackung des Unterrichts, an die Idee einer weltanschaulich engagierten Erziehung oder das Prinzip der Koedukation.

Dieser konstruktive Umgang mit dem Lietzschen Erbe zeichnet übrigens auch die bedeutenden LEH-Gründungen aus, die ihre Existenz nicht unmittelbar einer Sezession aus dem Lietz-Umfeld verdanken wie der von Julius Lohmann (1869-1919) und Ernst Reisinger (1884-1952) im Landheim Schondorf realisierte Ansatz einer ganzheitlichen Charakterbildung und Werteerziehung (mit Hilfsbereitschaft, Verantwortung, Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit) oder das von Kurt Hahn in Salem verwirklichte erlebnis-therapeutische Konzept (s.o.).

Leitfunktion hatten die über die Lietz-Tradition begründeten paradigmatischen Fundamente reformpädagogischer Praxis insbesondere für jenes Dutzend Landerziehungsheime, die sich am 28.10.1924 bei einem Treffen an der Odenwaldschule unter der Regie von Alfred Andreesen, dem Lietz-Nachfolger und Oberleiter der Stiftung Deutscher Landerziehungsheime, erstmals zu einem organisatorischen Verbund gleichgesinnter Privatschulen zusammenschlossen. Bemerkenswert an dieser Gründung ist, dass die Heime dabei aber nicht einfach nur vor dem Hintergrund wirtschaftlicher oder verwaltungsrechtlicher Sachzwänge miteinander kooperierten. Vielmehr fühlten sie sich insbesondere pädagogisch-konzeptionell verwandt und sahen sich alle explizit dem Lietzchen Erbe verpflichtet. Diese in Ober-Hambach gegründete „Vereinigung der Freien Schulen – Landerziehungsheime und Freie Schulgemeinden – in Deutschland“ bestand bis in die NS-Zeit hinein.⁵

Organisiert in diesem ersten Verbund waren zunächst die seinerzeit bestehenden sechs Lietz-Heime (Haubinda, Bieberstein, Veckenstedt, Ettersburg, Gebesee, Buchenau) sowie die Freie Schulgemeinde Wickersdorf, das Landheim Schondorf, die Odenwaldschule, das Landschulheim am Solling, die Freie Werk- und Schulgemeinde Letzlingen sowie die Bergschule Hochwaldhausen. Über diese sechs Gründungsmitglieder hinaus bekundeten auch andere Heime Interesse an einer zukünftigen Mitarbeit. So nahmen an der Ober-Hambacher Gründungszusammenkunft etwa auch Vertreter der Erziehungsschule Schloss Bischofstein teil, der Schule Hellerau, des Schulheims Gandersheim, der in Gründung befindlichen Schule am Meer Juist sowie der Internatsschule Schloss Salem. Einige von diesen – wie die Schlossschule Salem – wurden dann später tatsächlich auch in die Vereinigung aufgenommen. Bis in die 1930er-Jahre hinein trafen sich die Leiter dieser

5 Bereits vor dem offiziellen Zusammenschluss der Heime sind gelegentliche informelle Treffen der Leiter der angesehenen Landerziehungsheime dokumentiert. Das erste dieser Art fand auf Einladung Andreesens bereits Mitte Oktober 1922 in Neudietendorf statt. Über den Zweck der Zusammenkunft und die Teilnehmer berichtet u.a. Ernst Reisinger: „[...] Mitte Oktober 1922 haben sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte die großen Landerziehungsheime Deutschlands in Neudietendorf vereinigt, um sich über wirtschaftliche Fragen zu besprechen; es waren vertreten die Lietzchen Heime durch Dr. Andreesen, die Odenwaldschule durch Herrn und Frau Geheb, Wickersdorf durch Luserke und Aeschlimann, Landschulheim am Solling durch Dr. Lehmann und Dr. Hell, Neue Schule Hellerau durch Dr. Harleß, Bergschule Hochwaldhausen durch Prof. Steche, Letzlingen durch Dr. Uffrecht und Schondorf durch mich. Ich hoffe, daß diese erste Tagung ein Anfang freundschaftlicher Fühlungnahme unter den D.L.E.Hen war. Man wurde sich in Neudietendorf der Größe und Schönheit der Aufgabe, die in unsern Händen liegt, so recht bewußt und beschloß auch dem Staat die Leistung dieser Heime mehr klarzulegen, die durch schöpferische Neugestaltung des Erziehungs- und Schulwesens nicht nur für die anvertrauten Kinder Leistungen vollbringen, sondern durch tausende oft kaum nachweisbarer Kanäle des öffentlichen Schulwesens Deutschlands aufs stärkste befruchtet haben [...]“ (Reisinger 1923, S. 10).

Schulen regelmäßig und tauschten sich über organisatorische Fragen genauso aus wie über pädagogische Probleme.

Schon unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 versuchten die Kultusbehörden dann allerdings, die Landerziehungsheime ideologisch zu okkupieren.⁶ Die Heime selbst hatten diesen Übernahmeambitionen wenig entgegenzusetzen: Häufig mussten die Schulgründer emigrieren (wie Paul Geheeb, Kurt Hahn oder Gertrud und Max Bondy), andere Schulen wurden von den Kultusbehörden geschlossen (etwa die Walkemühle oder die Freie Schul- und Werkgemeinschaft Letzlingen). Nicht wenige Heime kämpften dann schließlich nach der Novellierung des Umsatzsteuergesetzes vom 16.10.1934 um ihre Existenz. Durch diese Bestimmung wurde die zuvor gewährte Befreiung nicht öffentlicher Erziehungsanstalten von der Umsatzsteuer im Hinblick auf Verköstigung und Beherbergung aufgehoben, wodurch die Schulen fiskalisch in der Pflicht standen, die bei den Eltern für die Internatsaufenthalte erhobenen Gelder eigens zu versteuern und an die Finanzämter abzuführen (vgl. dazu u.a. Christiansen-Weniger/Specht 1949). Tatsächlich gerieten die meisten Heime hierdurch in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wenn sie nicht ohnehin schließen mussten, bot sich den nationalsozialistischen Schulbehörden durch die finanzielle Schieflage vieler LEH die Möglichkeit, die Schulen zu übernehmen. Zum Teil wurden Landerziehungsheime sogar in Nationalpolitische Erziehungsanstalten (so genannte Napola) umgewandelt. Die wenigen freien Schulen, die den nationalsozialistischen Einflussnahmen daher nicht ganz und gar zum Opfern fielen, konnten dies bis 1945 demnach nur in innerer Emigration tun oder im braunen Gewand.

Auch die Initiative zur Gleichschaltung und ›Neugründung‹ einer Interessenvertretung der Landerziehungsheime unter nationalsozialistischer Regie erfolgte rasch. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung insbesondere von Theophil Lehmann⁷: Auf dessen Einladung hin trafen sich in Holzminden bereits im Herbst 1933 Vertreter des LSH am Solling, der Schule Schloss Salem, des LH Schondorf, der Ursprungsschule sowie der Lietzschulen, um sich zur so genannten „Reichsfachschaft Deutscher Landerziehungsheime“ unter dem Dach des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NLSB) zusammenzuschließen (vgl. u.a. Seydel/Vogel 1987, S. 60, Herrenbrück 2006, S. 143-151).

Der institutionelle Status dieses offiziell am 24.09.1933 gegründeten Verbundes war jedoch lange Zeit unklar, weil die „Reichsabteilung für Unterricht und Erziehung“ den Landerziehungsheimen keine eigene Fachschaft zubilligen wollte und die „Reichsfachschaft der DLEH“ wie alle anderen Privatschulverbände in den

6 Zur Geschichte der Landerziehungsheime im Nationalsozialismus vgl. vertiefend u.a. Seydel/Vogel 1987, Alpehi 1998.

7 Vertiefend zu Lehmanns problematischen Aktivitäten im Rahmen des Internatsverbundes wie im Hinblick auf die nationalsozialistische Ausrichtung des Landschulheims am Solling ab 1933 vgl. Herrenbrück 2006.

NSLB zwangseingliederte. Rechtssicherheit erhielten die mit den neuen Machthabern kollaborierenden Heime erst mit der Gründung einer eigenen „Reichsfachgruppe Deutsche Landerziehungsheime und Schulgemeinden“ am 24.03.1935. Theophil Lehmann übernahm das Amt des Obmanns dieser Organisation. Neben Holzminden, Salem, Schondorf, Urspring und den Lietz-Schulen »engagierten« sich in diesem Verbund nun auch die Freie Schulgemeinde Wickersdorf, der Birklehof, Schloss Neubeuern, Schloss Marquartstein sowie die Erziehungsanstalt Schnepfenthal.

Damit war faktisch kein Landerziehungsheim mehr eigenständig. Die NS-Kultusadministration hatte die volle Kontrolle über das Freie Schulwesen erlangt. Als zuständige Behörde für die Heime wurde 1936 die „Rechtsstelle für Privatschulen und Privatlehrer“ geschaffen. Auf der Grundlage verschiedener Erlasse zur Überprüfung und Anerkennung von Freien Ersatzschulen wurden die Privatschulen und Landerziehungsheime nach den Maßgaben dieser Institution in der Folgezeit ideologisch und organisatorisch zunehmend okkupiert, die vielfältigen Privatschulangebote politisch gleichgeschaltet, engagierte LEH-Leiter durch NS-Sympathisanten ersetzt und die Heime in der Regel verstaatlicht. Dokumentiert ist eine solche Umwandlung traditionsreicher Landerziehungsheime in so genannte „Deutsche Heimschulen“ für fast alle reformpädagogischen Internate wie etwa für Wickersdorf oder den Birklehof (vgl. Würthle 1998, S. 81). Zur Umsetzung dieser Maßnahmen wurde 1941 sogar eigens eine neue Behörde gegründet – die „Inspektion der deutschen Heimschulen“ unter Leitung des SS-Obergruppenführers August Heißmeyer. Die reformpädagogischen Internate verloren damit endgültig ihren Gestaltungsspielraum und ihre institutionelle Autonomie. Die zu Beginn des Jahrhunderts etablierte Idee der Landerziehungsheime als unabhängige Alternativen zu den staatlichen Bildungseinrichtungen geriet damit zunächst in Vergessenheit und das reformpädagogische Erbe wurde begraben unter 1000 Jahren deutscher Verfallsgeschichte.

Bis zum Ende der nationalsozialistischen Diktatur fristeten die Heime eine Existenz in Bedeutungslosigkeit. In den letzten Kriegstagen waren sie gar häufig unmittelbar von den Kampfhandlungen betroffen. Auch die Wochen nach der Befreiung durch die Alliierten brachten selten die erhoffte Entspannung, denn häufig wurden die Schulen von den Besatzern übernommen und die Gebäude anderen Zwecken zugeführt. An ein geregeltes Schul- oder Internatsleben war selten zu denken. Sehr eindrücklich wird die dramatische Situation der Jahre 1944 und 1945 in einem Brief beschrieben, den Inge Ausfeld (1913-2006), die Tochter des letzten unabhängigen Leiters der Erziehungsanstalt Schnepfenthal, an Theo Zollmann, den Leiter des Lietzchen Landwaisenheimes in Veckenstedt, schrieb:⁸

8 Die Erziehungsanstalt Schnepfenthal war 1784 von dem Theologen und im philanthropischen Kontext aktiven Pädagogen Christian Gotthilf Salzmann (1744-1811) gegründet worden. Trotz der

[...] das arme Schnepfenthal ist sehr gerupft worden und wenn man auch hoffe, daß wieder etwas daraus zu machen ist, so ist es doch nicht mehr das Salzmansche, kann es nicht sein. Das letzte halbe Jahr der Verstaatlichung von Sept '44 bis zum Zusammenbruch war schon schlimm, auch alles was an Kämpfen voranging. Dazu die Verlagerung der Gothaer Waffenfabrik hierher usw. Es nahm keinen guten Weg und als am 3.4.45 die Amerikaner kamen, fiel alles auseinander. Der Leiter[,] ein Heeresoberschulrat im Rang eines Oberstleutnant verschwand sofort und sein Vertreter ein Dr. Friedrich Müller (vielleicht kennen Sie ihn, er war in so vielen Heimen) aus Jena, der seit Juni '44 hier Heimleiter war, konnte auch nichts mehr aufhalten oder die letzten Jungens zusammenhalten. Sie strebten alle nach Hause und als dann alles geräumt werden mußte[,] jagte man 3 ungewiß ins Dorf. Was wir nach über 2 Monaten Besetzung (amerikanische!) vorfanden, war viel Unordnung, Müll, schrecklicher Schmutz und Trümmer. Nach dem unendlichen Aufräumen und Säubern blieb nicht viel Positives.

Inzwischen erfuhren wir, daß Schnepfenthal in Privatbesitz zurückginge, aber keine Privatschule mehr sein dürfe. Was nun? Wir versuchten eine Verpachtung an Staat oder Kirche. Umsonst. Kein Geld! Irgendwie wollten wir den Besitz doch halten, so lange es irgend möglich. Da setzte man uns im Okt. '45 Flüchtlinge hinein, was sicher für diese sehr nötig, für Schnepfenthal aber wenig geeignet und bekömmlich war. Es war auch keine sehr ergiebige Finanzquelle und dazu die hohen Steuern. Die Landwirtschaft wurde einstweilen für sich verpachtet. Im Frühjahr endlich interessierte Weimar sich wieder für uns und Dr. Singer wurde eingesetzt, die Schule wieder in Gang zu bringen. Er hat Ihnen wohl sicher darüber berichtet. Seine Eignung als Schul- und Heimleiter bezweifle ich. Aber er hat sich eingesetzt und schon vieles erreicht. Es sind so unerhörte Schwierigkeiten zu überwinden. Im Frühjahr wird man hoffentlich beginnen können, im kleinsten Raum [...]. (Ausfeld 1946)

Der Brief Inge Ausfelds macht deutlich, dass die Nachkriegssituation insbesondere in der russisch besetzten Zone große Unwägbarkeiten für die Privatschulen mit sich brachte: Zwar konnten die Eigentümer oder Stiftungen die unter den Nazis enteigneten Heime wieder übernehmen, gleichzeitig aber wurde ein zentralistisches Schulsystem etabliert, das Schulen in freier Trägerschaft nicht vorsah. Zum Problem wurde diese Konstellation insbesondere für die Lietz-Schulen, die vier Standorte auf dem russisch besetzten Territorium unterhielt. Mit Haubin-

zeitlichen Spanne von mehr als einhundert Jahren lassen sich interessanterweise viele thematische Parallelen zwischen Salzmans Absichten bei der Einrichtung seiner eigenen Erziehungsanstalt und der Konzeption der Lietzschen Landerziehungsheime ziehen: Schon Salzmans privates Institut verstand sich explizit als »Pädagogische Provinz«, räumte der Idee einer ganzheitlichen Erziehung ein Primat vor den unterrichtlichen Arrangements ein und favorisiert das Familienprinzip bei der infrastrukturellen Organisation des pädagogischen Settings (zur Bedeutung Schnepfenthals als institutionellem Vorläufer der Landerziehungsheimpädagogik vgl. vertiefend Brachmann 2013a). Bis zur Verstaatlichung im Zuge der Heißmeyerschen Maßnahmen war die Erziehungsanstalt in Privatbesitz der Familie Salzmann-Ausfeld. Seit den späten 1920er-Jahren intensivierten sich zwischen Schnepfenthal und den Landerziehungsheimen die Kontakte. Informelle Kooperationsbeziehungen unterhielt die Familie Ausfeld dabei insbesondere zu Mitarbeitern und Leitern der Lietz-Heime.

da, Veckenstedt, Ettersburg und Gebesee waren davon insbesondere die Heime der Unter- und Mittelstufe betroffen, was folgenreich für das Gesamtkonzept der Lietz-Schulen wurde, die nun gezwungen waren, für diese Altersstufen im westlichen Teil Deutschlands einen neuen Standort zu schaffen. Die prekäre Standortkonstellation war allerdings auch verwaltungstechnisch eine große Herausforderung. Die Lietz-Stiftung löste diese Problematik übergangsweise dadurch, dass für die Ostzonenheime ein eigenes Kuratorium eingesetzt wurde. Bei der Verhandlung mit den neuen Kultusbehörden waren dann viel Kreativität, Enttäuschungsfestigkeit und Kompromissbereitschaft gefordert. So musste etwa der von der Besatzungsmacht eingesetzten Schulverwaltung ein erhebliches Mitspracherecht bei curricularen und strukturellen Fragen eingeräumt werden. Auch die Anstellung der Lehrer erfolgte nur mit Zustimmung der Weimarer Behörde (vgl. Christiansen-Weniger 1947c, S. 4f.).

Als besonderes Problem erwies sich zudem die logistische Koordination unter den Standorten. Mehrfach klagte deshalb auch Fritz Christiansen-Weniger, der neue Oberleiter der Lietz-Heime, über die schwierigen Reisebedingungen zwischen den Besatzungszonen und die Hindernisse bei der Gewährung von Passierscheinen. Doch auch für die Heime in den westlichen Besatzungszonen war die Lage kaum einfacher. Wie aus dem Brief von Inge Ausfeld schon ersichtlich, waren viele Heime von Zweckentfremdung und vorübergehenden Einquartierungen betroffen. Für den Birklehof ist so beispielsweise dokumentiert, dass während der französischen Besetzung Verwüstungen stattfanden und nahezu das gesamte Inventar geplündert wurde (vgl. ebd., S. 3). Verschärft wurde die Lage zusätzlich durch den dramatischen Mangel an Nahrungsmitteln und Heizmaterialien. Es fehlte praktisch an allem und das Heimleben konnte häufig nur als fortdauerndes Provisorium realisiert werden. Eine besondere Herausforderung war diese Situation gerade für die weit abgelegenen Schulen wie den Birklehof im Hochschwarzwald oder die Hermann Lietz-Schule auf Spiekeroog im niedersächsischen Wattenmeer. Überleben konnten diese Heime z.T. nur, weil sie einen asketischen Lebensstil mit einer effizienten Nutzung eigener Ressourcen verbanden und die Selbstversorgung einen nicht unbeträchtlichen Teil der Heimkultur ausmachte.⁹ Überdies war das von den Natio-

9 Im Bericht zur Situation der Lietz-Heime im Protokoll der Gründungsversammlung der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947 an der Odenwaldschule heißt es diesbezüglich: „[...] Christiansen geht dann besonders auf Spiekeroog und die Schwierigkeiten, die dieses Heim im Winter zu überwinden hatte, ein. Er betont, wie stark die Heimgemeinschaft durch die Wintersnot zusammengewachsen ist, wie überhaupt Spiekeroog nur durchgehalten werden kann, weil durch die vorhergehenden Generationen ca. 30 Morgen Land eingedeicht wurden und es möglich ist, etwas Gemüse und Kartoffeln zu ziehen sowie Futter für Kühe zu gewinnen [...]“ (Christiansen-Weniger 1947c, S. 5). Eine besonders eindrucksvolle Quelle zur Darstellung der Nachkriegsverhältnisse auf dem Birklehof ist mit dem Tagebuch des Schülers Peter Brokmeier dokumentiert, in dem insbesondere auch der entbehrungsreiche Winter 1947 auf authentische Weise geschildert wird (vgl. Schule Birklehof 2007, insbesondere S. 23ff.).

nalsozialisten novellierte Umsatzsteuergesetz von 1934 noch immer in Kraft. Die den Heimen dadurch entstandenen finanziellen Mehrbelastungen waren erheblich. Neben den Versorgungsschwierigkeiten hatten die Heimleiter aber auch mit diversen Problemen im Schulalltag zu kämpfen: Lehrmaterialien waren schwer zu bekommen, die Lehr- und Internatsgebäude häufig in einem bedenklichen baulichen Zustand und der Lehrermangel tat ein Übriges, dass an einen regulären Schulbetrieb oft nicht zu denken war. Tatsächlich zeichneten sich die Lehrerstellen in den privaten Internatsschulen auch nicht durch besondere Attraktivität aus – die Arbeitsbelastung war erheblich höher als an staatlichen Schulen, die Dotierung hingegen weit unterdurchschnittlich. Geeignete Bewerber fand man darum selten. In der Regel suchten auch nicht Idealisten und pädagogische Enthusiasten um die Stellen nach, vielmehr waren es häufig Kriegsrückkehrer oder Quereinsteiger, die einen beruflichen Neustart wagten – etwa weil sie als Nazikollaborateure oder Mitläufer den Staatsdienst verlassen mussten.

Anders als im kommunistischen Einflussbereich wurde das Privatschulwesen in den westlichen Besatzungszonen immerhin aber nicht generell verboten. Rechtsunsicherheit im Hinblick auf Curricula und Lehrpläne, im Hinblick auf die Akzeptanz der angebotenen Schulabschlüsse, die Anstellungsverhältnisse des Lehrpersonals oder die Steuergesetzgebung herrschte allerdings auch hier. Erschwerend kam hinzu, dass die Franzosen, Engländer und Amerikaner in ihren jeweiligen Verwaltungsgebieten unterschiedliche schulreformerische Absichten verfolgten, die neuen Schulbehörden vielfach mit den notwendigen Gesetzgebungsverfahren überfordert waren und sich die politische Infrastruktur insgesamt im Neuaufbau befand. Sichtbar wurde dies insbesondere im amerikanischen Sektor, wo die Vertreter der Besatzungsmacht mit Recht große Vorbehalte gegen den mit Nazikollaborateuren durchsetzten Beamtenapparat hegten. Gerade im Bildungsbereich war der Anteil der deutsch-national denkenden Lehrer und Professoren tatsächlich noch immer erheblich. Mit vielfältigen Programmen einer so genannten „Re-Education“ bzw. „Re-Orientierung“ starteten die Amerikaner ab den späten 1940er-Jahren deshalb groß angelegte Demokratisierungsoffensiven, um neue Strukturen aufzubauen und Multiplikatoren für ein liberales und weltoffenes Schulwesen, die Schulverwaltungsbehörden wie auch den Hochschulbereich zu gewinnen.¹⁰ Die Privatschulen hatten wenig Gestaltungsspielraum, um von diesen Programmen offensiv zu profitieren. Eher im Gegenteil, die Mittel waren so knapp bemessen, dass sie anfangs nur von staatlichen Einrichtungen abgerufen werden konnten. Auch der Kontakt zu den Schulbehörden gestaltete sich für die Schulen in freier Trägerschaft insgesamt schwierig, da der Status und die Rechtslage des Privatschulwesens noch weitgehend ungeklärt waren.

10 Zu den Demokratisierungsbestrebungen im Bildungsbereich insbesondere im amerikanischen Sektor und zu den Programmen der Re-Education vgl. vertiefend u.a. Koinzer 2011.

Im Fazit also sahen sich die Landerziehungsheime mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten konfrontiert, die nur durch intensive Kooperation und gemeinsames Vorgehen bewältigt werden konnten. Aus dieser prekären Situation heraus artikulierten sich aber schließlich auch ein erneutes Bedürfnis nach Zusammenarbeit zwischen den Heimen.

2.2 Die Gründung der *Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime im Jahre 1947*

Wie bereits angedeutet, waren die Vor- und Frühgeschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime bisher unbekannt.¹¹ Weder lagen bislang Hinweise auf Daten einer Gründungsveranstaltung vor, noch gab es Anhaltspunkte für diesbezüglich einschlägige Aktivitäten von engagierten Heimleitern oder LEH-Aktivist*innen. Die zugänglichen Akten belegen nun allerdings bereits ab 1946 eine intensive Korrespondenz zur Abstimmung hinsichtlich organisatorischer, verwaltungsrechtlicher und pädagogisch-konzeptioneller Fragen unter den Leitern der reformpädagogischen Internatsschulen. Ähnlich wie schon in den 1920er-Jahren ging die Aktivität zum Aufbau eines gemeinsamen Interessenverbundes der Landerziehungsheime von den Herman Lietz-Schulen aus:

[...] Es hat sich als erwünscht und zweckmäßig erwiesen, dass die Landerziehungsheime und ähnliche freie Schulen wieder Fühlung miteinander nehmen, um gewisse gemeinsame Angelegenheiten in freundschaftlichem Austausch zu erörtern.

Leider ist Herr Dr. Andreesen im Oktober 1944 plötzlich verstorben. Auf Wunsch des alten Mitarbeiterstabes habe ich als früherer Schüler der Hermann Lietz-Schulen und derzeitiges Vorstandsmitglied die Oberleitung übernommen und würde mich freuen, wenn wir in ähnlicher Weise wie s.Zt. bei Herrn Dr. Andreesen in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch treten könnten [...] (Christiansen-Weniger 1946).

Diese Zeilen Fritz Christiansen-Wenigers¹² vom Mai 1946 bildeten den Auftakt für vielfältige Initiativen zur Kooperation und zum organisatorischen Aufbau einer Interessengemeinschaft der Landerziehungsheime nach dem Zweiten Weltkrieg.

11 Der Verdrängungsprozess der eigenen Institutionengeschichte geht dabei so weit, dass selbst Gründungsmitglieder der Vereinigung die Umstände und Daten vergessen haben, die in der Nachkriegszeit zum organisatorischen Zusammenschluss der Heime führten. Überliefert ist diesbezüglich etwa ein Brief Georg Pichts an Johann Peter Vogel vom 12. Februar 1982, in dem der ehemalige Leiter des Birklehofs vorgibt, die Gründung sei bereits 1946 erfolgt und die Initiative dazu sei von Minna Specht ausgegangen (vgl. Picht 1982 sowie Vogel 1982).

12 Zur Lebensgeschichte Fritz [i.e. Friedrich Georg Wilhelm] Christiansen-Wenigers vgl. ausführlich dessen Autobiographie (Christiansen-Weniger 1982) sowie das Kapitel: 3.1 Fritz Christiansen-Weniger (1897-1989).

Bewusst versuchte der neue Oberleiter der Lietz-Schulen hier an jene Tradition der Reforminternate anzuknüpfen, die sich bereits vor der ideologischen Gleichschaltung der Heime durch die Nationalsozialisten bewährt hatte. Der Adressantenkreis war nun jedoch nicht länger auf die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft“ aus den 1920er-Jahren beschränkt. Vielmehr wurden auch Heime angefragt, die erst während der NS-Zeit zum so genannten Kreis der „Reichsfachschaft“ gestoßen waren. Tatsächlich haben auch nicht alle der angeschriebenen Heime (u.a. das Landheim Schondorf, die Schlossschule Salem, die Odenwaldschule im Hambachtal, die Salzmannschule in Schnepfenthal)¹³ die Anfrage auch beantwortet: Einige der Schulen waren noch immer geschlossen (wie die Erziehungsanstalt Schnepfenthal), der Briefverkehr zwischen den Besatzungszonen unzuverlässig und das Tagesgeschäft der unmittelbaren Existenzsicherung der Heime für einige Leiter eine weit vordringlichere Aufgabe als der Aufbau eines kooperativen Netzwerkes der Internatsschulen.

Trotz der nur zögerlichen Reaktion auf Christiansens Initiative und insgesamt missliche Umstände, gelang es einigen Heimleitern noch im Jahr 1946, eine erste informelle Zusammenkunft zu arrangieren. Auf Einladung Ernst Reisingers traf man sich am ersten Oktoberwochenende (05./06.10.) in Schondorf am Ammersee. Diese erste freie Versammlung von LEH-Akteuren seit 1933 hatte allerdings noch informellen Charakter und diente vornehmlich der Erörterung von Sachfragen. Besprochen wurden dort u.a. der Beitrag der Landerziehungsheime zur Linderung der Flüchtlingsnot, die Situation an den einzelnen Standorten, Probleme der Schülermitverantwortung, Steuer- und Schulgesetzfragen, Schwierigkeiten bei der Versorgung oder bei der Instandsetzung der Gebäude, die Möglichkeiten der politischen Rehabilitation von Mitarbeitern oder die Stellung der Heime zu den übrigen Privatschulen (vgl. dazu u.a. Zollmann/Bauer 1946, Däumling 1946). Insgesamt wurde in der Diskussion am Ammersee aber deutlich, dass die Heime von einem gemeinsamen und koordinierten Vorgehen nur profitieren konnten. Die Wiederbelebung einer Interessenvertretung der reformpädagogischen Internatsschulen wurde deshalb nun auch offensiv angedacht. Dass es in Schondorf trotz der ermutigenden „ersten Fühlungnahme“ dennoch nicht zur offiziellen Gründung eines Arbeitsverbundes kam, war der Tatsache geschuldet, dass – bei insgesamt regem Interesse – mit Fritz Christiansen-Weniger (Lietz-Schulen), Bernhard Knoop (Marienau), Daniel Wenzel (Marquartstein) und Max Rill (Reichersbeuern) allerdings nur wenige Heimleiter selbst angereist waren. Andere

13 Angeschrieben wurden: Süddeutsches Landerziehungsheim Schondorf/Ammersee; Schlossschule Salem, Landerziehungsheim Marquartstein; Landerziehungsheim Birklehof bei Hinterzarten; Landerziehungsheim am Solling, Holzminden; Odenwaldschule Heppenheim; Landerziehungsheim Urspring/Blaubeuern; Salzmann-Schule Schnepfenthal/Thür.; Landerziehungsheim Schloß Reichersbeuern/Bad Tölz, Landerziehungsheim Schloß Wieblingen bei Heidelberg; Niederdeutsches Landerziehungsheim Marienau/Dahlenburg; Landerziehungsheim Burg Nordeck/Giessen.

Schulen schickten lediglich Vertreter (H. Lindenmeyer für Salem, H.W. Thiemer für die Urspringschule, M. Weber-Schäfer für die Odenwaldschule, A. Müller für Neubeuern) oder waren – wie das Landschulheim am Solling/Holzminden oder der Birklehof – überhaupt nicht präsent (vgl. Däumling 1946, S. 35). Die offizielle Gründung einer Vereinigung der Landerziehungsheime musste daher zunächst verschoben werden. Die Initiative für ein solches Treffen ging dann wiederum von Christiansen-Weniger aus: „Ich möchte nun“ – heißt es am 28.04.1947 in einem weiteren seiner Rundschreiben an die Leiter der befreundeten Heime – „folgendes vorschlagen: Wir schaffen sobald wie möglich den augenscheinlich allerseits erstrebten engeren Zusammenschluss aller uns verwandten Heime. Dabei können wir an die Organisation von vor 1933 anknüpfen. Einen Satzungsentwurf werde ich ausarbeiten und Ihnen allen zusenden.“ (Christiansen-Weniger 1947b).¹⁴

Dieses Treffen fand dann kurzfristig auf Einladung Minna Spechts am Wochenende des 12. und 13.07.1947 an der Odenwaldschule statt. Im Ergebnis stand dabei aber nicht allein die Gründung der Vereinigung am zweiten Tag der Zusammenkunft, vielmehr nutzen die Vertreter der insgesamt 12 Heime¹⁵ das Treffen erneut für einen ausführlichen Austausch über einschlägige Sachfragen, Berichte über die Lage in den Schulen, über Strategien zur Akquise von staatlichen Geldern und der Unterstützung durch die Besatzungsmächte, zur Erörterung von Fragen der Schulreform oder Verständigung über Probleme der curricularen Ausgestaltung des Unterrichts (vgl. dazu ausführlich das auch im Anhang dokumentierte Gründungsprotokoll; Christiansen-Weniger 1947c).

Hinsichtlich einer gemeinsamen Interessenvertretung wurden folgende Beschlüsse verabschiedet: Grundlage der Geschäftsordnung sollte das Statut der Vereinigung der freien Schulen in Deutschland vom 28.10.1924 sein, ergänzt um die Zusätze, dass ein Vorstand aus Vorsitzendem und Stellvertreter sowie ein Arbeitsausschuss¹⁶ eingesetzt werden sollten. Zusätzlich zum Statut sollte das besondere Profil der Heime durch eine ausformulierte Grundsatzerklärung der gemeinsamen Ziele deutlich werden. Spezifiziert wurde zudem, was unter der reformpädagogischen

14 Eine erste Aufforderung zum Zusammenschluss mit der dringenden Bitte um Stellungnahme der „Leiter der uns befreundeten Heime“ hatte Christiansen-Weniger bereits am 17.01.1947 verschickt, darauf aber erneut wenig Resonanz erhalten (vgl. Christiansen-Weniger 1947a; zur Vorbereitung der Tagung vgl. auch die von Christiansen-Wenigers Sekretariat verschickten Briefe mit der Tagesordnung bzw. den jeweils korrigierten Teilnehmerlisten vom 02.06.1947, 22.06.1947, 03.07.1947).

15 Im Einzelnen sind dies: Marina Ewald (Salem), Anna-Maria Froebe (Ursprung), Fritz Christiansen-Weniger (Deutsche Landerziehungsheime: Bieberstein, Buchenau, Hohenwehrra, Spiekeroog), Otto Erdmann (Nordeck), Hanna Walz und Maria Baum (E.v.Thadden Schule Heidelberg/Wieblingen), Georg Picht und Hella Niemeyer-Simins (Birklehof), Ernst Reisinger (Schondorf), Bernhard Knoop (Marienau), Herbert Rieche (Solling), Minna Specht (Odenwaldschule).

16 Durch diesen Arbeitsausschuss sollte sichergestellt werden, dass aus jeder der westlichen Besatzungszonen zumindest ein Vertreter im erweiterten Vorstand mitarbeitete.

Institutionenform „Landerziehungsheim“ bzw. unter „zu uns gehörigen Heimen“ zu verstehen sein sollte:

- [...] a) die Heime müssen sich in irgendeiner Weise von Lietz herleiten
 - b) sie müssen wirklich frei sein und von keiner Organisation oder Staat beeinflusst werden
 - c) die Kinder müssen aufgenommen werden unabhängig von der politischen, sozialen oder religiösen Stellung der Eltern
- Es werden folgende Beschlüsse gefasst: 1) zum Vorstand werden gewählt Vorsitzender: Fritz Christiansen-Weniger, Stellvertreter: Minna Specht; 2) Arbeitsausschuss: Marina Ewald, Ernst Reisinger, der Vorstand [...] (Christiansen-Weniger 1947c)

Bemerkenswert erscheint dabei zunächst das deutliche Bekenntnis zur Lietz-Tradition, da der Ober-Hambacher-Gründungsversammlung mit der Schlossschule Salem, dem Birklehof und dem Landheim Schondorf mindestens drei bedeutsame Reforminternate angehörten, die nicht unmittelbar dem Sezessions-Kontext der Deutschen Landerziehungsheime entstammten oder von ehemaligen DLEH-Mitarbeitern geleitet wurden. Organisationspragmatisch erleichterte die Rückbesinnung auf die reformpädagogische Herkunft allerdings die Formulierung von Aufnahmekriterien für Heime mit potentiell Interesse an einer künftigen Mitarbeit. Diese Einrichtungen mussten sich damit sowohl zu einer ambitionierten pädagogischen Arbeit bekennen (Erziehung der Kinder zu harmonischen, selbständigen, scharf denkenden, an Leib und Seele gesunden sowie praktisch und künstlerisch tüchtigen Charakteren etc.), aber auch hinsichtlich ihres institutionellen Profils bestimmte Rahmenbedingungen erfüllen (Lage auf dem Land, Verbindung von Erziehung und Unterricht, Familienprinzip etc.).

Bedeutsam am Gründungskommuniqué erscheint zudem die unbedingte Zustimmung zur konfessionellen und staatlichen Unabhängigkeit. Zweifellos wirkte hierbei einerseits die Erfahrung der NS-Zeit nach. Auf der anderen Seite darf dieses Votum aber auch als Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Internaten in kirchlicher Trägerschaft angesehen werden, mit denen die Landerziehungsheime um die gleiche Schülerklientel konkurrierten. Das weltanschauliche Spektrum der im Verbund engagierten Heime und Heimleiter war dabei bemerkenswert breit. Die Kommunistin und OSO-Leiterin Minna Specht war darin ebenso vertreten wie Pfarrer Erwin Palmer, der Leiter der von Bernhard Hell einst als evangelisches Landschulheim gegründeten Ursprungsschule.

Für den dritten konzeptionellen Schwerpunkt – Aufnahme der Kinder ohne Ansehen der politischen, sozialen oder religiösen Stellung der Eltern – hatte sich insbesondere Minna Specht eingesetzt. Dabei barg dieses Votum allerdings eine gewisse Brisanz, da die Heime einerseits zwar kostendeckend wirtschaften mussten, sich mit dem Zugeständnis zu sozialer Heterogenität andererseits aber bereit erklärten, soziale Härtefälle zu berücksichtigen. Minna Specht selbst hat während

ihrer Leitungszeit an der Odenwaldschule intensiv daran mitgewirkt, Schüler aus sozial schwachen Schichten zu akquirieren. Nachdrücklich versuchte sie beispielsweise mit den Gewerkschaften zu kooperieren, um alternative Fördermöglichkeiten zu erschließen und entsprechende Freistellen anbieten zu können.

Mit dieser Schwerpunktsetzung – Bekenntnis zur Lietz-Tradition, institutionelle Unabhängigkeit und unbedingte Freiheit bei der Aufnahme der Schüler – grenzten sich die Landerziehungsheime organisatorisch, infrastrukturell und konzeptionell deutlicher als andere Privatschulen von den zeitgenössischen Bildungsangeboten ab und formulierten Perspektiven für die künftige gemeinsame pädagogische Arbeit. Vor dem Hintergrund der Schärfung der Alleinstellungsmerkmale der LEH darf auch Christiansens zusätzlicher Vorstoß verstanden werden, über die Protokollvereinbarung der Gründungsversammlung hinaus die Grundsätze der Vereinigungspolitik nochmals gesondert festzulegen und damit die Rahmenbedingungen der Kooperation der Heime verpflichtend festzuhalten.

Die Formulierung dieser Ziele wurde Herbert Rieche übertragen. Georg Picht, Ernst Reisinger und Minna Specht sollten zudem eine gemeinsame Stellungnahme der Heime zur Schulreform erarbeiten. Während Letzteres in den darauf folgenden Monaten an Georg Pichts Säumigkeit scheiterte, wurden der zweiten Mitgliederversammlung der Heimleiter am 05. und 06.06. 1948 in Hohenwehrda dann aber zwei Entwürfe der „Grundsätze der Vereinigung der Landerziehungsheime“ zur Beschlussfassung vorgelegt – der ursprüngliche Entwurf Rieches sowie eine von Fritz Christiansen-Weniger überarbeitete Version mit zusätzlich eingearbeiteten Kommentaren von Minna Specht, Ernst Reisinger und Kurt Hahn. Diese zweite Fassung wurde verabschiedet (vgl. dazu den auch im Anhang dokumentierten Entwurf Christiansen-Weniger 1948a). Damit erhielt die Vereinigung neben einer Geschäftsordnung nun auch noch einen pädagogisch-konzeptionellen Rahmen sowie ausformulierte Kriterien zur Entscheidung über die Aufnahme künftiger Bewerber in den Verbund der reformpädagogischen Internate.

Neben dem schon erwähnten unbedingten Bekenntnis zur Lietz-Tradition verpflichteten sich die Mitgliedsschulen dabei auf folgende fünf Grundvoraussetzungen zum Selbstverständnis der Landerziehungsheimpädagogik (vgl. ebd.):

1. Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit sollten die anvertrauten Kinder stehen sowie der unbedingte Anspruch, diese auf ganzheitliche Weise zu selbständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen zu bilden. Als dafür konstitutive Grundbedingungen sahen die Mitgliedsschulen eine religiös-sittliche Erziehung, die Heimgemeinschaft sowie eine natürlich ländliche Umgebung.
2. Die Landerziehungsheime verstanden sich weder als Erwerbsunternehmen noch als Schulen einer sozialen Elite. Vielmehr strebten sie danach, Kinder möglichst aller Schichten aufzunehmen, ohne Rücksicht auf den Stand, die politische oder religiöse Gesinnung der Eltern.

3. Als weitere Grundbedingung wurde die rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit formuliert.
4. Die Landerziehungsheime verstanden sich zudem als Schulen besonderer pädagogischer Prägung und als Versuchsschulen, die mit ihrer konzeptionellen Schwerpunktsetzung der Verbindung von Unterricht und Erziehung neue pädagogische Handlungsformen erprobten. Damit unterschieden sie sich nicht nur von den Staatsschulen. Vielmehr wollten sie diesen Vorbild sein und begriffen sich als Vorreiter einer Reform der Strukturen im Bildungsbereich.
5. Zur Erreichung dieser Ziele verpflichteten sich die Heime zu konzeptioneller, ideeller und organisatorischer Kooperation.
6. Nach ihrer Gründung hatten sich die in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime organisierten Mitgliedsschulen zunächst aber weniger pädagogisch-konzeptionell als vielmehr verwaltungsrechtlich zu bewähren: Zum Teil waren die während der NS-Diktatur erlassenen Steuer- und Schulgesetze noch immer in Kraft. Tatsächlich verschleppten die Finanz- und Kultusbehörden der Besatzungszonen die unbedingt notwendige Reform der Gesetzgebungsprozesse zu einschlägigen Schulstruktur- und Schulfinanzfragen zusehends. Die Gründe für derartige Verzögerungen waren indes vielfältig. Zum einen wurde die Abstimmung über ein einheitliches Vorgehen unter den Besatzungsmächten durch diverse regionale Unterschiede behindert. Darüber hinaus waren die Verwaltungen nach den Entnazifizierungskampagnen oftmals mit juristisch unerfahrenen Autodidakten oder Quereinsteigern besetzt, die kaum in der Lage waren, die Gesetzgebungsverfahren zu forcieren.

Die Heime agierten daher häufig in rechtlichen Grauzonen. Vorteilhaft konnte dies dort sein, wo man sich beispielsweise der Schulaufsicht entziehen und curriculare Vorgaben umgehen konnte. Als nachteilig erwiesen sich allerdings die noch immer unveränderte Besteuerungskonstellation für private Internate und die dadurch vielfach ausgelöste prekäre Finanzsituation. Intensiv arbeiteten deshalb der Vorstand und der Arbeitsausschuss der neu gegründeten Vereinigung daran, hier Abhilfe zu schaffen und die nationalsozialistische Gesetzesinitiative von 1934 zu revidieren. Als ein erstes gemeinsames Vorgehen des Internatsverbundes ist in diesem Zusammenhang ein Brief belegt, den Fritz Christiansen-Weniger und Minna Specht im Auftrag der Heimleiter im Januar 1949 an die Direktion der Verwaltung der Finanzen in Frankfurt/M. richteten. Sie verwiesen hierin auf die noch immer dramatischen Auswirkungen der NS-Gesetzgebung für die Heime, machten deutlich, wie wichtig die reformpädagogischen Internate etwa für Flüchtlingskinder, für Waisen oder auch für Schüler mit beruflich stark engagierten Eltern seien. Überdies würden die privat beschulten Kinder den Staatshaushalt um nahezu 200.000 DM entlasten. In der Konsequenz forderten Specht und Christiansen daher:

[...] 1.) sofortigen Erlass der Umsatzsteuer für unsere Schulen und Internate aus Billigkeitsgründen

2.) Änderung der Steuergesetzgebung zu Gunsten der gemeinnützigen nicht-öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten durch Wiedereinführung der alten Befreiungsvorschriften.

Voraussetzung der Steuerbefreiung sollte sein, wahre Gemeinnützigkeit in Satzung und Praxis nach strengem Maßstab, aber ohne die Spitzfindigkeiten der Gesetzgebung und Rechtssprechung in der Nazizeit, die keinen gerechten Maßstab ergaben [...] (Christiansen/Specht 1949).

Das Novellierungsverfahren zum Umsatzsteuergesetz selbst wurde von den Landerziehungsheimen dann intensiv begleitet. In dem bereits erwähnten Brief Georg Pichts an Johann Peter Vogel wird ein Einblick in das Provisorium der Gesetzgebung der Nachkriegszeit gegeben:

[...] In der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember 1947 habe ich mit Hilfe des damals in Freiburg Jura studierenden [...] Philipp von Bismarck, die Neufassung des Paragraphen formuliert und per Eilboten nach Düsseldorf geschickt. Tatsächlich hat dann in der ersten Januar-Sitzung der Bundestag diese Formulierung wörtlich beschlossen [...] (Picht 1982, S. 4).¹⁷

Konnten die Heimleiter als rechtskundliche Laien im konkreten Fall der Umsatzsteuernovellierung ihre Interessen wenigstens noch klar formulieren, machte die Komplexität der verwaltungsrechtlichen Fragen insgesamt aber doch sehr deutlich, dass zusätzlicher juristischer Sachverstand notwendig wurde, um die Belange der Heime nachhaltig und dauerhaft durchzusetzen.

Herbert Rieche hatte diesbezüglich schon vor der Ober-Hambacher Gründungskonferenz vorgeschlagen, den Vorsitzenden der Vereinigung deshalb nicht aus dem Kreis der Leiter zu bestimmen, sondern hierfür einen unabhängigen Juristen zu bestellen (vgl. Christiansen-Weniger 1947b). Dieses Votum fand zunächst keine Mehrheit. Überdies waren einschlägig ausgewiesene Rechtsanwälte aber auch schwer zu finden. Als die Frage der juristischen Vertretung angesichts der Gesetzesinitiativen in den Ländern Anfang 1949 erneut drängend wurde, stellte Georg Picht im Auftrag der Vereinigung den Kontakt zu Hellmut Becker her (vgl. Picht 1982).

17 Auch hier memoriert Picht die Daten nicht korrekt: Die Gesetzesnovelle wurde erst im Juli 1950 beschlossen. Keineswegs auch verlief die Durchsetzung der LEH-Interessen so reibungsfrei wie von Picht dargestellt. Tatsächlich investierte Hellmut Becker nach seiner Bestellung zum Syndikus des Verbandes in der ersten Hälfte des Jahres 1950 einen nicht unerheblichen Teil seines Engagements in Lobbyarbeit zur Wahrung der Vereinigungs-Belange und in Überzeugungsarbeit bei Finanzbehörden, Verantwortungsträgern der Besatzungsmächte sowie Abgeordneten des 1. Bundestages.

Becker, Sohn des vormaligen preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker, selbst für kurze Zeit Salem-Schüler und studierter Jurist, war zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme erst 36 Jahre alt. Er war bildungsrechtlich und kulturpolitisch zwar nicht ausgewiesen, hatte sich aber als Rechtsbeistand des während der NS-Diktatur als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätigen Ernst von Weizsäckers im so genannten „Wilhelmstraßenprozess“ wie auch während anderer NS-Verfahren einen Ruf als überzeugender, konsequenter und prinzipienfester Verhandler erworben. Was ihn zusätzlich prädestinierte, war der Umstand, dass er in der Kulturrelite Nachkriegsdeutschlands glänzend vernetzt war.¹⁸

Die Kooperation mit Becker erwies sich im Nachhinein als der entscheidende Link beim Aufbau einer tragfähigen institutionellen Infrastruktur der Vereinigung. Gewiss engagierte sich der umtriebige Jurist nicht einzig aus Gefälligkeit und in der Tat hatte seine Bestellung zum Syndikus ihren Preis. Allerdings war er sein Geld allemal wert: Im August 1949 nahmen Becker und Christiansen-

18 Im Protokoll zur Arbeitsausschusssitzung vom Mai 1949 in Neubeuern vom 26.09.1949 heißt es dazu: „Es wird Dr. Pichts Vorschlag angenommen, eine Zentrale zu errichten, die in Zusammenarbeit mit Presse und Universität und anderen dafür in Frage kommenden Organisationen die Interessen der Landerziehungsheime vertritt. Die Leiter erklären sich gleichzeitig bereit, evtl. Kosten dafür aufzubringen.“ Machte Dr. Picht den Vorschlag, Rechtsanwalt Becker für uns zu gewinnen, der alle Voraussetzungen, die für den Posten, wie wir ihn damals vorsahen, gewünscht werden können, mitbringt. Er ist Sohn des früheren Preussischen Kultusministers Becker, hat jetzt im Nürnberg-Prozess mitverteidigt und dadurch sehr weitgehende politische Verbindungen bekommen, ist selbst Salemer Schüler gewesen und hat außerordentlich großes Interesse an pädagogischen Fragen, speziell in den Landerziehungsheimen, die er ansieht als ein wesentlicher Bestandteil des „staatsfreien Raumes“, der in Gefahr ist, zwischen Funktionären und Masse endgültig zerrieben zu werden.“

[...] Herr Becker und ich haben uns vor einigen Wochen in Wiesbaden getroffen. Nach persönlichem Kennenlernen musste ich der Ansicht von Herrn Dr. Picht zustimmen, dass wir kaum einen geeigneteren Mann für die Arbeit bekommen können. Wir hatten ja damals schon gesagt, dass es um eine Lebensfrage der Heime geht und wir infolgedessen auch die Kosten aufbringen müssen. Die Kosten der Zentralstelle, die sich zusammensetzt aus der Vergütung für Herrn Becker, der mindestens seine halbe Zeit dieser Aufgabe widmen muss, aus der Unterhaltung einer Bürokraft und aus den wahrscheinlich zeitweise sehr hohen Reisespesen werden sich auf DM 1700,- bis DM 1800,- belaufen. Der Arbeitsausschuss hat einstimmig meine Entscheidung als Vorsitzender gebilligt, und wir haben dann Herrn Becker offiziell gebeten, diese Aufgabe nun endgültig für uns zu übernehmen, und zwar ab September d. J.. Wegen der finanziellen Seite hat der Arbeitsausschuss beschlossen, dass jedes Heim je Internatsschüler und Monat eine Mark bezahlt. Ich darf bitten, mir doch umgehend die Zahl Ihrer Internatsschüler mitzuteilen und gleichzeitig bitten, den für September fälligen Betrag auf unser Postscheckkonto Frankfurt a.M. Nr. 83838 oder Konto bei der Rhein-Main-Bank, Filiale Fulda unter der Bezeichnung: „Für Konto Vereinigung“ einzuzahlen. Der Arbeitsausschuss hat mich beauftragt, dann die Kosten für Herrn Becker von diesem Betrag abzuführen. Die Aufgabe Herrn Beckers wird also die sein, die wir in Neubeuern festlegten. Als spezielle Gebiete sind zu nennen: die Unterhandlungen mit Bundesbehörden in den prinzipiell neuen Fragen und die vorbereitenden Verhandlungen wegen des Privatschulgesetzes [...]“ (Christiansen 1949a).

Weniger die briefliche Korrespondenz auf. Auf Drängen Christiansens trafen sie sich dann schon am 16.09. in Wiesbaden. Die sprichwörtliche Chemie zwischen den beiden Männern stimmte¹⁹ und Becker wurde noch am gleichen Tag informell mit der Wahrnehmung der Interessen der Vereinigung betraut. Als Gegenleistung erhielt er monatlich den für die damalige Zeit nicht unerheblichen Betrag von 1.800 DM zugesichert. Diese Beauftragung wurde dann nach Wochenfrist auf der Sitzung des Arbeitsausschusses des Internatsverbundes in Bieberstein in Gegenwart Beckers offiziell bekräftigt.

Becker wurde auch sogleich aktiv. Er verhandelte in Sachen Steuergesetzgebung mit verschiedenen Ministerialbeamten und suchte den Kontakt zu den Heimleitern (vgl. Becker 1950). Im Spätherbst erkrankte er zwar ernstlich, engagierte sich dann aber nach dem Jahreswechsel umso mehr für die Belange der Heime. Noch in den frühen 1950er-Jahren erwirkte er für die Vereinigung außerordentlich günstige parlamentarische Entscheidungen (die Novellierung des Umsatzsteuergesetzes vom Juli 1950 bzw. des Gesetzes zur Abzugsfähigkeit von Einkommens-/Körperschaftssteuer bei Stiftungen gemeinnütziger Privatschulen), er half bei der Umwandlung der Heime in gemeinnützige Stiftungen, unterstützte die Abrufung von Geldern aus dem „Special Projects Funds“ und arbeitete den Kultusbehörden bei der Formulierung der Beschlussvorlagen zur Privatschulgesetzgebung zu.

Aber auch intern zahlte sich die Beauftragung Beckers aus: Mit den ab Januar 1950 versendeten Rundbriefen an die Heimleiter schuf er ein Organ zur raschen und transparenten Distribution einschlägiger Informationen. Überhaupt war ihm wie kaum einem anderen bewusst, dass Sichtbarkeit, Informationsaustausch und Vernetzung die entscheidenden Garanten zur organisatorischen Stabilisierung des Verbundes waren und die Durchsetzung der Verbands-Interessen am nachhaltigsten durch die Pflege von Kontakten und die offensive Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen gelingen konnte. Entsprechend progressiv vertrat er die Vereinigung in diversen Gremien und auf Tagungen,²⁰ überzeugte die Heimleiter von der Notwendigkeit der Publikation eines Gemeinsamen Projektes oder sorgte später dafür, dass der Internatsverbund mit der Edition einer eigenen Buchreihe²¹ ein weiteres gewichtiges Moment der eigenen Identitätsfindung erschloss. Durch diese vielen Aktivitäten des jungen Syndikus wie durch sein dominantes Wesen geriet die Kärnerarbeit der pädagogisch-didaktischen

19 In einem Brief an seine Frau beschreibt Christiansen-Weniger die ersten Eindrücke geradezu emphatisch: „[...] Becker gefällt uns allen sehr gut, und ich glaube persönlich auch, dass man wirklich flott mit ihm zusammen arbeiten kann [...]“ (Christiansen-Weniger 1949b).

20 Vgl. dazu u.a. seine Aktivitäten als Mitorganisator der Tübinger Tagung „Universität und Schule“ vom September 1951 oder vielmehr noch seine herausgehobene Rolle als Organisator und Moderator der so genannten „Ettlinger Gespräche“ ab 1957.

21 Die im Klett-Verlag vertriebene Reihe: „Aus den deutschen Landerziehungsheimen“ erschien ab 1957 in insgesamt 9 Bänden und zusätzlichen Quellenbänden.

Profilierung der Heime allerdings zunehmend in den Hintergrund. Daran störten sich insbesondere die engagierten reformpädagogischen Aktivistinnen der ersten Stunde. Sehr deutlich äußerte etwa Minna Specht ihre Bedenken zum wachsenden Ungleichgewicht zwischen reformpädagogischem Wirken und der – gewiss notwendigen – pragmatischen Klärung verwaltungsrechtlicher Sachfragen im Vereinigungs-Diskurs. Im Nachgang der Holzmindener Heimleitertagung vom Mai 1956 kritisierte sie Beckers Engagement in einem Brief an Fritz Linn – der zu dieser Zeit als stellvertretender Vorsitzender gemeinsam mit Minna Specht den Vorstand der Vereinigung bildete – unmissverständlich:

Becker [...] steht in der Gefahr, die Rolle des Vorsitzenden zu übernehmen. Das wollen wir das nächste Mal einschränken, malgré seiner Verdienste im übrigen [...] (Specht 1956).

Minna Specht²² vertrat demgegenüber die Ansicht, die Einzigartigkeit der Heime als »pädagogische Laboratorien« mit besonderer institutioneller Prägung zu betonen, das Gewicht der Vereinigung gerade hierdurch zu stärken und geduldig die Weiten der pädagogischen Ebene zu durchschreiten.

Als sie im März 1946 die Leitung der Odenwaldschule übernahm, war sie bereits 66 Jahre alt. Als sehr erfahrene Pädagogin hatte sie ebenso an Höheren Töchter-schulen unterrichtet wie unter Herman Lietz in Haubinda gewirkt; gemeinsam mit Ludwig Wunder und Leonard Nelson hatte sie das LEH Walkemühle zu einer Schule des »Internationalen Jugendbundes« umgestaltet und in Östrupgaard (Dänemark) bzw. in Butcombe Court (England) sehr erfolgreiche Exilschulen gegründet; während ihrer Internierung auf der Isle of Man hatte sie eine Lagerschule aufgebaut und sich schließlich in internationalen pädagogischen Organisationen engagiert (etwa dem German Educational Reconstruction Committee bzw. den *Semaines internationales d'études pour l'enfance victim de la guerre – S.E.P.E.G.*). Im Mittelpunkt ihres pädagogischen Wirkens standen dabei immer die Nöte und Bedürfnislagen der ihr anvertrauten Kinder, die sie ausgehend von ihren sozialistischen Grundüberzeugungen zum Maßstab ihres professionellen Handelns erhob. Dass ausgerechnet eine der proletarischen Erziehung nahestehende Pädagogin mit der Leitung der elitären Odenwaldschule und mit der öffentlichen Vertretung der Interessen der privaten Landerziehungsheime betraut wurde, mag ungewöhnlich sein. Nicht verwunderlich erscheint es aber, dass sich Minna Specht gerade auch in diesen Funktionen mit Nachdruck für ein weltanschaulich progressives, chancenoffenes und demokratisches Bildungssystem einsetzte. Konnte man Spechts ideologisch-konzeptionelle Handschrift schon bei der Abfassung der Statuten und Grundsätze der Vereinigung deutlich erkennen (vgl. etwa den oben zitierten Pas-

22 Ausführlich zu Minna Specht vgl. Becker/Eichler/Heckmann 1960, Harder 1993, Hansen-Scha-berg 1992 sowie das entsprechende Kapitel in diesem Buch: „3.2) Minna Specht (1879-1961)“.

aus des Gründungsstatuts zur Herkunft der Kinder), so bezeugen insbesondere die Protokolle der Heimleiter tagungen immer wieder, mit welcher Beharrlichkeit die alte Dame die pädagogischen Fragen als das eigentliche Bewährungsfeld für das Selbstverständnis des Zusammenschlusses ansah und das besondere erzieherische Engagement als Korrektiv für das Existenzrecht der Heime einforderte.

Beckers Aktivitäten waren notwendig zur Bestandssicherung der Internate. Ihre exzeptionelle Stellung gegenüber den öffentlichen Bildungsanstalten aber konnten sie – nach Spechts Ansicht – nur erlangen über die besondere Prägung ihrer pädagogischen Angebote wie ihre Aufgeschlossenheit gerade auch für jene Milieus, denen Bildung bisher vorenthalten worden war.

Vier große Projekte der Landerziehungsheimbewegung der frühen 1950er-Jahre sind unzweifelhaft mit Minna Spechts Namen verbunden. Drei davon dokumentiert bereits eine Protokollnotiz der Diskussion während der Gründungstagung im Sommer 1947 an der Odenwaldschule:

Die gemeinsamen Punkte, die uns verbinden – so Minna Specht seinerzeit – sind 1) Beschränkung des Stoffes 2) Verantwortung nach innen und außen 3) Betonung der neuen Sozialstruktur [...] (Christiansen-Weniger 1947c).

Ergänzend anfügen muss man zusätzlich – viertens – Spechts Initiative zur Sicherung der pädagogischen Praxis in den angeschlossenen Internaten. Die Leiterin der traditionsreichen OSO war diesbezüglich auch stets bemüht, den Topos „Landerziehungsheim“ als eine Art Gütesiegel zu wahren. Entsprechend formulierte sie Standards für den Unterricht, für die außerunterrichtlichen Aktivitäten wie für das Leben im Heim. Darüber hinaus beriet sie die einzelnen Schulen in Konfliktsituationen und nahm dazu ab 1951 in Abstimmung mit den anderen Heimleitern Inspektionsreisen auf. Einen ersten Rechenschaftsbericht ihrer Reisetätigkeit gab sie auf der Heimleiter tagung im Juli 1952 in Louisenlund.

Dieses Louisenlunder Treffen darf aber nicht nur wegen Spechts „Zusammenfassung meines Berichts über den Besuch der Landerziehungsheime“ (vgl. dazu das auch im Anhang gebotene Dokument Specht 1952) als eine Zäsur in der Geschichte der Vereinigung begriffen werden: Vielmehr wurden auf dieser Tagung auch nachhaltige Organisationsstrukturen geschaffen, langfristige Projekte auf den Weg gebracht und schließlich Instrumente der Selbstevaluation etabliert. In der Summe wurde damit der Zusammenhalt der Heime ebenso gestärkt wie die Idee der Landerziehungsheimbewegung insgesamt:

Die wichtigsten Beschlüsse waren, dass Fritz Christiansen-Weniger als Sprecher des Vorstands zurücktrat. Neue Vorsitzende wurde die – dominant an pädagogischen Fragen interessierte – Minna Specht, die in ihrer Vorstandsarbeit hinfort Unterstüt-

zung von Fritz Linn bekam. Der Arbeitsausschuss wurde auf 7 Mitglieder erweitert und damit als beratendes Entscheidungsgremium in seinem Einfluss aufgewertet.²³ Als zentrale pädagogische Themen wurden wiederholt die Stoffbeschränkung und die Reform in der Oberstufe diskutiert (»Mut zur Lücke«). Diese Themenkomplexe sollte die Debatten der Heimleitertagungen dann noch mehr als ein Jahrzehnt bestimmen. Bemerkenswert ist, dass die in diesem Zusammenhang diskutierten Fragen etwa zur Notwendigkeit von Ganztagsangeboten, zur dualen Bildung oder zu flexiblen Übergängen zwischen den Bildungsstufen damit schon lange auf der LEH-Agenda standen, bevor sie Jahre später endlich auch in den bildungspolitischen Fokus des öffentlichen Bewusstseins rückten.

Auch die Sicherung der Erziehungs- und Unterrichtspraxis blieb auf der Tagesordnung. Minna Specht gab dazu ihren bereits erwähnten, ersten großen Bericht über die Inspektion der Heime und regte zugleich verpflichtende Seminare für die Heimlehrer an, um diese mit den besonderen Bedingungen der reformpädagogischen Internatserziehung vertraut zu machen.

Hinsichtlich der Rechtsvertretung wurde ebenfalls eine weitreichende Personalie getroffen: Hellmut Becker wurde in seinem Amt bestätigt und in seinen Kompetenzen gestärkt. Neben dem verwaltungsrechtlichen Engagement verband er seine bildungspolitische Lobbyarbeit in den nächsten Jahren dann aber zunehmend auch mit pädagogisch-konzeptionellen Aktivitäten.²⁴ Diese Verlagerung seiner juristischen Tätigkeit auf inhaltliche Sachfragen wurde von ihm durchaus bewusst vorangetrieben. Tatsächlich begriff er sich selbst nicht länger nur als bloßer Rechtsbeistand eines Verbandes privater Bildungsinstitutionen, sondern als Vertreter engagierter Interessenjurisprudenz einer kulturell und bildungspolitisch aktiven Minderheit (vgl. Becker/Hager 1992, S. 153, 194). Diese Aufgeschlossenheit ermöglichte ihm dann später seine exponierte Stellung als einflussreicher Sprecher nahezu des gesamten Privatschulwesens, als Sachwalter der Interessen diverser Bildungsinstitutionen und Stiftungen, als Gründungsdirektor des Max Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin wie schließlich als inoffizieller Doyen der bundesdeutschen Wissenschafts- und Kulturlandschaft der Bildungsreformära.

Insgesamt machte die Louisenlunder Tagung deutlich, dass die Vereinigung ihrer Gründungsphase nun endgültig entwachsen war und in der Lage, ihre Interessen öffentlich durchzusetzen: Sie hatte ihre Identität als ein moderner Dachverband traditionsreicher reformpädagogischer Einrichtungen gefunden – organisatorisch, institutionell, vor allem aber inhaltlich!

23 Dem Arbeitsausschuss gehörten an Minna Specht, Fritz Christiansen-Weniger, Herbert Rieche, Wolfgang Paeckelmann, Georg Picht, Prinz Georg Wilhelm von Hannover und Fritz Linn.

24 Ein erstes Indiz hierfür ist Beckers zeitgleich verfasster Aufsatz: „Wozu Privatschule?“ (vgl. Becker 1952).

In den darauf folgenden sechs Jahrzehnten bis zur organisatorischen und institutionellen Reformierung des Verbundes im Frühjahr 2012 als Konsequenz der Missbrauchskontroverse um Gerold Becker werden sich die Landerziehungsheime vor allem als Vordenker der Oberstufenreform, der Ganztagschule und des Gesamtschulkonzepts profilieren, intensiv an den Formen und Möglichkeiten zur Sicherung der eigenen Unterrichtsqualität arbeiten, den Strukturwandel im Bildungsbereich begleiten und die so genannte Bildungsoffensive in den 1970er-Jahren vorbereiten helfen. Dass sich die spannungsreichen Interferenzen zwischen den privaten Landerziehungsheimen und dem öffentlichen Bildungssektor dabei aber nicht ausnahmslos als Erfolgsgeschichte realisierten, wird u.a. durch die Beobachtung belegt, dass die Internate wie auch die Vereinigung im Verlauf der Zeit immer wieder vielfältigen Krisen und Konjunkturen der Bedeutungslosigkeit ausgesetzt sein werden – der demografische Wandel und die Liberalisierung der Gesellschaft stellen für den Bestand vieler Heime mindestens ebenso große Existenzbedrohungen dar wie der Erfolg der staatlichen Bildungsreform in der Folge der Umsetzung der Empfehlungen des „Strukturplans des Deutschen Bildungsrates“ von 1970.

Internatsschulen und Vereinigung werden auf diese Herausforderungen jeweils sehr unterschiedlich und mit wechselndem Erfolg antworten: Die 1950er-Jahre werden geprägt sein von dem Bemühen, die Unterrichtsqualität in den Heimschulen zu verbessern, die eigene Arbeit zu evaluieren und damit insgesamt zur Stabilisierung reformpädagogischer Praxis der Nachkriegszeit beizutragen. In der 1960er-Dekade werden die Internate dann vom bildungspolitischen Tauwetter profitieren und für das öffentliche Schulwesen zum Verhandlungspartner auf Augenhöhe aufsteigen. Mit Beginn der Bildungsexpansion im Staatsschulbereich werden die Heime ihre Vorreiterfunktion als bildungsreformerische Experimentierschulen dann allerdings zunächst abgeben müssen. Verschärfen wird sich die dadurch ausgelöste Identitätskrise zusätzlich durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und dramatische Nachfrageeinbrüche. Internate und Vereinigung werden auf ihre nun offensichtliche bildungspolitische Entbehrlichkeit und auf die Belegungskrisen dieser Jahre nicht immer glücklich reagieren können. Statt sich erneut auf das bildungsreformerische Kerngeschäft und die Qualitätssicherung der eigenen pädagogischen Arbeit zu besinnen, wird sich der Internatsverband in zunehmender Weise auf die Optimierung seiner Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren: Diskussionen über die Außendarstellung, die Inszenierung der eigenen bildungspolitischen Bedeutung oder die Effizienz der Schülerakquise werden ab den späten 1970er-Jahren weit mehr Raum in den Heimleitersitzungen einnehmen als die fundamentalen Fragen nach der Zeitgemäßheit der Reformpädagogik oder nach angemessenen methodisch-didaktischen Reaktionen auf die Herausforderungen des kulturellen Wandels. Auch die problematische Organisationsstruktur der Vereinigung und die eher intransparenten Verfahren der Entscheidungsfindung bei

drängenden Sachfragen der Vereinigungspolitik geraten in dieser Zeit aus dem Fokus der Selbstreflexion der Heimleiterkonferenzen. Tatsächlich versäumt es der Internatsverband in den 1980er-Jahren, seine Organisationsstruktur nachhaltig auf die veränderten öffentlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Diese Nachlässigkeit wird spätestens nach der Jahrtausendwende zum existenziellen Problem, wenn die mediale Entrüstung über die Versäumnisse bei der Prävention und Aufklärung pädosexueller Verbrechen in reformpädagogischen Einrichtungen über die Landerziehungsheime hereinbricht.

2.3 Die Mitgliedsschulen der *Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime*

Mit der Gründung der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime am 13. Juli 1947 traten dem Internatsdachverband zunächst zwölf reformpädagogische Heime bei – die vier Schulen der Stiftung Deutsche Landerziehungsheime Lietz-Schule (Bieberstein, Buchenau, Hohenwehrda, Spiekeroog), die Schule Birklehof, das Landschulheim am Solling/Holzminden, das Niederdeutsche Landerziehungsheim Marienau, das Landschulheim Burg Nordeck, die Odenwaldschule, die Schulen Schloss Salem, das Landheim Schondorf am Ammersee sowie die Ursprungsschule. Im Verlauf der darauf folgenden mehr als sechs Jahrzehnte wechselte die Zugehörigkeit der Mitgliedsschulen relativ häufig. In den ersten Jahren des Bestehens der Vereinigung gab es tendenziell mehr Aufnahmen von Landerziehungsheimen als Ausschlüsse (etwa Schloss Craheim im Jahr 1961), freiwillige Austritte (etwa Schloss Schwarzenberg im Jahr 1969) oder Schließungen (etwa Schloss Buchenau im Jahre 1984, das LEH Honneroth im Jahr 1986). Auch der Mitgliedsstatus der Heimschulen war jeweils nicht immer eindeutig. Die Kooperation konnte dabei von der Vollmitgliedschaft über eine assoziierte Mitarbeit (etwa Schloss Gaienhofen im Jahre 1978) bis hin zur mehr oder weniger geduldeten Gastrolle reichen (wie etwa beim LEH Schloss Heesen im Jahre 1957, beim Nordsee-Internat Langeoog 1961/62 oder dem Landheim Abwinkel bei Bad Wiessee im Jahre 1962). Als ein Novum ist überdies eine Kooperation aus dem Jahre 1988 anzusehen, als im Oktober jenes Jahres auf der auf Schloss Salem stattfindenden Heimleiterkonferenz mit der Ecole d'Humanité aus dem Berner Oberland/Schweiz nämlich sogar erstmals ein nicht deutsches Landerziehungsheim als Vollmitglied in die Vereinigung aufgenommen wurde.

Konstant blieb der Mitgliederbestand des Dachverbandes nach den Schließungen infolge der Belegungskrisen der 1980er-Jahre sowie der endgültigen Aufnahme der nach 1989 in den neuen Bundesländern gegründeten Internatsschulen. Einundzwanzig Landerziehungsheime waren zu dieser Zeit in der LEH-Vereinigung

organisiert (Louisenlund, Spiekeroog, Marienau, Holzminden, Grovesmühle, Steinmühle, Nordeck, Hohenwehrda, Bieberstein, Haubinda, Odenwaldschule, Kirchberg, Urspringschule, Zinzendorfschulen, Birklehof, Salem, Schondorf, Reichersbeuern, Neubeuern, Stein, École d'Humanité).

Die Ereignisse um die unzureichende Aufklärung der Vorkommnisse um sexualisierte Gewalt an der Odenwaldschule und den sich vor diesem Hintergrund forcierenden medialen Druck auf den Internate-Verbund führten im Herbst 2011 schließlich zu einem dramatischen Mitgliederschwund: Am 26.09. des Jahres erklärte zunächst die Schlossschule Salem ihren Austritt aus der Vereinigung. Anlass dafür gab vor allem die Weigerung der Odenwaldschule, einem LEH-Vorstandsbeschluss nach vorübergehendem Verzicht auf die Mitgliedschaft bis zur Klärung der Vorwürfe nachzukommen. Die OSO selbst verkündete dann nur eine Woche später schließlich doch noch ihren Rückzug aus dem Verband. Am 7. Oktober 2011 gab die Schule offiziell ihren Austritt bekannt.

Noch vor einer für Ende Oktober 2011 in der Akademie Schloss Rechtenthal Tramin/Südtirol anberaumten, der Krisenbewältigung um die Missbrauchsvorwürfe dienenden Heimleiterkonferenz der angeschlossenen Mitgliedsschulen setzte sich die Auflösung des ›alten‹ Dachverbandes der reformpädagogischen Internate mit großer Rasanz fort: Mit Schloss Neubeuern, Schloss Reichersbeuern, dem Landheim Schondorf und der Schule Schloss Stein erklärten sämtliche vier bayerischen Landerziehungsheime am 13. Oktober des Jahres ihren Rückzug aus der Organisation. Die Auflösungserscheinungen zwangen die verbliebenen Heime zum raschen Handeln. Die in Tramin anwesenden Heimleiter einigten sich daher auf ein Moratorium bis zum April des Folgejahres, um die Perspektiven des Fortbestehens der Vereinigung oder mögliche Formen einer künftigen gemeinsamen Interessenvertretung der Heime zu sondieren.

Noch vor Auslaufen dieses Moratoriums traf sich die Leiterkonferenz der verbliebenen Mitgliedsschulen Ende April 2012 in der Hermann Lietz-Schule Schloss Bieberstein. Das Landerziehungsheim Stiftung Louisenlund erklärte dort ebenfalls seinen Austritt aus der Vereinigung. Formal wäre dieser Rückzug erst im Januar 2013 wirksam geworden. Noch im Jahre 2012 allerdings revidierte die Louisenlunder Leitung die Austrittsentscheidung. Auch das Landheim Schondorf schloss sich dem Dachverband nach dem vorübergehenden Rückzug ab 2013 erneut an. Die Mitgliederversammlung der vierzehn noch immer aktiv organisierten reformpädagogischen Internatsschulen einigte sich in Bieberstein schließlich auf eine organisationsstrukturelle Reform ihrer Interessenvertretung. Damit vermied man das Szenario einer Selbstauflösung des 1947 initiierten Dachverbandes. Die Leiter der verbliebenen Mitgliedsschulen sprachen sich stattdessen für weitreichende Satzungsänderungen sowie für die Umbenennung des ehemaligen LEH-Verbundes in: Die INTERNATE VEREINIGUNG aus. Nach 65 Jahren insgesamt

erfolgreichen bildungspolitischen Wirkens war die »alte« Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime damit dennoch Geschichte.

Die folgende Übersicht dokumentiert die Zugehörigkeit der Mitgliedsschulen und die Zeiträume ihres jeweiligen Engagements. Die gebotenen Daten stützen sich auf Materialien zahlreicher Werbeprospekte der Vereinigung (vgl. Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1963, 1980, 1997, 2006), auf Werbematerialien und Schulchroniken der einzelnen Heime sowie auf eigene Recherchen aus Korrespondenzen, Befragungen und Archivstudien. Die Darstellung ist auf die wesentlichen Fakten reduziert und betont vor allem die für die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime bedeutsamen Sachverhalte bzw. historisch relevanten Ereignisse. In keiner Weise sollen mit diesem Überblick repräsentative Schulportraits ersetzt werden. Hierzu empfiehlt sich noch immer die Lektüre der Schulchroniken:

1. Die Schule Birklehof: Das Landerziehungsheim wurde 1932 als Zweigschule des Internats Schloss Salem von Kurt Hahn in Hinterzarten im Hochschwarzwald dreißig Kilometer östlich von Freiburg/Breisgau gegründet. Das weitläufige Grundstück hatten Hans Wendelstadt, ein entfernter Cousin von Georg Pichts Vater Werner Picht, sowie dessen Schwägerin Edith von Wolf zur Verfügung gestellt. Während der NS-Zeit (1933-1944) wurde die koedukativ geführte Schule von Wilhelm Kuchenmüller geleitet, der den Birklehof schließlich unabhängig von Salem führte und zu einem humanistischen Internatsgymnasium umbaute. Die Schließung im vorletzten Kriegsjahr war dennoch unvermeidlich. Seine herausgehobene reformpädagogische Bedeutung erlangte der Birklehof nach seiner Wiedereröffnung als Privatschule durch Georg Picht ab 1946. Picht knüpfte dabei sowohl an die Salemer Tradition der »Erlebnistherapie« an wie an die während der Kuchenmüller-Zeit verfolgte Schwerpunktsetzung der verstärkten Ausbildung der Schüler im altsprachlichen und musischen Bereich. Seit Pichts Zeiten wurde der Birklehof zu einer Pilotschule der bundesdeutschen Oberstufenreform und der Schulentwicklung profiliert, die mit dem so genannten »Birklehof-Modell« in den 1950er-Jahren auch institutionell umgesetzt und entfaltet werden konnte.

Der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime gehörte der Birklehof seit der Gründung des Internatsdachverbandes im Jahre 1947 bis zu dessen organisatorischer Neuausrichtung im Jahre 2012 an. Mit Klaus Weidauer und Christof Laumont stellte die Schule dort z.T. auch einflussreiche Vorstandsmitglieder. Seit den 1970er-Jahren wurde die Belegung auf mehr als 200 Schüler ausgebaut (davon ca. 170 Internatsplätze und ca. 70 Externe). Überregional engagierte und engagiert sich die Schule neben ihrer Mitgliedschaft in der Vereinigung im »Round-Square« (dem internationalen Schulverbund der Hahn-Gründungen) sowie im reformpädagogischen Schulnetzwerk »Blick über den Zaun«.

Während der sechs Jahrzehnte der Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wurde der Birklehof wiederholt Schauplatz bedeutsamer Zusammenkünfte und Tagungen: Im Oktober 1961 trafen sich die Heimleiter hier in Hinterzarten, um Fritz Linn als ihren neuen Vorstandsvorsitzenden zu bestätigen und damit die Perspektiven der gemeinsamen Arbeit nach dem Ausscheiden Minna Spechts einzuleiten; die Herbsttagung des Jahres 1970 diente zur weitreichenden Diskussion der Konsequenzen des Strukturplans des Deutschen Bildungsrates für die Heime und der ersten großen Evaluation der Inspektionsreisen zur Curriculumsentwicklung; im Oktober 1987 schließlich vertrauten die Heimleiter auf ihrer turnusmäßigen Jahrestagung in Hinterzarten Gerold Becker die Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigung an – diese hoch ambivalente Entscheidung führte nicht nur zu einer ersten vereinsinternen Rehabilitierung des ehemaligen Leiters der Odenwaldschule, vielmehr sollte damit das lange und schleichende Ende des Internatsdachverbandes selbst seinen Anfang nehmen.

Neben den Heimleiterkonferenzen bot der Birklehof auch Kulisse für eine Reihe weiterer Gremienzusammenkünfte bzw. für institutionell bedeutsame Ereignisse des LEH-Dachverbandes: u.a. begann Minna Specht im September 1951 ihre über mehr als ein Jahrzehnt andauernden Schulinspektionen im Heim im Hochschwarzwald, im April 1979 trafen sich hier die Vorstände der Landerziehungsheime und im Juni 1982 war der Birklehof Schauplatz des ersten gemeinsamen Treffens der LEH-Psychologen, Sozialtherapeuten und Schulberater der Landerziehungsheime.

Vertreten wurde der Birklehof in den Jahren seiner LEH-Mitgliedschaft in den Gremien des Dachverbandes von den Schulleitern Georg Picht (bis 1955), Rudolf Till (1955 bis 1959), Ludwig Herchenröther (interimistisch 1959 bis 1961), Helmut Lindemann (1961), Klaus Weidauer (1962 bis 1985), Götz Plessing (1985 bis 2002) und Christof Laumont (2002 bis 2012). Klaus Weidauer (1969 bis 1985) und Christof Laumont (2007 bis 2012) nahmen dabei auch Leitungsverantwortung im Vorstand der Vereinigung wahr.

Die Stiftung Deutsche Landerziehungsheime Herrmann-Lietz-Schule: Die reformpädagogische Tradition der Lietz-Schulen reicht zurück bis zur Gründung des ersten Landerziehungsheims in Ilsenburg im Harz durch Hermann Lietz selbst im Jahre 1898. Von den ursprünglich acht Lietz-Heimen mussten während der Besatzungszeit nach 1945 die im Gebiet der späteren DDR befindlichen Heime Haubinda, Gebesee, Veckenstedt und Ettersburg zunächst aufgegeben werden. Die in den westlichen Besatzungszonen bestehenden Heime (Bieberstein, Buchenau, Hohenwehrda und Spiekeroog) gehörten indes zu den Gründungsinstitutionen der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime und wurden im Internatsdachverband bis in die 1980er-Jahre hinein jeweils auch vom so genannten Oberleiter der Stiftung, z.T. aber auch von einzelnen Heimleitern vertreten.

Als eine Besonderheit der in den westlichen Besatzungszonen verbliebenen Lietzschulen der Nachkriegszeit ist deren curriculare und unterrichtliche Spezialisierung für die unterschiedlichen Alterstufen der Geschlechtskohorten anzusehen: Auf Schloss Bieberstein wurden die Jungen der Mittel- und Oberstufe des Gymnasialzweigs unterrichtet, auf Schloss Buchenau die Mädchen der Unterstufe und die Jungen der Unter- und Mittelstufe, in Hohenwehroda die Mittel- und Oberstufe der Mädchen sowie in Spiekerroog die Jungen der Oberstufe. Eine Aufgeschlossenheit für koedukative Bildungskonzepte entwickelte sich zögerlich erst in den späten 1960er-Jahren.

Als Oberleiter der Stiftung Deutsche Landerziehungsheime Hermann-Lietz-Schule und LEH-Mitglieder fungierten bis zur selbständigen Vertretung der einzelnen Schulen im Internatsdachverband in der Regel die Vorstandsvorsitzenden bzw. Schulleiter von Schloss Bieberstein. Nach Fritz Christiansen-Weniger, der die Stiftung bis 1951 führte und Mitte der 1940er-Jahre auch engagiert die Gründung der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime auf den Weg gebracht hatte, waren dies: Wolfgang Päckelmann (1951 bis 1954), Heinz Dücker (1954 bis 1958), Harald Nehr Korn (1958 bis 1959), Ernst-Joachim Schaede (1959 bis 1973), Meertinus Meijring (kommissarisch 1973 bis 1976), Raimund Becker (1976 bis 1977), Johannes Wilhelms (1978 bis 1981), Otto Herz (1981 bis 1984) sowie Ulrich Kindscher und Heinrich Joswig (ab 1984).

Die Belegungskrisen der 1970er- und 1980er-Jahre waren für die Stiftung Deutsche Landerziehungsheime mit ihrem breit gefächerten und konsekutiv differenzierten Bildungsangebot eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Eine Folge davon war daher die Schließung von Schloss Buchenau sowie die Ausgründung und selbständige Weiterführung der Hermann-Lietz-Schule Spiekerroog im Jahre 1984. Erst mit der Neugründung der Hermann-Lietz-Schule Haubinda nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1991 konnte sich die Stiftung Deutsche Landerziehungsheime Hermann-Lietz-Schule organisatorisch und institutionell wieder stabilisieren. Folgende Lietz-Schulen waren zwischen 1947 und 2012 Mitglieder der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime:

2. Hermann-Lietz-Schule Schloss Bieberstein: Schloss Bieberstein ist eines der ältesten überhaupt noch existierenden Landerziehungsheime. Hermann Lietz hatte die ehemalige Sommerresidenz der Fürstbäbe von Fulda auf einem Vulkanfelsen am Rande der Rhön bereits 1904 erworben, um dort das erste gymnasiale Oberstufenheim seines Schulverbundes zu errichten. Ursprünglich wurden hier nur Jungen zum Abitur geführt. Tatsächlich hielten die Lietz-Schulen – anders als die meisten anderen Landerziehungsheime – bis zum Anfang der 1970er-Jahre am seedukativen Prinzip in der Oberstufe fest.

Durch seine Schlossarchitektur behielt das Heim den typischen Charakter einer Wohnschule. Einzigartig für Bieberstein blieb auch, dass das LEH als reine Inter-

natsschule geführt wurde und keine externen Schüler zuließ. Anfangs war die Kapazität durch die historische Baustruktur zunächst auch noch beschränkt. Später wurden durch Erweiterungsbauten dann insgesamt bis zu 120 Internatsplätze geschaffen. Schloss Bieberstein blieb eine typische Lietz-Schule mit wöchentlichen Kapellen, einem umfangreichen Gildenangebot und vielfältigen Möglichkeiten vor allem der handwerklichen und technischen Betätigung für die Schüler.

Die besondere historische Bedeutung Biebersteins für die Vereinigung liegt in der Tatsache begründet, dass 1946 von hier die Initiative zur Gründung des Dachverbandes der Reforminternate ausging, als der damalige Oberleiter der Lietz-Schulen, Fritz Christiansen-Weniger, die Leiter der befreundeten bzw. kooperierenden Heime kontaktierte und sich engagiert für den Zusammenschluss in einem gemeinsamen Interessenverbund aussprach. Auch in der Folgezeit fanden viele der wichtigen Zusammenkünfte der LEH-Heimleiter im malerischen Schloss auf dem Vulkanfelsen mit Blick ins Haunetal statt. Erwähnenswert ist beispielsweise das Ende September 1949 belegte Arbeitsausschusstreffen, auf dem Hellmut Becker erstmals Gelegenheit bekam, seine Ideen für die juristische Vertretung der Heime zu erläutern und zum Geschäftsführer und Syndikus des Verbandes bestellt wurde. Die Tagungs-dramaturgie der turnusmäßigen Treffen der Mitgliedsschulen hielt für Bieberstein schließlich auch noch eine besonders ambivalente historische Pointe vor. Nachdem Fritz Christiansen-Weniger einst von hier aus die Aktivitäten zur Gründung eines Interessenverbundes der Landerziehungsheime aufgenommen hatte, schloss sich hier letztlich auch der Kreis, denn die vierzehn im Dachverband verbliebenen reformpädagogischen Internate beschlossen Ende April 2012 just auf Schloss Bieberstein eine institutionelle Reform des Verbandes. Auch ohne die organisationshistorischen Ereignisse ist die jüngere Geschichte der Hermann Lietz-Schule Bieberstein reich an dramatischen Begebenheiten. Erwähnenswert diesbezüglich ist etwa ein Großbrand vom November 1966, der mehrere Zimmer des Ostraktes unbewohnbar machte und wertvolle Bände der historischen Bibliothek bzw. des Archivs der Lietz-Stiftung vernichtete. Ein Lehrer wurde seinerzeit schwer verletzt, zwei Schüler erlitten leichtere Blessuren. Bemerkenswert ist, dass diese Katastrophe eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität unter den Lietz-Schulen bzw. den befreundeten Landerziehungsheimen auslöste. Diese halfen unmittelbar nach der Katastrophe mit Baumaterialien, Sach- und Geldspenden aus und unterstützten den Wiederaufbau.

Nach dem Rückzug Fritz Christiansen-Wenigers auf sein Landgut im schleswigschen Borby zu Beginn der 1950er-Jahre wurde die Schule über ein Viertel Jahrhundert von Alex Zollmann geleitet (1952 bis 1977). Schulleitungsverantwortung übernahmen danach Friedrich Brunner (1977 bis 1978), Johannes Wilhelm (1978 bis 1983), Ulrich Kindscher (1983 bis 1997), Abel Morales (1997 bis 2005) sowie schließlich Helmut Liersch (ab 2005).

3. Hermann-Lietz-Schule Schloss Buchenau: Der zu Beginn des 17. Jahrhunderts am Rande des Dorfes Buchenau, unweit von Bad Hersfeld errichtete Renaissancebau wurde seit 1924 von der Lietz-Stiftung als Landerziehungsheim betrieben. Von Beginn an wurde die Schule als Unterstufen- (für Jungen und für Mädchen) bzw. als Mittelstufenheim (für Jungen) genutzt. Wie Schloss Bieberstein behielt auch Buchenau durch die Schlossarchitektur zunächst den Charakter einer Wohnschule bei. Anbauten (etwa das etwas außerhalb gelegene »Berghaus« für die Mädchen), die Errichtung eines großen Parks, eines Nutzgartens sowie von landwirtschaftlichen Flächen haben das Ensemble dann allerdings nachhaltig aufgelockert. Als einem traditionellen Deutschen Landerziehungsheim wurden in Buchenau die für diesen Heimtyp spezifischen Lietz-Rituale und -Unterrichtsformen wie Ganztagsunterricht, Kapellen und Gildenarbeit gepflegt.

Als eine der vier verbliebenen Lietz-Schulen in den westlichen Besatzungszonen gehörte Buchenau 1947 zu den Gründungsheimen der Vereinigung. Während der 1970er-Jahre war das Heim fortgesetzt unterbelegt. Forciert wurde die hierdurch folgende prekäre wirtschaftliche Lage der Schule durch eine Leitungskrise an der Spitze der Lietz-Stiftung, die keine überzeugenden Nutzungskonzepte für den traditionsreichen Standort entwickeln konnte. Die Schließung des Heimes und die Aufgabe des nordhessischen Standorts im Jahre 1984 wurden daher unausweichlich.

Vertreten innerhalb der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wurde Schloss Buchenau von den Heimleitern Hans Benary (bis 1969), Johannes Wilhelms (1969 bis 1978), Frank Gummersbach (1978 bis 1983) sowie schließlich Friedhelm Kamman (1983 bis 1984).

4. Hermann-Lietz-Schule Spiekeroog: Gegründet wurde die Schule auf der gleichnamigen Insel im Ostfriesischen Wattenmeer durch den Lietz-Nachfolger und langjährigen Oberleiter der Stiftung Deutsche Landerziehungsheime Alfred Andreesen bereits im Jahre 1928. Spiekeroog ist die abgelegenste und am schwersten erreichbare Heimschule der Vereinigung. Wie in kaum einer anderen Internatsschule wurde das pädagogische Angebot daher von den einzigartigen lokalen Rahmenbedingungen geprägt: Die Kapazität der Schule wurde zwischenzeitlich auf ca. 90 Heimplätze ausgebaut. Zusätzliche Schulangebote wurden auch für etwa zwei Dutzend Insulaner geschaffen, die als Externe unterrichtet wurden und werden. Der obligatorische Segelunterricht und eine seemännische Grundausbildung gehörten in Spiekeroog schon frühzeitig zu den curricularen Alleinstellungsmerkmalen, genauso wie die regionaltypischen Gilden wie beispielsweise Deichbau, Bootsbau, Nutztierhaltung oder Gartenbau. Seit den 1980er-Jahren verfolgte man in der Inselschule auch ökologische Projekte sowie solche nachhaltigen Wirtschaftens, etwa durch die Errichtung einer Windkraftanlage (1986) oder der Nutzung von Sonnenenergie (seit 1992). Seit 2006 betreibt die Hermann

Lietz-Schule Spiekeroog in Kooperation mit der Universität Oldenburg auch ein schuleigenes Nationalpark-Haus, in dem die Internatsschüler in die Museumsarbeit eingebunden sind und an Meeresforschungsprojekten der Partneruniversität mitarbeiten können.

Dass die einzigartigen Lebensbedingungen auf Spiekeroog aber auch ihren existenziellen Tribut zollen, beweist beispielsweise der Eiswinter von 1946/47, als die Insel lange Zeit eingeschlossen und vom Festland unzugänglich war. Ungleich dramatischere Folgen hatten auch die Sturmfluten. Sowohl die Weihnachtssturmflut 1954, mehr noch aber die schwere Flutkatastrophe vom 16. Dezember 1962 zogen nach Deichbrüchen erhebliche Gebäudeschäden sowie eine nachhaltige Beeinträchtigung des landwirtschaftlichen Betriebs nach sich.

Bis 1970 wurde Spiekeroog als reine Jungenschule für die gymnasiale Oberstufe geführt. Erst danach begann man mit dem Aufbau einer Mittelstufe sowie mit der Aufnahme von Mädchen. Auch diese Maßnahmen konnten zunächst nicht verhindern, dass das Angebot der Inselnschule trotz seiner landschaftlichen Attraktivität in den 1970er-Jahren immer weniger nachgefragt wurde. Nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschloss die Lietzstiftung daher, das Landerziehungsheim aufzugeben. Das Szenario einer Schließung allerdings konnte abgewendet werden, weil der damalige Leiter, Hartwig Henke, 1984 das Risiko einer Herauslösung der Schule aus dem Lietz-Verbund wagte und die in eine gemeinnützige GmbH umgewandelte Schulstiftung selbständig weiterführte. Im Jahre 1985 wurde das faktisch neu gegründete Inselinternat als eigenständiges Landerziehungsheim in die LEH-Vereinigung aufgenommen. Dort blieb Spiekeroog vertreten bis zur Umbenennung des Verbandes im Jahre 2012. Unter den anderen Landerziehungsheimen besitzt die Inselnschule ein attraktives Zusatzangebot, das die Schule überregional bekannt machte – die so genannte „High Seas High School“, die seit 1993 angeboten wird. Seinerzeit ging erstmals ein Hochsee-Segeltörn mit Schülern an Bord der »Fritjof Nansen« für mehrere Monate nach Equador und zu den Galapagosinseln auf die Reise. Das sogenannte »Segelnde Klassenzimmer« nach Südamerika und die Karibik, später mit der »Thor Heyerdahl« unternommen, gehörte in der Folgezeit zum regelmäßig organisierten curricularen Standardrepertoire der Spiekerooger Schule.

Gewürdigt wurde das einzigartige Angebot der Einrichtung auch durch prominente Gäste. Nicht weniger als drei Bundespräsidenten haben das Landerziehungsheim bisher besucht (Gustav Heinemann, Richard von Weizsäcker, Johannes Rau).

Geleitet wurde das reformpädagogische Internat in den Zeiten seiner Mitgliedschaft in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime von Heinz Dücker (1944 bis 1957), Werner Humm (1957 bis 1962), Elisabeth Hagemann, Walter Borchers und W. Penneckendorf (interimistisch 1962-64), Christian Höltje (1964 bis 1970), John B. Redfern (1970 bis 1971), Axel Battenschlag (1971 bis

1974), Dieter Haase (1974 bis 1983), Hartwig Henke (1983 bis 2011) sowie Florian Fock (ab 2011).

5. Hermann-Lietz-Schule Schloss Hohenwehrda: Das nur wenige Kilometer südöstlich von Schloss Buchenau gelegene Landerziehungsheim ist die jüngste Gründung der Lietz-Stiftung. Das Schloss selbst wurde 1900/1901 gebaut. Alfred Andreesen hatte die leerstehende Immobilie 1941 ursprünglich von der Witwe des Bauherrn (Freiherr Wilhelm von Kleydorf) übernommen, um hier eine Ausweichmöglichkeit für das von den Nazis beschlagnahmte Schloss Bieberstein zu schaffen. Noch im April des betreffenden Jahres eröffnete die Lietz-Stiftung hier dann allerdings unter der Leitung von Elisabeth Kutzer ihr erstes reines Mädchen-Internat. Die parkähnliche Anlage wurde im Laufe der Zeit sukzessive erweitert. Durch den Bau des so genannten »Waldhauses« sowie des »Parkhauses« wurde die Kapazität schon in den 1950er-Jahren auf nahezu 100 Schüler ausgedehnt. In den folgenden Jahrzehnten kamen zusätzliche Erweiterungen hinzu wie Schul- und Internatsgebäude (etwa das »Gartenhaus«), ein Schwimmbad oder ein weitläufiger Nutzgarten.

In den 1960er-Jahren wurde auch das curriculare Angebot der reinen Internatschule profiliert: Hohenwehrda übernahm innerhalb der Lietz-Schulen fortan die koedukativ geführte Ausbildung der Mittelstufe. Später konzentrierte man sich insbesondere auch auf die Entwicklung von lerntherapeutischen Angeboten und die Einführung von Förder- und Intensivierungskursen für den Realschulzweig als Basis für den möglichen Übertritt in die gymnasiale Oberstufe.

Die Bedeutung der Hermann-Lietz-Schule Schloss Hohenwehrda für die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime begründet sich durch die Tatsache, dass diese Heimschule zu den Gründungsinstitutionen des Dachverbandes der Reforminternate zählte. Wiederholt fanden hier auch Heimleiterkonferenzen der Vereinigung statt, etwa die zweite Tagung der LEH-Repräsentanten im Juni 1948, als die „Grundsätze der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime“ beschlossen wurden.

Geleitet wurde die Schule im Laufe der Jahre von Elisabeth Kutzer (1941 bis 1968), von Elisabeth Hagemann (1968 bis 1973), Sybille Gräfin von der Schulenburg (1973), Hans Joachim Spanehl (1973 bis 1978 kommissarisch), von Herrn Schwark sowie Frank Gummersbach (ab 1978), von Heinrich Joswig (1980 bis 1996), Michael Gumtau (1996 bis 1998), Helmut Jäckel (1998 bis 2005) sowie von Sabine Hasenjaeger (ab 2005).

6. Hermann-Lietz-Schule Haubinda: Trotz seiner langen Tradition als ältestes überhaupt noch bestehendes Landerziehungsheim – das Internat wurde 1901 im südwestlichen Thüringen unmittelbar an der bayerischen Landesgrenze noch von Hermann Lietz selbst gegründet (der 1919 dort im Übrigen auch verstarb und auf

den weitläufigen Ländereien beigesetzt wurde) – hat die Hermann-Lietz-Schule Haubinda eine nur vergleichsweise kurze Geschichte als Mitgliedsschule der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime. Durch ihre Lage in der sowjetischen Besatzungszone war die Existenz der Privatschule in den unmittelbaren Nachkriegsjahren großen Unwägbarkeiten ausgesetzt: Zwar konnte die Lietz-Stiftung das Heim nach 1945 zunächst trotz der widrigen politischen Umstände im Osten Deutschlands noch weiter betreiben, gleichzeitig aber wurde dort ein zentralistisches Schulsystem etabliert, das Schulen in freier Trägerschaft nicht vorsah. Anfangs arrangierte sich Fritz Christiansen-Weniger als damaliger Oberleiter der Lietz-Heime noch mit dieser Herausforderung und versuchte, den Schulbetrieb dennoch aufrecht zu erhalten. Die prekäre Standortkonstellation wurde allerdings auch zu einer verwaltungstechnisch wie organisatorisch kaum noch zu bewältigenden Aufgabe. Die Lietz-Stiftung löste diese Problematik übergangsweise zunächst noch dadurch, dass für die Ostzonenheime ein eigenes Kuratorium eingesetzt wurde, das auch als Ansprechpartner für die neuen Kultusbehörden fungierte. Bei den Verhandlungen mit den neuen Schulbeamten musste die Stiftung allerdings übergroße Kompromisse eingehen. So forderte die von der Besatzungsmacht eingesetzte Schulverwaltung beispielsweise ein erhebliches Mitspracherecht bei curricularen bzw. schulstrukturellen Fragen und beeinflusste selbst die Anstellungsverhältnisse und Beschäftigungsmodalitäten der Lehrer. Als besonderes Problem erwies sich vor allem aber die logistische Koordination unter den Lietz-Heimen in gleich drei unterschiedlichen Besatzungszonen. Auf Dauer ließ sich ein gedeihlicher Schulbetrieb daher nicht organisieren. In der Konsequenz mussten die vier Lietz-Standorte auf dem russisch besetzten Territorium (neben Haubinda waren dies Veckenstedt, Ettersburg und Gebese) daher aufgegeben werden.

Das Gebäude in Haubinda wurde von den neuen Eigentümern zunächst als Kinderheim genutzt (ab 1948). Später schuf man hier eine Unterkunft für die Kasernierte Volkspolizei (1951) bzw. für die Grenztruppen der DDR (1961). Erst 1971 konnte das ehemalige Landerziehungsheim wieder regulär für schulische Zwecke genutzt werden: Nachdem von der ostdeutschen Volksbildung Ende der 1950er-Jahre hier kurzzeitig schonmals ein Schulinternat betrieben worden war (als Ersatz für die 1951 geschlossene Landesinternatsschule Schloss Gebese), zog mit einer Polytechnischen Oberschule dann endültig wieder eine pädagogische Einrichtung in das Objekt ein. Diese überdauerte bis zur politischen Wende, die für die Lietz-Stiftung die unerwartete Möglichkeit zur Rückübertragung ihrer einstigen Schulstandorte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit sich brachte.

Die prekäre wirtschaftliche Lage der Lietz-Schulen (Buchenau musste bekanntlich wenige Jahre vorher wegen eines Belegungsnotstands geschlossen werden, Spiekeroog wurde unabhängig vom Lietz-Verbund weitergeführt) gestattete allerdings nur den Aufbau eines einzigen neuen Landerziehungsheims in den östlichen Bundesländern. Die Wahl fiel auf Haubinda. Mit Unterstützung der Thüringi-

schen Landesregierung wurde hier auf einem mehr als 90 Hektar großen Areal 1991 – begleitet vom ersten staatlichen Schulversuch des Freistaats Thüringen überhaupt – ein Grund- und Regelschulzweig mit angeschlossenem Internatsteil eröffnet. Das Angebot an Ausbildungsgängen, Gilden und möglichen Schulabschlüssen wurde beständig erweitert. Ausgebaut wurde insbesondere aber auch der Internatsbereich. Die endgültige Überführung der Schule in die Trägerschaft einer privaten Stiftung erfolgte schließlich 2001.

Über die „Stiftung Deutsche Landerziehungsheime Hermann-Lietz-Schule“ war das (zunächst noch staatliche) Landerziehungsheim seit 1994 auch schon in die Aktivitäten der LEH-Vereinigung eingebunden. Auf einer Tagung auf Schloss Stein im September 2005 wurde Haubinda langjähriger Schulleiter, Burkhard Werner, dann offiziell im Kreis der Heimleiterkonferenz der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime vorgestellt. Damit erlangte die traditionsreiche Schule den Status eines vollwertigen Mitglieds des reformpädagogischen Internatsdachverbandes. Im letzten Jahr des Bestehens der ›alten‹ Vereinigung (2011/12) übernahm Werner dort auch Vorstandsverantwortung.

In den wenigen Jahren der aktiven Mitgliedschaft im LEH-Verbund wurde Haubinda dann sogar nochmals Schauplatz einer für die Vereinigung denkwürdigen und folgenreichen Zusammenkunft der Heimleiter. Das jährliche Treffen der Repräsentanten wurde im November 2009 von Haubinda aus organisiert und fand im wenige Kilometer entfernten Bad Rodach statt. Die Tagung stand unter dem Leitthema: „Reise zu den Wurzeln der Landerziehungsheime“. Während eines vor diesem Hintergrund unternommenen Ausfluges nach Wickersdorf unterrichtete Margarita Kaufmann, die Leiterin der Odenwaldschule, über die vielen Heimleitern zu diesem Zeitpunkt nicht bekannten Vorwürfe zu pädosexuellen Übergriffen in Ober-Hambach während der 1970er- und 1980er-Jahre. Daraufhin wurde das Programm der Leitertagung spontan geändert und es kam zu einer Aussprache über sexualisierte Gewalt an Landerziehungsheimen. Im Mittelpunkt standen dabei zunächst der begonnene Aufarbeitungsprozess an der Odenwaldschule und der Umgang der Vereinigung mit dem Wissen um diese Vorwürfe. Bereits im Vorfeld der zweiten, dann im Folgejahr weite Kreise ziehenden medialen Auseinandersetzung mit den Missbrauchsvorwürfen gegen Gerold Becker und andere OSO-Lehrer war der reformpädagogische Interessenverbund demnach über die Problematik informiert. Weder auf der Heimleiterkonferenz in Bad Rodach/Haubinda noch in den Monaten danach entwickelten die Heimleiter aber eine ernsthafte und nachhaltige Strategie für eine ehrliche und selbstkritische Aufarbeitung der Problematik.

Dies änderte sich erst im Zuge der öffentlichen Kontroversen um sexualisierte Gewalt nach dem Skandal am Canisius-Kolleg. Im April 2011, auf einer Mitgliedertagung wiederum in Haubinda, beschloss die Heimleiterkonferenz jenen For-

schungsauftrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime zu vergeben, der die hier vorgelegte Untersuchung veranlasste.

7. Hermann-Lietz-Jugendwerkschule Schloss Gebesee: Ähnlich wie das Landgut Haubinda hatte auch der Standort Gebesee, zwanzig Kilometer nördlich von Erfurt gelegen, für die Hermann-Lietz-Stiftung jene besondere historische Bedeutung, die ein exzeptionelles Engagement nach den politischen Veränderungen des Jahres 1989 rechtfertigte. Die Geschichte der historischen Anlage reichte dabei sogar zurück bis ins achte nachchristliche Jahrhundert, als Karl der Große auf dem nachmaligen Internatsareal eine Königspfalz errichtete. Die dann später als Landerziehungsheim genutzte Bausubstanz verdankte sich Burkhard Anton Friedrich von Oldershausen, der die Ruine der mittelalterlichen Schlossanlage abriß und 1740 hier ein Barockschloss mit zahlreichen Nebengebäuden errichtete. Diese Anlage wurde in den 1920er-Jahren von der Hermann-Lietz-Stiftung übernommen. Die Stiftung hatte das Schloss als Ausgleich für die an die „Kupferbergwerksgesellschaft Ilsenburg/Harz“ abgetretene historische Pulvermühle erhalten, wo Hermann Lietz 1898 einst sein erstes Landerziehungsheim gegründet hatte. Ende April 1923 wurde im LEH Gebesee der Unterricht aufgenommen. Die Leitung des Landerziehungsheims übernahm Jutta Lietz, die Witwe des Gründungspatriarchen der Deutschen Landerziehungsheime, selbst.

Einschneidend geprägt wurde die Nachkriegsgeschichte Schloss Gebesees durch dessen Lage in der russischen Besatzungszone. Nachdem die Lietz-Stiftung die Ostzonen-Heime in den späten 1940er-Jahren hatte aufgeben müssen, wurde die Einrichtung ab 1948 zunächst von den staatlichen Bildungsinstitutionen Thüringens bzw. der DDR als „Landesinternatsschule Schloss Gebesee“ über Erfurt weiterbetrieben. Die traditionelle Nutzung als Heimschule währte jedoch nur wenige Jahre, denn das Internat musste schon im August 1951 wieder geschlossen werden. Der Lehr- wie Heimbetrieb wurde vorübergehend nach Haubinda verlagert. Ein neues Nutzungskonzept konnte schließlich ab 1954 realisiert werden, als in Schloss Gebesee ein Jugendwerkhof für schwer erziehbare, verhaltensauffällige und lernbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche eröffnete. Administrative Tatsachen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse und der Nutzung der Anlage schufen die neuen Herren auf Schloss Gebesee durch einen Teilabriss einiger Gebäudeteile des alten Schlosses (1958) sowie durch die endgültige Enteignung der Hermann Lietz-Stiftung (1962). Als staatlicher Jugendwerkhof bestand die Anlage bis in die so genannte Nach-Wendezeit hinein.

Die Geschichte Schloss Gebesees nach 1989 war nicht weniger wechselvoll als die Ereignisse der Nachkriegszeit: Nachdem der Jugendwerkhof Anfang der 1990er-Jahre geschlossen worden war, zog ab 1991 das Thüringer Jugendheim Gebesee der Diakoniestation »Sankt Elisabeth« in die historische Anlage ein.

Schon ab 1993 konnte allerdings die vormalige, in den 1960er-Jahren einst entlegene reformpädagogisch orientierte Eigentümerin das Schloss wieder übernehmen. Ländereien und Immobilie waren an die Lietz-Stiftung rückübertragen worden. Diese errichtete hier die „Hermann-Lietz-Jugendwerkschule GmbH“. Nach dem Vorbild Nordecks sollte hier eine Jugendhilfe-Einrichtung unter dem Dach der Stiftung entstehen. Während man in Haubinda dank der Unterstützung des Freistaates Thüringen weiterhin das traditionelle Konzept eines privaten Landerziehungsheims mit einem überwiegenden Anteil an Selbstzahlern verfolgen konnte, zielte das Konzept Gebesees damit auf eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Klientel mit erhöhtem sozialpädagogischem bzw. -therapeutischen Förderbedarf. Koordiniert wurde dieses Vorhaben vom vormaligen Gesamtleiter der Einrichtung, Helmut Jordan, der das Angebot seiner Einrichtung beständig erweiterte (u.a. durch die Neugründung eines Internats als Ergänzung zum Jugendhilfeportfolio im Jahre 1998).

Die Konzentration der Lietz-Stiftung auf den südthüringischen Standort Haubinda hatte dann zur Konsequenz, dass das Lietz-Engagement in Gebesee zurückgefahren wurde. Während im LEH-Stammheim Haubinda nach dem Auslaufen des staatlichen Schulversuchs ein privates Landerziehungsheim unter dem Dach der Stiftung errichtet wurde, entließ man Schloss Gebesee in die institutionelle Selbstständigkeit. Helmut Jordan übernahm die Einrichtung im Januar 2001 in eigener Regie und gründete hier die „Internat Schloss Gebesee Gemeinnützige GmbH“ (später „Morgenberg GmbH“) und führte das ehemalige LEH fortan unabhängig von der Lietz-Stiftung. Im Jahre 2014 wurde der Standort schließlich endgültig aufgegeben. Seither betreibt hier ein landwirtschaftlicher Großbetrieb eine Schlosspension.

Innerhalb der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime war Schloss Gebesee zwischen 1994 und dem Jahr 2000 organisiert. Nachdem sich die Hermann-Lietz-Stiftung bereits seit 1991 um die künftige Nutzung des Schlosses als Internatsschule bemüht hatte, nahm diese seit der Heimleiterkonferenz in Neubern vom Oktober 1994 offiziell auch ein Mandat zur Vertretung der Hermann-Lietz-Jugendwerkschule im Kreis des Internatsdachverbandes wahr. Während der Leitungsära Gerold Beckers fand im Oktober 1997 hier sogar die turnusmäßige Herbstkonferenz der Heimleiter statt.

8. Das Niederdeutsche Landerziehungsheim Marienau: Die Stellung der am Rande der Lüneburger Heide auf einem weitläufigen Grundstück befindlichen Schule Marienau innerhalb der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime war lange Zeit ungeklärt. Obwohl Bernhard Knoop als Vertreter der Schule schon an der offiziellen Gründungsveranstaltung des Dachverbandes der Reforminternate im Juli 1947 in der Odenwaldschule teilgenommen hatte, wurde das LEH tatsächlich erst zehn Jahre später, auf der Leitertagung in Spiekerroog im September 1957,

offiziell in den Kreis der Mitgliedsschulen aufgenommen. Grund dafür waren ungeklärte Besitzverhältnisse sowie die lange Zeit noch ausschließlich private Trägerstruktur der Einrichtung: Gegründet worden war die Reformschule ursprünglich 1923 in Gandersheim von Max und Gertrud Bondy (1889-1977). Max Bondy (1892-1951) hatte Geschichte und Germanistik studiert und sich schon seit Ende des Ersten Weltkriegs mit reformpädagogischen Schulprojekten beschäftigt. Seine Frau Gertrud war Ärztin und Psychoanalytikerin, die persönlich noch stark von Sigmund Freud selbst geprägt worden war. Die von den beiden Bondys als lebensreformerische Schulgemeinde errichtete »Kulturschule« fand ihren dauerhaften Standort schließlich 1929 in Marienau. Jäh unterbrochen wurde das gedeihliche Wachsen der Einrichtung durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten – Max Bondy als Jude wurde 1937 enteignet, seine Konten wurden gesperrt. Die Emigration der Familie folgte kurze Zeit später. Über die Schweiz gelangten die Bondys schließlich in die Vereinigten Staaten, wo sie erneut eine Schule gründeten.

Die Leitung der vormals liberalen »Judenschule« Marienau wurde dem regimetreuen und konservativen Pädagogen Bernhard Knoop übertragen. Dieser führte das Internatsgymnasium durch die NS-Zeit. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges versuchten die Bondys zwar umgehend, an ihre alte Schule zurückzukehren, um im Sinne der Re-Education zu wirken. Verhindert wurde dies allerdings durch die überlangen, erst Mitte der 1950er-Jahre endgültig abgeschlossenen Verhandlungen zur Wiedergutmachung, Entschädigung und Rückübertragung der unter den Nazis enteigneten oder geraubten Grundstücke und Sachwerte. Max Bondy erlebte dies nicht mehr. Er verstarb bereits 1951 in den Vereinigten Staaten an Blutkrebs. Die Stellung Marienaus innerhalb der Vereinigung wurde anfangs durch die Kontroverse zwischen Bondy und Knoop um den Besitz der Schule allerdings maßgeblich beeinflusst. Dokumentiert wird dies u.a. durch einen Brief Minna Spechts an den ersten Vorsitzenden des Internatsdachverbandes, Fritz Christiansen-Weniger, vom Januar 1948. Zur Diskussion stand insbesondere die Frage, wer hinsichtlich vereinigungsrelevanter Fragen zu Marienau legitimer Ansprechpartner für den Internatsdachverband war:

[...] Meine Meinung dazu ist, dass wir ungeachtet der Auseinandersetzung zwischen Knoop und ihm Bondy und seine Frau in unseren Verein aufnehmen sollten mit dem ausgesprochenen Hinweis, in einem Schreiben an Bondy, dass hier eine Schuld abzutragen ist. Falls Knoop, der vielleicht in einem Brief in unserer beiden Namen von diesem Schritt vorher unterrichtet werden sollte, gegen die Aufnahme von den beiden Bondys protestiert, so wäre ich dafür, Knoop die weitere Zugehörigkeit zu unserem Verein zu entziehen. Alles was ich bisher darüber gehört habe, spricht ausserordentlich gegen Knoops Vorgehen in der Auseinandersetzung über Marienau [...] (Specht 1948a).

Durch den Tod Max Bondys wurden allerdings frühzeitig Fakten geschaffen. Bernhard Knoop blieb Leiter des Reforminternats bis 1969. Durch die Umwandlung der Trägerstruktur in eine gemeinnützige Stiftung wurden schließlich auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Marienau die Vollmitgliedschaft in der Vereinigung zugestanden werden konnte. Tatsächlich entwickelte sich die Schule unter Knoop und seiner zweiten Frau Anneliese Knoop-Graf auch zu einer innovativen und führenden gymnasialen Internatseinrichtung der Nachkriegszeit mit anerkanntem musischen Profil. Das Ansehen der Interessengemeinschaft der Reformschulen profitierte nachhaltig vom guten Ruf und von der überzeugenden pädagogischen Arbeit in dieser Einrichtung. Gerade die Konzentration auf kreativ-künstlerische Aktivitäten als attraktive Ergänzungen zu den curricularen Angeboten (Instrumentalunterricht, Theater, Bildende Kunst) verhalfen der Schule bald zu einer überregionalen Bedeutung. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal erlangte Marienau unter dem späteren Leiter Wolf-Dieter Hasenclever ab Mitte der 1980er-Jahre. Der in der alternativen ökologischen Bewegung aktive Pädagoge setzte mit seinem so genannten »ökologischen Humanismus« auf ein zukunftsweisendes Konzept einer ganzheitlichen und nachhaltigen Pädagogik, nach der das Internat zu einem Ort lokalen Handelns umgebaut wurde, an dem Elemente einer zukunftsfähigen Gesellschaft modellhaft geplant und praktiziert wurden. Dieser konsequent verwirklichte Ansatz brachte Marienau 2003 schließlich die Anerkennung als UNESCO-Modellschule.

Seit ihrer aktiven Mitgliedschaft in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime fanden am Standort in der niedersächsischen Gemeinde Dahlem mehrfach bedeutende Heimleiterkonferenzen der Reforminternate statt. Erwähnenswert diesbezüglich ist beispielsweise die Zusammenkunft im September 1963, als die durch den Wechsel Hellmut Beckers auf die Gründungsdirektion des Berliner »Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung« veranlasste Neuordnung der Organisationsstruktur der Vereinigung beschlossen wurde. Auch nach dem Bekanntwerden der Missbrauchsvorwürfe gegen Gerold Becker im Sommer 1998 tagten die Heimleiter turnusmäßig im November des Jahres in Marienau und regelten – geräuschlos – die Nachfolge an der Spitze des Internatsdachverbandes. Weitere Heimleiterkonferenzen an der Schule fanden statt im März 1982 sowie im April 2009.

Geleitet wurde das Niederdeutsche Landerziehungsheim, später nur noch: Landerziehungsheim Schule Marienau, von Bernhard Knoop (1937 bis 1969), Hans Däumling (1969 bis 1970), Siegfried Männel und Detmar Wolff (1970, interimistische Leitung), Hans Deneke (1970 bis 1972), Siegfried Männel und Detmar Wolff (1972/73, interimistische Leitung), Günter Fischer (1973 bis 1986), Wolf-Dieter Hasenclever (1986 bis 1999), Heike Thies (1999 bis 2005), Axel Schmidt-Scherer (2005 bis 2008) sowie von Heike Elz (seit 2008). Mit den Marienauer Geschäftsführern Günter Schleifer (2010/11) bzw. Martin Wortmann (ab 2011)

war das Landerziehungsheim in jüngerer Zeit auch im Vorstand des Internatsdachverbandes vertreten.

9. Landschulheim am Solling/Holzminden: Auch das Landschulheim am Solling ist eine traditionsreiche reformpädagogische Internatsschule, deren Geschichte bis weit in die Anfangszeit der Landerziehungsheimbewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts zurückreicht. Die Schule entstand als unmittelbare Sezession der Deutschen Landerziehungsheime. Ihr Initiator, Alfred (1868-1918), hatte zunächst Lietz' Gründungsschule, die Pulvermühle in Ilsenburg im Harz, für mehrere Jahre geleitet. Nach Differenzen über die notwendige Erweiterung der Unterstufe in diesem Heim hatte er sich mit dem DLEH-Patriarchen allerdings überworfen. Der ursprünglich aus der Herrnhuther Bewegung kommende Kramer sah sich gezwungen, seine Loyalität zu seinem einstigen Förderer aufzukündigen. Gemeinsam mit Theophil Lehmann (1882-1943), Gerhard Viebrock (1876-1961) und Gerhard Zimmermann (1880-1934), allesamt Lehrer in Ilsenburg und wie Kramer ebenfalls der Herrnhuther Tradition entstammend, gründete er eine eigene Schule. Die Legende überliefert, dass die vier Pädagogen am Abend des Martinstages des Jahres 1908 beim Essen der traditionellen Gans beisammensaßen und die Errichtung eines eigenen Landerziehungsheimes beschlossen. Zunächst wandten sie sich nach Hohegeiß im Harz, wo sie das Oberharzer Landschulheim gründeten. Im Jahre 1909 fanden sie dann am Westhang des Sollings ein weit ausgedehntes, ca. 8 Hektar großes Grundstück auf einem parkartigen Gelände für ihre Gründung. Das Landschulheim am Solling eröffnete noch 1909. Im Folgejahr wurde der reguläre Lehrbetrieb aufgenommen und die in Hohegeiß verbliebenen Schüler siedelten nach Holzminden über. Die neue Schule stand sowohl in der Tradition der libertären Lietz-Pädagogik wie in der der protestantischen Erziehung der Herrnhuther Brüdergemeinde. Die Verbindung dieser beiden Bildungskonzepte machte das Landschulheim rasch über die Region hinaus bekannt und eine ansehnliche Schülerzahl sorgte für das gedeihliche Wachsen der Anstalt schon in den Gründungsjahren.

Kramer starb bereits 1918. Sein Nachfolger hieß Theophil Lehmann. Dieser sorgte nicht nur für die kontinuierliche Fortsetzung von Kramers Arbeit. Vielmehr wurde Lehmann auch nach 1933 zum entscheidenden Akteur der Eingliederung der Landerziehungsheimpädagogik in das nationalsozialistische Erziehungssystem. Unter seiner Leitung schlossen sich die einstigen Reforminternate schon im September nach Hitlers Machtergreifung in Holzminden zur „Reichsfachschaft deutscher Landerziehungsheime“ unter dem Dach des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zusammen. Die Gründung der „Reichsfachgruppe Deutsche Landerziehungsheime und Schulgemeinden“ folgte im März 1935. Theophil Lehmann wurde der Sprecher dieser Organisation.

Angesichts dieser problematischen Vorgeschichte einer engen Korruption mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und Kulturpolitik schien daher ein pädagogischer wie ideologischer Neuanfang nach dem Krieg gerade in Marienau dringend geboten. Die Leitungsverantwortung dafür übernahm Herbert Rieche (geb. 1905), der vorher selbst schon lange Zeit Schüler und Lehrer des Landheims gewesen war. Rieche wohnte als Vertreter der Schule auch der Gründungsversammlung der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime im Juli 1947 an der Odenwaldschule bei. Das Landschulheim gehörte somit zu den zwölf reformpädagogischen Internaten, die sich im Dachverband zusammenschlossen.

Immer wieder in den darauf folgenden sechs Jahrzehnten wurde Holzminden daher auch zum Schauplatz bedeutender LEH-Heimleiterkonferenzen: Im Mai 1956 beschlossen die Mitgliedsschulen hier auf einer ihrer turnusmäßigen Tagungen, die Schriftenreihe der Landerziehungsheime herauszugeben. Im Oktober 1965 fand beispielsweise eine thematische Tagung zur Oberstufenreform statt. Im Oktober 1982 institutionalisierte Otto Seydel von hier aus die interne Lehrerfortbildung der Landerziehungsheime. Auch die Leitungsära Gerold Beckers als LEH-Vorstandsvorsitzender wurde schließlich in Holzminden offiziell besiegelt. Die Tagung dazu fand im November 1993 statt, wenige Tage vor dem Tod Hellmut Beckers am 16. Dezember. Die Leiter bestätigten den bis dato interimistisch führenden Vorsitzenden Gerold Becker in seinem Amt, womit die ambivalenteste Epoche der Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime ihren Anfang nahm. Die letzte reguläre LEH-Leiterkonferenz am Solling ist auf den November 2007 datiert.

Wesentlich geprägt wurden das Landschulheim und die Vereinigung von den Holzmindener Heimleitern. In institutioneller Verantwortung standen diesbezüglich Herbert Rieche (1946 bis 1954), Franz Neumann (1954, kommissarisch), Hans-Walter Erbe (1954 bis 1968), Franz Neumann (1968 bis 1969, kommissarisch), Eberhard Lehmann (1969 bis 1976), Cord Rathert (1976 bis 1978), Bernhard Sprengel (1978, kommissarisch), Helmut Brückner (1978 bis 1989), Johannes Seiler (1989 bis 1998), Benita Daublebsky (1998 bis 2005) sowie Helga Volger (ab 2005).

Mit dem Holzmindener Geschäftsführer Martin Wortmann übernahm im Jahre 2011 erstmals ein Mitarbeiter des Landschulheims auch Vorstandsverantwortung in der Vereinigung. Inhaltlich maßgeblich geprägt wurde deren Arbeit in den 1960er- und 1970er-Jahren jedoch vor allem durch Hans-Walter Erbe, der auf Heimleitertagungen viele richtungsweisende Referate hielt. Dokumentiert sind Vorträge etwa zur „Differenzierung in der Oberstufe“ (1965), über „Die pädagogischen Grundsätze der Landerziehungsheime“ (1968), über „Koedukation in den Landerziehungsheimen“ (1969), „Zur Curriculums-Entwicklung in den Landerziehungsheimen“ (1971) oder ein Grundsatzreferat über „Landerziehungsheime heute“ (1974).

Nach seinem Rückzug von der Leitungstätigkeit in Holzminden erklärte sich Erbe auch dazu bereit, als Berater für Schulreformangelegenheiten der Heime zur Verfügung zu stehen und die dazu notwendigen Diskussionen zu moderieren. Ähnlich wie Minna Specht schon in den 1950er-Jahren wurde Erbe mit der Beratung, Begleitung und Supervision der Reformprozesse in den Heimen beauftragt. Als Sprecher einer Expertengruppe zur Curriculumsentwicklung bereiste er die Mitgliedsschulen und referierte dazu im Kreis der Heimleiterkonferenzen. Gemeinsam mit Walter Schäfer, dem pensionierten Leiter der Odenwaldschule, setzte er diese Inspektionsreisen sogar bis 1976 fort. Seine Expertisen wurden aber auch in der Folgezeit noch gern gehört – beispielsweise vor dem Hintergrund der tiefgreifenden existenziellen Notlagen der Lietz-Schulen Ende der 1970er-Jahre, als Hans-Walter Erbe seinen Erfahrungsreichtum als Heimleiter und LEH-Funktionär beratend und moderierend in das Krisenmanagement einbrachte.

10. Landschulheim Burg Nordeck: Das Landerziehungsheim befindet sich in einer mittelalterlichen, in ihrer Bausubstanz bis ins 11. Jahrhundert zurückreichenden Burganlage am Rande des hessischen Lumdatals zwischen Gießen und Marburg. Gegründet wurde das reformpädagogische Internat 1926 von Otto Erdmann, einem langjährigen Mitarbeiter, Weggefährten und Freund Paul Geheeb. Dessen Schwester, Anna Geheeb-Lieberknecht, wirkte in den Anfangsjahren auch als Schulärztin für die neu gegründete Einrichtung.

Unter Erdmanns Führung schloss sich das Landschulheim im Sommer 1947 als eine der zwölf Gründungsschulen der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime an. Als Mitgliedsschule war sie dort über die Jahrzehnte hinweg ununterbrochen aktiv. Im Frühjahr 1953 tagte auch die Heimleiterkonferenz auf der Burg und verständigte sich über aktuelle steuer- und bildungspolitische Entwicklungen sowie über die innere Situation der Landerziehungsheime auf der Grundlage der Inspektionsberichte Minna Spechts.

Schon unter Otto Erdmann wurde das Angebot des Landschulheims ausgeweitet. Neben den privat finanzierten Internatsschülern setzte der Pädagoge zunehmend auf Schüler mit erhöhtem schulischem und sozialtherapeutischem Förderbedarf, die über öffentliche Kostenträger finanziert wurden. Für diese richtete man spezielle Förderkurse und Nachhilfeangebote ein (in jüngerer Zeit u.a. auch Förderkonzepte für Legastheniker). Ergänzt wurde das sozialpädagogische Angebotspektrum etwa durch die Einrichtung besonderer Formen betreuten Wohnens oder die Schaffung der Ausbildungsmöglichkeit zum Schreiner. Anders als bei den anderen in der Vereinigung zusammengeschlossenen privaten Bildungsträgern war in Nordeck der Anteil der über staatliche Träger geförderten Schüler schon frühzeitig höher als die Klientel der Selbstzahler. Ab den 1970er-Jahren lag der Prozentsatz der so genannten ›Jugendamtskinder‹ hier daher regelmäßig bei siebenzig Prozent und mehr. Konsequenterweise wurde das schulische und sozialpädagogi-

sche Angebot deshalb so profiliert, das es die Anforderungskriterien der Jugendhilfemaßnahmen nach den §§ 27, 34, 35a, 41 des SGB VIII erfüllte. Öffentlich gewürdigt wurde diese Schwerpunktsetzung auf die Arbeit mit Schülern mit erhöhtem Förderbedarf durch die Anerkennung der Einrichtung als »Schule mit besonderer pädagogischer Prägung« durch das Hessische Kultusministerium.

Curricular bot Burg Nordeck den Realschulabschluss an, entwickelte daneben aber auch einen Gymnasialzweig, der bis zur 10. Klasse führte und begabten Schülern den Erwerb der Hochschulreife an einem externen Gymnasium der Region ermöglichte.

Nach dem Jahrtausendwechsel kam die Schule in erhebliche existenzielle Turbulenzen. Ein erster unrühmlicher Höhepunkt war die Entlassung des Schulleiters Klaus-Werner Schotter im Jahre 2006, nachdem Drogenprobleme im Landschulheim aufgetreten waren und der Leiter dafür die personelle Verantwortung übernehmen musste. Dominiert wurde die jüngste Geschichte Nordecks durch die drohende Zahlungsunfähigkeit des Traditionsheims in den Folgejahren der öffentlichen Diskussionen um sexualisierte Gewalt an Internatseinrichtungen nach 2010, die einen erheblichen Schülerrückgang nach sich zogen.

Innerhalb der Vereinigung wurde das Landschulheim Burg Nordeck vertreten von den Schulleitern Otto Erdmann (1926 bis 1953), Alfred Zander (1953 bis 1970), Egon Trapp (1970 zunächst interimistisch, später dann offiziell bis 1990), Klaus-Werner Schlotter (1990 bis 2006)

Michael Zientek (ab Dezember 2007 zunächst kommissarisch, später dann offiziell bis 2010) sowie von Gunhild Klöß-Vedder (ab 2010).

11. Die Odenwaldschule: Die Geschichte wie auch das Schicksal der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wurden von keiner anderen reformpädagogischen Internatseinrichtung so nachhaltig geprägt wie von der Odenwaldschule: Die Entstehung, der bildungspolitische Erfolg, schließlich aber auch der dramatische Niedergang des Dachverbandes der Landerziehungsheime waren stets unmittelbar an die Entwicklungen in Ober-Hambach geknüpft.

Gegründet worden war die Odenwaldschule 1910 von Paul und Edith Geheeb (1885-1982). Paul Geheeb (1870-1961) war ursprünglich Lehrer und Heimleiter in Lietz' zweitem Landerziehungsheim in Haubinda gewesen, bevor er sich von diesem lossagte und 1906 gemeinsam mit Gustav Wyneken und Martin Luserke die Freie Schulgemeinde Wickersdorf in der Nähe des thüringischen Saalfeld gegründet hatte. Hier, an der ersten bedeutenden Lietzschen Sezession, lernte er auch seine zweite Ehefrau, Edith Cassirer, kennen, deren Familie das pädagogische Experiment des Ehepaares im Hambachtal, unweit von Heppenheim, großzügig finanzierte. Nach wiederholten Repressionen in den Anfangsjahren der NS-Diktatur, entschlossen sich die Geheeb's 1934 jedoch zur Emigration. Die Leitung der verwaisten Schule wurde ideologisch unbedenklichen Nazi-Pädagogen anvertraut.